attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (9. 11. 2015)

Sand im Getriebe 117

PDF-Version: http://www.attac.de/bildungsangebot/sig Online Fassung: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Das Willkommen für die Flüchtlinge kann die Frage nach den Ursachen nicht vermeiden

Die Regime-Change Kriege des Westens

und seines militärisch-industriellen Komplexes





Von ATTAC mit organisierte Anti-Kriegs-Demo in Berlin (2003)

Vorwort

Angela Merkel war ja nicht die Erste, die – sehr verspätet – den Flüchtlingen ein freundliches Gesicht zeigte. Nein, es war das geschundene Griechenland und die linke Syriza-Regierung, die sich in Lesbos kümmerte um das Elend der Flüchtlinge. Seit Jahren hatte die deutsche Bundeskanzlerin deutsche Panzer in den Nahen Osten und hier besonders zu den lupenreinen Demokraten in Saudi-Arabien verkaufen lassen, Panzer, die jetzt von diesem monarchischen Regime im Jemen einsetzt und damit eine neue Welle von Kriegsflüchtlingen erzeugt. Was für eine absurde Situation. Wie kann es erklärt werden ? Für **Mohssen Massarrat** ist die treibende Kraft in diesem Widerspruch der MIK (**Militärisch-industrielle Komplex**) der NATO-Länder, wie er es auf der Sommerakademie von Attac DE und hier in einem Interview ausführt.

Neben der sich herausbildenden Willkommenskultur z.B. der griechischen und Teilen der deutschen Bevölkerung gibt es im internationalen Bereich zwei gute Nachrichten: eine alte Attac-Forderung nach einer **Insolvenzordnung für Staaten** innerhalb des UNO-Rahmens wurde jetzt – wenn auch etwas verwässert - in New York verabschiedet. Ebenfalls dort verabschiedet wurde die Post 2015 **SDG-Agenda („Sustainable Developement Goals“)**, u.a. zur endgültigen Abschaffung der absoluten Armut und zur nachhaltigen Umgestaltung der Weltwirtschaft. Man wird sehen, wie viel sich davon dank des Drucks der sozialen Bewegungen durchsetzen lässt. **Evo Morales** jedenfalls beschreibt zum Jubel von 2000 Studenten in der TU-Berlin, was bisher in Bolivien schon gelungen ist.

Nach den neuen SDGs sind auch die reichen Länder des Nordens gefordert, ihre eigenen Ökonomien so umzugestalten, dass Natur und Menschen nachhaltig in Frieden miteinander leben. Sie sind selbst also „Entwicklungsländer“. Wieweit sie sich zur praktischen Wende verpflichten, wird sich auf der **Klimakonferenz in Paris** zeigen. **Tadzio Müller** dazu: *"Es ist absehbar, dass das Pariser Abkommen weit hinter dem klimapolitisch Notwendigen zurückbleiben beziehungsweise stellenweise in eine fatale Richtung gehen wird."* Die breite **Coalition „Climate 21“** ruft zu 2 Wochen Aktionen und Foren für Klimagerechtigkeit in Paris aber auch weltweit (29 November) auf: *„Lasst uns vor, während und nach der COP 21 für das Klima auf die Straße gehen!“*

In **Portugal**, von der Troika als Erfolgsmodell der Austeritätspolitik angepriesen, wird nach einem Linksruck bei den letzten Wahlen heftig über den Unsinn der Austeritätspolitik und über einen Austritt aus der NATO diskutiert. Das Fenster, das Syriza aufgestossen hat, ist noch längst nicht geschlossen. **Lutz Brangsch** und **Judith Dellheim** analysieren die Ursachen für die vorläufige Niederlage Syrizas, aber vor allem für die Linken in Europa und unterstreichen: ***„Griechenland bleibt für Links zentral.“*** Die Debatte über die **Neubegründung Europas** wird auf vielen Konferenzen und in Publikationen der europäischen Linken geführt. An ihnen beteiligen sich auch viele **Gewerkschaften**.

Michel Husson bedauert es, dass *„der Austritt aus dem Euro fast immer als eine Art Zauberstab dargestellt (wird), mit dessen Hilfe man der Beherrschung durch den Finanzkapitalismus wie auch den inneren Widersprüchen zwischen Arbeit und Kapital entkommen könnte….Die Fixierung auf die Währung ist gefährlich, weil sie eine Reihe von wichtigen Problemen in den Hintergrund rückt, die mit den Klassenverhältnissen zu tun haben und nicht an den Landesgrenzen Halt machen“*.

Die **TTIP-Kampagne** geht auch nach dem Riesenerfolg der Demonstration von 250 000 Menschen weiter, vor allem in den unzähligen "TTIP- freien Gemeinden". Auch in den USA schwillt der Widerstand gegen TTP und TTIP an. **"No pasaran !"**

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann
In eigener Sache: Seit Anfang des Jahres gibt es unsere **„SiG-Werkstatt“***: Hier erscheinen Zusatzmaterialien zu den SiG-Themen, aktuelle Meldungen und Artikel, die später in SiG veröffentlicht werden.*

sandimgetriebe

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare *von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft*
(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 106: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Mohssen Massarrat
Der militärisch-industrielle Komplex ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden in unserer Zeit
Interview von Jens Wernicke

Kriege beginnen mit Lügen, die von Geheimdiensten verbreitet gestreut und von den Medien dann verbreitet werden. Kriege lösen keine Konflikte, sondern schaffen neue. Aber Kriege sichern auch Rohstoffe, erschließen Märkte und bringen Profit. Ist es wohl möglich, dass hinter all den nachweislichen Kriegslügen der letzten Jahre und Jahrzehnte sowie dem darauf initiierten Morden, das uns stets aufs Neue als „Notwehr“, „Menschenfreundlichkeit“ oder „Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte“ schmackhaft gemacht wurde, und das oftmals Plänen folgte, die bereits seit Jahren oder Jahrzehnten in den Schubladen der Mächtigen lagen, sehr konkrete Interessen und Akteure stehen, die strategisch agieren und in der Lage sind, Kriege anzuheizen und initiieren? Folgt die Kriegslogik also auch einer Profit- und Interesselogik, die zu bestimmten Instanzen zurückzuverfolgen ist? Zu diesen Fragen sprach Jens Wernicke mit Mohssen Massarrat, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Herr Massarrat, Sie vertreten seit Längerem die Auffassung, Friedenspolitik erfordere es inzwischen mehr denn je, auch und insbesondere den sogenannten Militärisch-industriellen Komplex in den Fokus der Kritik zu nehmen. Was meinen Sie damit? Worum geht es?

Die Kriegsgegner reagieren gewöhnlich auf Kriege, wenn sie längst ausgebrochen sind. Im günstigsten Fall beschäftigen sie sich kritisch mit offensichtlichen Kriegsvorbereitungen und hoffen, den Krieg verhindern zu können. So oder so läuft man de facto ständig den gewaltsamen Ereignissen hinterher und reagiert letztlich nur auf Symptome. Dadurch bleibt die fundamentale Struktur von Gewalt und Kriegsproduktion, die eigentliche Ursache von globalen Kriegen, eben der Militärisch-industrielle Komplex, kurz MIK, jenseits unseres Blickes verborgen. Und während wir uns wegen so viel Unheil und Katastrophen, wie zum Beispiel jetzt im Mittleren Osten, als immer ohnmächtiger empfinden, entwickelt dieser sich zu einem immer mächtigeren Monster. Deshalb gilt es, jetzt die Antikriegsaktivitäten mit einer Aufklärung über den MIK zu verbinden. Nach so viel sicherem Wissen über bewusste Kriegsplanungen, nach so viel Erfahrungen mit offensichtlich gelenkter Medienpropaganda, um Menschen gezielt für die geplanten Kriege, wie etwa die Jugoslawienkriege in den 1990ern und jene der letzten fünfzehn Jahren im Mittleren Osten, zur Zustimmung zu bewegen, sind die Voraussetzungen für die Demaskierung eines der schlimmsten Übel unserer Gegenwart gar nicht so schlecht.

Und dieses Übel – wie konkret klassifizieren Sie es? Wer handelt da wie und wendet welche Methoden an? Geht es um Geheimdienste, einen „Staat im Staate“ oder ganz etwas anderes?

Eigentlich müsste man die Wurzeln des Militarismus zurückverfolgen, die bis in die Ära der amerikanischen Bürgerkriege reichen. Seit dieser Zeit entwickelte sich in Amerika eine Kultur der Selbstverteidigung, die bis heute bei den Amerikanern, wie das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf Selbstbewaffnung zeigt, sehr lebendig ist. Durch zahlreiche Kriege im 19. Jahrhundert, und vor allem durch den zweiten Weltkrieg, wurde der MIK schließlich „too big to fail“, das heißt tatsächlich zu einem verborgenen „Staat im Staate“: Er wuchs wie ein Krebsgeschwür in allen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft, im politischen System, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, in den kulturellen Einrichtungen und Medien.

Der MIK, das ist inzwischen ein riesiges und völlig undurchschaubares Netzwerk, vor dem schon Eisenhower am 17. Januar 1961 bei seiner Abschiedsrede ungewöhnlich offen gewarnt hat. Als republikanischer Präsident der Vereinigten Staaten war er offenbar mit einem Netzwerk aus einem „gewaltigen militärischen Establishment und einer mächtigen Rüstungsindustrie“ konfrontiert, so Eisenhower, das „neu ist in der amerikanischen Geschichte“. Eisenhower schrieb seinen Nachfolgern offenbar aufgrund seiner eigenen Erfahrungen mit diesem neuen Netzwerk folgende Empfehlung ins Stammbuch: *„In den Gremien der Regierung müssen wir der Ausweitung, ob aktiv oder passiv, des unbefugten Einflusses des militärisch-industriellen Komplexes vorbeugen. Das Potential für einen verheerenden Anstieg der Macht an falschen Stellen besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass diese einflussreiche Allianz unsere Freiheiten und demokratischen Prozess gefährden.“*

Der MIK war offensichtlich schon damals stärker als Amerikas Demokratie. Er hat das schon vorhandene Netz um sämtliche gesellschaftlichen Bereiche gespannt, alle Geheimdienste eingebunden, den NSA geschaffen, zahlreiche neue Think Tanks und Stiftungen entstehen lassen, die bestehenden infiltriert, die Forschung international in seinem Sinne beeinflusst oder gar gelenkt, die Medien systematisch mit eigenen Agenten unterwandert. Um ein Beispiel zu nennen: Die Psychoanalyse leistet für die US-Geheimdienste wertvolle Arbeit. Und umgekehrt sind diese Geheimdienste und US-Militärs, wie neue Studien belegen, eifrig dabei, sich ein ganzes Wissenschaftsgebiet in ihrem Sinne zu formen.

Schließlich ist der MIK heute nach über 60 Jahren und einem unvorstellbaren nuklearen Wettrüsten während der Blockkonfrontation und zahlreichen Kriegen, die er aller Wahrscheinlichkeit alle selbst hervorgerufen hat, um ein Vielfaches mächtiger denn je.

Ich darf aber davon ausgehen, dass der MIK nicht nur eine US-Eigenheit ist, sondern, wenn auch wohl weniger mächtig und gewichtig, in allen möglichen Ländern existiert? Karl Liebknecht wird hier etwa die Aussage zugeschrieben: „Wie uns angeblich noch keiner – um mit Bismarck zu reden – den preußischen Leutnant nachgemacht hat, so hat uns in der Tat noch keiner den preußisch-deutschen Militarismus ganz nachzumachen vermocht, der da nicht nur Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staat geworden ist.“ Und die ganzen Verflechtungen von deutschen Geheimdiensten und NSU, Islamisten und anderen geben Liebknecht ja heute recht wie lange nicht mehr…

Da haben Sie recht. So etwas gibt es in vielen entwickelten Ländern. Gleichwohl geht die größte Bedrohung für den Frieden aktuell ganz evident vom US-amerikanischen MIK aus. Hier sind das größte und aggressivste Militär der Welt mit den mächtigsten Geheimdiensten derselben sowie einem offenen globalen Führungsanspruch, den man wohl getrost als Imperialismus klassifizieren darf, vereint.

Wenn Ihre Behauptung richtig ist, dass der MIK alle Kriege der USA selbst hervorgerufen hat, dann hätten diese aber doch auch systematisch und minutiös geplant und durchgeführt sein müssen. Ist diese Annahme nicht etwas sehr gewagt? An der Blockkonfrontation war immerhin auch die Sowjetunion beteiligt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Fakt ist, dass es für die USA nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Alternative einer friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion gegeben hat, beispielsweise durch die Neutralisierung Deutschlands, wie die SU dies vorgeschlagen hatte. Dass jedoch die USA, noch vor Kriegsende in Hiroshima und Nagasaki Atombomben einsetzten und nach dem Krieg Westdeutschland in das westliche Lager eingebunden haben und rasch zu einer Politik der Blockkonfrontation übergegangen sind, führe ich darauf zurück, dass bereits während des Krieges der MIK sich mit der Zielrichtung weltweiter US-Hegemonie auf der ganzen Linie durchgesetzt und alle nicht konfrontativen Alternativen torpediert hatte.
Die Selbstbehauptungskräfte eines – zumal unproduktiven – Sektors, der nur bestehen kann, wenn in der Welt neue Konflikte und Kriege entstehen, entfalten schlicht und einfach eine ungeheure Dynamik und blockieren alle Wege, die am Ende zum Frieden führen könnten. So ist es meiner Einschätzung nach auch zu erklären, dass nach dem Sieg der Alliierten in Deutschland ziemlich geräuschlos dem Kalten Krieg der Weg geebnet und die Sowjetunion zu einem nuklearen Wettrüsten getrieben wurde. Und so ist es ebenfalls zu erklären, dass nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Bereitschaft der SU unter Gorbatschow zu umfassender Abrüstung, die USA diese Alternative ablehnten und stattdessen mit dem neuen Konzept eines weltraum-gestützten Raketenabwehrschirms aufwarteten, das ein neues Wettrüsten entfacht hat.
Dass nahezu alle US-Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg mit dreisten Lügen vom Zaun gebrochen wurden, ist inzwischen kein Geheimnis [http://www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/Wernicke_Forschungsarbeit-Feindschaft.pdf] mehr. Der Vietnam- und im Grunde auch die Indochinakriege wurden mit der Lüge des Zwischenfalls im Golf von Tonkin begonnen. Die Bush-Regierung legitimierte den Irakkrieg mit der Lüge, dass Saddam Hussein Atomwaffen besitze usw. usf. Ich kann und will einfach nicht glauben, dass so viele Konflikt- und Kriegsereignisse in der jüngsten Vergangenheit allesamt nur zufällig so systematisch hintereinander stattfanden. Logischer und auch glaubwürdiger erscheint mir dagegen, dass dahinter ein System steckt und dass der MIK als jene Instanz, die hauptsächlich davon profitiert, auch die treibende Hauptkraft dieses Systems der Kriegsproduktion ist.

Mir scheint Ihre Darstellung ein wenig zu simpel… Es übersteigt schlicht meine Vorstellungskraft, dass es möglich sein könnte, alle diese Verbrechen nicht nur sozusagen systematisch zu planen, sondern dann auch noch die Zustimmung der Bevölkerung hierfür einzuwerben…
Vergessen wir nicht die psychologische Bedeutung der offensichtlich gezielten Manipulation durch Feindbilder, die gleich nach dem Sieg der Alliierten gegen den deutschen Faschismus die Köpfe der Amerikaner und ihrer Verbündeten voll in Beschlag nahmen.
Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion gehörte die Bedrohung des Westens durch den Kommunismus zum Alltag der Menschen, und dieses Feindbild war vom öffentlichen Diskurs einfach nicht mehr wegzudenken. Nach dem Ende der Blockkonfrontation wurde rasch der Islam zum Ersatz für eine neue Bedrohung des Westens. Es gibt Indizien dafür, dass Huntingtons Clash of Civilizations eine Auftragsstudie war. Sein Buch wurde jedenfalls weltweit als wissenschaftliche Rechtfertigung für die massive Bedrohung des Westens durch den Islam angesehen und das lange vor 9/11.
Es kann auch nicht bestritten werden, dass das Schüren von Ängsten gegen eine Religion der fruchtbarste Boden ist, auf dem die Saat der Gewalt am besten gedeihen kann; zumal bei fanatisierten Moslems, die gerade dafür prädestiniert sind, die Opferrolle einzunehmen.
So gesehen war 9/11, wenn es tatsächlich überhaupt das Werk von Al Kaida war, das Ergebnis einer self-fulfilling prophecy von Huntingtons Clash of Civilizations: Fortan stand mit dem Terrorismus ein neuer Feind fest, gegen den sofort der Krieg erklärt werden musste und auch wurde, und der, wie George W. Bush junior ankündigte, „solange geführt werden sollte, bis auch der letzte Terrorist getötet ist.“ Nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Staaten der sogenannten westlichen Welt sprangen diesem Krieg Amerikas gegen den Terror alsdann nahezu bedingungslos bei. Man drückte auch ein Auge zu, wenn bei diesem Krieg massive Verletzungen der Menschenrechte wie Folter auf der Tagesordnung standen.
Das festzustellen und auf Kräfte und massive Interessen im Hintergrund zu insistieren, mag dann tatsächlich wie eine von Anfang bis Ende geplante Verschwörung einer finsteren Macht und deswegen undenkbar erscheinen. Andererseits kann auch nicht bestritten werden, dass eine Supermacht wie die USA durchaus in der Lage ist, einen eskalationsträchtigen Prozess, wenn er denn erst einmal in Gang gekommen ist, im eigenen Sinne zu steuern und auch zu gestalten.
Um dies an einem Beispiel zu konkretisieren, verweise ich auf die mit der Rüstungsindustrie stark liierte frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice, die 2006, auf dem Höhepunkt des Atomkonflikts mit dem Iran, bei einer Veranstaltung in Riad, der Hauptstadt von Saudi Arabien, die sunnitischen Staaten aufgefordert hat, einen sunnitischen Gürtel zu bilden, weil Iran angeblich längst dabei sei, zusammen mit Irak, Libanon und Syrien, einen schiitischen Gürtel zu schaffen, um die eigene Hegemonie im Mittleren Osten aufzubauen. Diese Intervention war tatsächlich der Start für die darauf folgende Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden islamischen Strömungen und den Konflikt in Syrien, einschließlich der Entstehung des Islamischen Staates. Außerdem gilt: Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz und viele andere innerhalb und im Umfeld der Bush-Regierung kommen alle aus dem Rüstungssektor. McCain, der republikanische Sprecher des Auswärtigen Ausschusses im US-Kongress und der schärfste Kritiker von Dialog und Kooperation mit Iran zur Lösung des Atomkonflikts sowie mit Russland zur Beilegung des Ukraine-Konflikts ist ein Vietnam-Kriegsveteran. Und er war bei sowohl bei der Maidan-Revolution als auch in Syrien bei den Assadgegnern immer als Erster mit dabei.
Tatsächlich sind inzwischen aus einer Handvoll Al Kaida-Terroristen unvergleichbar größere Terrorgruppen wie etwa die Al Nusra-Front und der sogenannte Islamische Staat hervorgegangen und sollten wir dabei auch nicht übersehen, dass die Mobilisierung und Instrumentalisierung der öffentlichen Meinung auch durch andere subtile Methoden, wie beispielsweise die Dämonisierung vermeintlicher Feinde, erfolgt: Je nach Bedarf wurde mal Ghaddafi, mal Saddam Hussein zum neuem Hitler auserkoren, der Iran im Atomkonflikt so dämonisiert, dass aller Wahrscheinlichkeit nach die westliche Öffentlichkeit einen Krieg gegen dieses Land letztlich hinnehmen würde. Und auch Putin wurde tagein, tagaus systematisch und intensiv dämonisiert, als er sich dem offensichtlichen Versuch, die Ukraine in die EU einzubinden, aktiv widersetzte.
Gerade im Fall des Ukraine-Konflikts konnten wir alle erleben, wie durch einseitige Medienberichterstattung die anti-russische Propaganda im Westen Platz greifen konnte und wie sich in Europa eine beängstigende Vorkriegsstimmung breit machte. Ich kann mir gut vorstellen – und teilweise ist das auch längst belegt -, dass im Hintergrund solcher Entwicklungen eine ganze Reihe einflussreicher Denkfabriken und Netzwerke dafür bezahlt werden, je nach Bedarf politische PR-Kampagnen zu konzipieren und alles, was zur psychologischen Kriegsführung gehört, bei jeder Kriegsentscheidung mit voranzutreiben. Und die Geheimdienste selbst tun natürlich ihr Übriges.
Dass das leitende Personal der sogenannten Qualitätsmedien in gut organisierten Netzwerken ganz im Sinne des MIK bei nahezu jedem Konflikt der USA die vom Pentagon gelieferten Analysen und Einschätzungen dann kritiklos verbreitet, ist inzwischen ja ein offenes Geheimnis. Es wäre daher keine Schwarzmalerei, festzustellen, dass die westliche Medienkultur in unserer Gegenwart von der Kant'schen Idee der Kooperation und des Friedens offenbar nichts mehr hält, sehr viel dagegen jedoch von der Idee der Konfrontation, der Bedrohung, der per-

manenten Beschwörung von Feindbildern sowie von Thomas Hobbes' Menschenbild, dass der Mensch des Menschen Wolf ist. Deshalb wundert es kaum, dass bei der Dominanz einer solchen Kultur die Friedensbewegung stets den Kriegsereignissen hinterherläuft und dass Friedensperspektiven kaputt geredet werden, während der MIK mit Leichtigkeit für alle Konflikte und Kriege, die er zum eigenen Überleben inszeniert, die öffentliche Meinung auf seiner Seite hat. Laut Folterbericht des US-Senats vom Dezember 2014, um nur ein Beispiel dafür zu geben, wie tief die Kultur des Krieges in der US-amerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist, haben zwei Psychologen für 80 Millionen Dollar für die CIA neue Foltermethoden entwickelt. Als dies bekannt wurde, haben sie ihre menschenfeindlichen Dienste auch noch mit der Begründung öffentlich verteidigt, diese basierten auf wissenschaftlicher Grundlage…

Wie ist es aber zu erklären, dass die Amerikaner die ungeheuren Kosten der zahlreichen US-Kriege und der Bereitstellung von Personal und Kriegsmaterial mehr oder weniger hinnehmen? Immerhin sind die USA eine funktionierende Demokratie und die Parteien sind mit Kritik der jeweils herrschenden Regierung nicht gerade zimperlich. Der Konflikt um die Zustimmung zum Haushalt artet oft in der Blockade der Gehaltszahlungen für die Ministerien und die Regierungsarbeit aus. Halten Sie die herrschende Propaganda wirklich für so mächtig, dass sie die Menschen fast bedingungslos zu beeinflussen vermag?

Das ist in der Tat eine sehr wichtige Frage. Tatsächlich gehört in den USA eine öffentliche Debatte über die militärischen Kosten zu den Tabuthemen. Wenn bei den Haushaltsberatungen das Thema Verteidigungsetat überhaupt angeschnitten wird, dann wegen zu niedriger Steigerungsraten. Man kommt nicht umhin, anzunehmen, dass es zwischen den US-Parteien den Konsens gibt, die Rüstungsausgaben stets zu erhöhen. Und auch innerhalb der EU gibt es ja derartige Bestrebungen. Beispielsweise wollten die EU-Kriegsparteien vor einigen Jahren die Steigerung von Rüstungsausgaben sogar in der Verfassung festschreiben, was glücklicherweise gescheitert ist. Was aber die Finanzierung der gigantischen Rüstungsausgaben der USA betrifft, die gerade in der letzten Dekade sehr drastisch und auf die astronomische Summe von bis zu über 700 Milliarden Dollar jährlich gesteigert wurde, so haben sich alle Regierungen zu diesem Zweck immer wieder verschuldet. Gerade die permanente Verschuldung für die Rüstungsausgaben, also für öffentliche Investitionen in einen unproduktiven Sektor, die deshalb auch keine Steuern auf die Einnahmeseite generieren, ist vermutlich der Hauptgrund dafür, dass die USA mit über 17.000 Milliarden Dollar inzwischen zum größten Schuldnerstaat der Welt geworden sind. Jeder andere Staat wäre mit diesen Schulden längst pleite gegangen. Die Sowjetunion ist beispielsweise unter der massiven Last des in den 1980er Jahren initiierten Todrüstens zusammengebrochen. Aber den USA geschieht deshalb kein finanzielles Desaster, weil die US-Regierung, dank ihres Monopols an der Weltwährung und des Vertrauens, das internationale Kapitalanleger in die Stabilität des Dollars haben, ihre Neuverschuldung mit Staatsanleihen, die sie bei der US-Notenbank Fed gegen Cash eintauschen, finanzieren.
Die Fed vermarktet einerseits die Staatsanleihen auf dem Globus und bewirkt dadurch einen ständigen Kapitalfluss in die US-Ökonomie, während sie andererseits die Notenpresse anwirft und die Regierung zur Finanzierung der laufenden Rüstungsausgaben mit neu gedrucktem Geld versorgt. Im Grunde finanzieren die USA die Kosten des MIK nicht mit den Steuergeldern der eigenen Bevölkerung, sondern mit dem der kumulierten Kaufkraft aus der ganzen Welt, das Amerika als Kapital geradezu wie ein Schwamm aufsaugt.
Dieser Sachverhalt mag vielleicht auch der Grund sein, warum die Rüstungsfinanzierung in der US-Öffentlichkeit kein Thema ist und kaum jemanden stört. Dieses unglaublich hinterhältige Finanzierungsmodell der eigenen Kriege setzt allerdings voraus, dass der Ölhandel weltweit auf Dollarbasis erfolgt. Diese Bedingung kann jedoch nicht durch die freiwillige Bereitschaft der Ölexporteure garantiert werden, zumal viele dieser Ölstaaten nicht für ihre Amerikahörigkeit bekannt sind. Vielmehr erfordert diese Bedingung ein globales Gewaltsystem, das die rebellischen Ölstaaten die nackte Gewalt potentieller Regime Changes spüren lässt und dafür sorgt, dass das Vertrauen in den Dollar erhalten bleibt.
Unter diesem Blickwinkel erscheinen auch sämtliche Kriege der USA im Mittleren Osten in einem neuen Licht. Die Zerschlagung von starken zentralistischen Staaten wie dem Irak und die Entstehung von terroristischen Gruppen, wie des sogenannten Islamischen Staates, sind - solange das Geschäft Öl gegen Waffen ungestört bleibt – dem erwähnten Gewaltsystem dabei alles andere als abträglich. Und genau an dieser Stelle treffen die Interessen von US-Regierungen und MIK zusammen und schließt sich der Kreislauf von globalem Gewaltsystem, Ölhandel auf Dollarbasis und Stabilität der US-Ökonomie durch drastische Kapitalimporte.
Ich will es hier mit diesen wenigen Hinweisen belassen, auch, da ich diese Thematik an anderen Stellen bereits ausführlicher behandelt habe. (1)

Wenn es also ein solches „Netzwerk" im Hintergrund der Demokratie, einen solchen „Staat im Staate" gibt und dieser eine immer größere Bedrohung für den Frieden in der Welt darstellt – was und wie kann die Friedensbewegung hiergegen denn vorgehen und Frieden durchsetzen? Demonstrationen und Appelle gegen den womöglich mächtigsten und finanzstärksten Apparat der Welt erscheinen mir eher aussichtslos zu sein. Was schlagen Sie vor? Gibt es eine Strategie?

Meiner Einschätzung nach sollte der MIK bei allen Aktivitäten der Friedensbewegung ins Zentrum der Kritik gerückt werden. Der Militärisch-industrielle Komplex ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden unserer Zeit. Kampagnen gegen Rüstungsexporte sind weiterhin wichtig, reichen allein aber nicht aus. Nötig ist meiner Einschätzung nach eine weltweite Kampagne zur Ächtung der Waffenproduktion. Und dazu müsste mit Kirchen und Religionsgemeinschaft enger diskutiert und auch zusammengearbeitet werden.

Wichtig erscheint mir auch die Bekämpfung der herrschenden Kultur des Krieges, die alle medialen Kriegsrechtfertigungen und die Kriegspropaganda massiv befördert. Diese Kultur muss als menschenfeindlich dekodiert und erschüttert werden. Der Aufbau einer Kultur des Friedens ist zwar die Jahrhundertaufgabe, die Idee der Kooperation hat allerdings eine große Anziehungskraft, die uns ermutigt, dran zu bleiben.

Ich bedanke mich für das Gespräch.

(1) http://www.business-reframing.de/wp-content/uploads/2014/04/Dollarimperialismus.pdf

Quelle: http://www.nachdenkseiten.de/?p=28017

Video (35 Min) von **KONTEXT.TV**:
Chaos und permanenter Krieg: Wie die US-Außenpolitik den Nahen Osten und Osteuropa destabilisiert, 16.10.2015

Gäste: **Elizabeth Murray**, arbeitete 27 Jahre lang als Geheimdienstanalystin mit Schwerpunkt Naher Osten beim "National Intelligence Council" der US-Regierung. Sie ist heute Mitglied beim "Veteran Intelligence Professionals for Sanity".
Ray McGovern, arbeitete fast drei Jahrzehnte als Analyst für die CIA mit Schwerpunkt russische Außenpolitik. Zu seinen Aufgaben gehörte u.a. die tägliche Lagebesprechung für den US-Präsidenten vorzubereiten. Er war zudem verantwortlich für die "National Intelligence Estimates". Heute ist McGovern im Lenkungsausschuss der "Veteran Intelligence Professionals for Sanity".

http://www.kontext-tv.de/sites/default/files/McGovern_Murray_Deutsch_Komplett.mp4

Christoph Krämer
"Krieg gegen den Terror" - Die wahre Ursache der Flucht

Der "Krieg gegen den Terror", den die USA nach dem 11. September 2001 entfachen, ist nicht nur blutig und erfolglos. Er stürzt auch eine ganze Region ins Chaos. Die Folge: die Fluchtbewegungen, die derzeit Europa erreichen.

Tagtäglich berichten die Medien über die Tausende von Flüchtlingen, die nach Europa fliehen. Doch ein Aspekt fehlt nahezu komplett: Hintergründe über die Fluchtursachen. 14 Jahre sind nach den Terroranschlägen vom 11. September vergangen. Der sogenannte "Krieg gegen den Terror" ist das teuerste und zugleich zerstörerischste politische Projekt seit dem Zweiten Weltkrieg. Sein Ziel, Terrorismus zu bekämpfen, wurde verfehlt, ja sogar konterkariert. Die Militärintervention brachte den Terrorismus erst in den Irak und dann nach Syrien. In Gestalt des "Islamischen Staats" hat er sich in bedrohlicher Ausprägung etabliert.
Wirtschafts-Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz** rechnet in seinem Buch "Die wahren Kosten des Krieges" vor, dass allein die Kosten des Irakkrieges etwa drei Billionen US-Dollar betragen – das Sechzigfache dessen, was die Bush-Regierung dafür ursprünglich im Kongress veranschlagt hatte. Die im Irak angerichteten Schäden sind darin noch gar nicht enthalten. Griechenland ließe sich für diese Summe fast 20 Mal komplett entschulden.
Noch unfassbarer sind die menschlichen Kosten: Als Journalisten US-General Tommy Franks im März 2002 in Afghanistan danach fragten, antwortete er: "We don't do body counts", wir zählen keine Leichen. Nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder den USA *"uneingeschränkte Solidarität"* zugesichert hatte, müssen wir aber genau das tun, auch hier in Europa. Denn auch die menschlichen Kriegskosten sind kaum bekannt – weder der Bevölkerung noch den Entscheidungsträgern. Publiziert werden allenfalls die Zahlen, die die britische Nichtregierungsorganisation "Iraq Body Count" (IBC) veröffentlicht. Dieses Jahr haben die deutsche, die kanadische und die US-Sektion der Ärzteorganisation "International Physicians for the Prevention of Nuclear War" (**IPPNW**) eine Analyse zu den tatsächlichen Opferzahlen nach zehn Jahren "Krieg gegen Terror" veröffentlicht, die jetzt auch auf Deutsch vorliegt. Die IPPNW-Untersuchung "Body Count" kommt aufgrund wissenschaftlicher Auswertungen auf das Zehnfache der IBC-Angaben.
Die IPPNW schätzt, dass der "Krieg gegen Terror" bereits in den ersten zehn Jahren 1,3 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Da Untersuchungen zu den Todesopfern mit den Schwächen der verfügbaren Quellen zu kämpfen haben, liegt die Dimension der Todesopfer des Krieges wahrscheinlich über 2 Millionen. Hinzuzurechnen sind im Grunde auch die inzwischen weit über 200.000 Toten in Syrien, denn auch sie sind mittelbare Folge des "Krieges gegen den Terror".

Anlässlich des Jahrestages der Terroranschläge vom 11. September und einer seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr dagewesenen Zahl von Flüchtlingen dürfen Politik und Medien den Zusammenhang von Kriegsstrategie des Westens und der anschwellenden Massenflucht aus den betroffenen Ländern nicht länger ausblenden. Dabei sind diejenigen, die nach Europa gelangen, nur ein kleiner Teil der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge. Fliehen können meist nur diejenigen, die Geld haben. Damit gehen den betroffenen Ländern gut ausgebildete Kräfte verloren – was sie ökonomisch und ideologisch noch instabiler macht und damit noch anfälliger für Al-Kaida, IS & Co.
http://www.n-tv.de/politik/Die-wahre-Ursache-der-Flucht-article15893101.html



http://www.ramstein-kampagne.eu/

Aufruf

Der US-Militärstützpunkt Ramstein ist ein zentrales Drehkreuz für die Vorbereitung und Durchführung völkerrechtwidriger Angriffskriege. Die meisten tödlichen Einsätze US-amerikanischer Kampfdrohnen, u.a. in Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen, Syrien und Afrika, werden über die Satellitenrelaisstation auf der US-Air-Base Ramstein durchgeführt.
US-Drohnenpiloten auf verschiedensten Militärbasen nutzen Ramstein für die Steuerung der Killerdrohnen in weltweiten und illegalen Kriegseinsätzen. In Ramstein analysieren und aktualisieren ca. 650 MitarbeiterInnen ständig die Überwachungsdaten der vermeintlichen Zielpersonen und leiten ihre Daten dann weiter.
Die US-Regierung hat mittels Drohnen in Pakistan, Jemen und Somalia fast 5000 Menschen außergerichtlich getötet sowie über 13.000 im Afghanistan-Krieg. Ungezählte Opfer gab es durch US-Drohnen im Irak, in Syrien und in Libyen. Die große Mehrzahl der Opfer waren Unbeteiligte wie Frauen, Kinder und alte Menschen.
Die Mordbefehle werden per Joystick über die Satelliten-Relaisstation in Ramstein an die jeweiligen Drohnen übermittelt. Ohne Ramstein würde der gesamte Drohnenkrieg auf unbestimmte Zeit empfindlich behindert.
Zugleich war Ramstein logistisch unverzichtbar für die Durchführung des brutalen US/NATO-Kriegs in Afghanistan und des US-Angriffskriegs in Irak. Gleiches gilt für drohende US-Interventionskriege, einschließlich an den Grenzen zu Russland.
Die Komponenten des US-Raketenabwehrschildes sind in verschiedenen NATO-Staaten stationiert, eine seiner Befehlszentralen ist in das AIRCOM, das Hauptquartier aller NATO-Luftwaffen, auf der US-Air Base Ramstein integriert.

Außergerichtliches Töten von BürgerInnen anderer Staaten auf deren Territorien verstößt nicht nur gegen die Menschenrechts-Charta der UNO und gegen das Völkerrecht, sondern auch - wenn das Verbrechen von deutschem Hoheitsgebiet ausgeht - gegen unser Grundgesetz. Das wollen wir nicht länger hinnehmen, weder das illegale Treiben der USA in Deutschland noch deren Völkerrechtsverbrechen von deutschem Boden aus, noch deren Unterstützung durch die Bundesregierung.
Wir fordern daher vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung, den USA die Nutzung von Ramstein als Basis zur Drohnenkriegsführung zu verbieten und die Satelliten-Relaisstation zu schließen, zugleich selbst auf die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr zu verzichten und die Einführung von Kampfrobotern im Militär zu ächten, sowie die illegalen Ausspähpraktiken der NSA in Zusammenarbeit mit dem BND, wofür Ramstein ein Kristallisationspunkt ist, zu beenden.
Ohne persönlichen Einsatz und demonstrative Aktionen kann die brandgefährliche Militärpolitik der Bundesregierung und die Kriegshandlungen der US/NATO nicht gestoppt werden.



Kongress der Informationsstelle Militarisierung e.V. in Tübingen: http://www.imi-online.de/2015/08/21/0446-imi-kongress-militaerische-landschaften-14-15-11/

Feindbilder in unseren Köpfen - Wissenschaft und kognitive Militarisierung - Kritischer Blick auf Geopolitik / „Eroberte“ und „beherrschte“ Räume: Wie die militärische Besatzung den Raum verändert
„Leben unter Besatzung, Schaffung neuer politischer Räume“
Konkrete Räume und Orte in Deutschland: Militärstandorte – zwischen Protest und guter Nachbarschaft? / Der Drohnenkrieg im Fokus – neue Impulse für Widerstand gegen das AFRICOM
Waffenproduktion – zwischen Moral und Arbeitsplatz?
„Imageproblem Panzer“: Kassel und der Protest gegen schweres Kriegsgerät / Der schwierige Widerstand gegen Rüstungsproduktion rund um Friedrichshafen
Diskussion: Widerstand -Erfolgreicher Protest braucht mehr als Demonstrationen

5. und 6. Dezember 2015

22. Friedenspolitischer Ratschlag

Universität Kassel, Wilhelmshöher Allee 73

Selten war unser Friedensratschlag so wichtig wie heute.
Die westlich-russischen Beziehungen sind in einer tiefen Krise.
Die großen Atommächte modernisieren ihre Atomwaffen.
Stellvertreterkriege, wirtschaftliche Ausbeutung, Freihandel und Erderwärmung verursachen große Fluchtbewegungen.
Da sind fundierte politische Analysen geboten. Dieser Aufgabe wollen wir uns beim Friedensratschlag stellen. Um einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, welche die Welt erneut unter das Damoklesschwert absichtlicher oder versehentlicher Zerstörung bringt“. Programm und Anmeldung:
http://www.ag-friedensforschung.de/rat/2015/programm2015.pdf

Weitere Termine: http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/veranstaltungen/termin-uebersicht/

Institut für Welternährung e. V.

Wirtschaftliche Ursachen für das Verlassen der Heimat

Offener Brief an die Bundesregierung über neue Flüchtlingsströme als Folge falscher Entwicklungspolitik

Die aktuelle Entwicklungspolitik der Bundesregierung im Rahmen der *"New Alliance for Food Security and Nutrition"* (1) droht die Flüchtlingsströme aus **Afrika** massiv zu verstärken. Hierauf macht das Institut für Welternährung - World Food Institute e. V. (IWE) in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ressortminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, sowie für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, aufmerksam.
Eine aktuelle Analyse des Instituts kommt zu dem Schluss, dass diese Politik auf einen massiven Strukturwandel der Landwirtschaft nach europäisch-amerikanischem Vorbild hinausläuft und damit den größten Teil der **Kleinbauern** Afrikas seiner landwirtschaftlichen Existenzen berauben könnte.
Dies, so folgert die Studie, die unter dem Titel "Unter falscher Flagge?" veröffentlicht wurde, wiege doppelt schwer vor dem Hintergrund des unzureichenden Arbeitsangebots außerhalb der afrikanischen Landwirtschaft. *"Den aus der Landwirtschaft Verdrängten werden anders als beim Agrarstrukturwandel in Deutschland, kaum außerlandwirtschaftliche Alternativen zur Verfügung stehen.*" Nach Schätzungen des Instituts läuft die von der Bundesregierung unterstützte Politik darauf hinaus, dass in den kommenden Jahren mehr als 100 Millionen Kleinbauern in Afrika entwurzelt und in die Slums der großen Städte abgedrängt werden. Diese Art von Entwicklungspolitik könne sich auf mittlere Sicht als Brandbeschleuniger für die Flüchtlingsströme nach Europa erweisen und nicht als Hilfe gegen Hunger und Armut in Afrika, warnt das IWE.

In seinen Brief an die Bundesregierung betont das Institut für Welternährung, eine solche Entwicklung widerspreche sowohl den deutschen Eigeninteressen als auch der jüngsten Enzyklika des Papstes "Laudato Si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus", in der er an die Pflicht der VerantwortungsträgerInnen appelliert, "*die Kleinproduzenten und die Produktionsvielfalt klar und nachdrücklich zu unterstützen"*. *"Ich möchte Sie daher bitten"*, so der Sprecher des Instituts für Welternährung, Wilfried Bommert, in seinem Schreiben an die Bundesregierung, *"das Mitwirken der Bundesregierung an der New Alliance for Food Security and Nutrition kritisch zu überdenken."*

(1) Die *New Alliance for Food Security and Nutrition* wurde **2012** in Washington auf der Tagung der **G8-Staaten gegründet** als Bündnis der führenden **Industriestaaten** mit den multinationalen **Konzernen** der Agrar-, Chemie- und Lebensmittelindustrie, u.a. Cargill, Dupont, Danone, Monsanto, Nestle, Swiss Re, Syngenta, Unilever, Yara. Ziel sollte die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft nach dem Muster der Industrieländer sein. Bisher haben sich 10 Länder Afrikas (Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Äthiopien, Ghana, Malawi, Mosambik, Nigeria, Senegal und Tansania) dem Programm angeschlossen.

www.institut-fuer-welternaehrung.org
Studie: Unter falscher Flagge?
http://tinyurl.com/o7tg5ez

Abschreckende Wirkung: "Handbuch" der EU-Kommission zum Thema "Rückführungen"

Das offizielle Dokument weist die Repressionsbehörden der EU-Mitgliedsstaaten an, "alle notwendigen Maßnahmen" gegen Flüchtlinge zu ergreifen, um diese zur Ausreise zu nötigen.
Bei Abschiebungen ist explizit die Anwendung von Gewalt vorgesehen - etwa durch das Anlegen von Fesseln oder die zwangsweise Gabe von Betäubungsmitteln.
Jeder Migrant, der versucht, sich der Abschiebung zu entziehen, oder sich dieser widersetzt, kann laut "Handbuch" bis zu achtzehn Monate inhaftiert werden. Dies gilt auch für Kinder und ganze Familien und beinhaltet die Psychiatrisierung "aggressiver" Gefangener. Einmal abgeschobene Flüchtlinge können zudem mit Einreiseverboten von bis zu zwanzig Jahren belegt werden, wenn sie nach Auffassung der Behörden eine "Bedrohung der öffentlichen Ordnung" darstellen.
Der EU-Kommission zufolge wird das "Handbuch" den Repressionsorganen der EU-Mitgliedsländer künftig als "wichtiges Schulungsinstrument" für die einheitliche Realisierung von "Rückführungen" dienen…" 18. September 2015
http://antifadueren.blogsport.de/2015/09/20/abschreckende-wirkung-ii/

ISW-Report: Wider die Asyl-Lügen und Vorurteile

Fakten und Argumente zum Thema Flüchtlinge und Asyl.
http://isw-muenchen.de/2015/10/wider-die-asyl-luegen-und-vorurteile/

Pro Asyl

Beschluss der Großen Koalition in Deutschland: Flüchtlinge entrechten, Familien auseinander reißen, EU abschotten

Am 5.November hat die Große Koalition einen 9-Punkte umfassenden Beschluss zur Flüchtlingspolitik gefasst. Die Priorität ist klar: Von neun Punkten befasst sich lediglich ein Punkt mit Integration – und dieser ist noch dazu besonders schwammig formuliert. Die Bundesregierung lässt kein Aufnahme- und Integrationskonzept erkennen, ein Flüchtlingsgipfel jagt den nächsten ohne die akuten Probleme in der Flüchtlingsaufnahme (langwierige Verfahren, keine menschenwürdige Unterbringung) geschweige denn langfristige Projekte (sozialer Wohnungsbau, Arbeitsmarktzugang, etc.) anzugehen.
In der Öffentlichkeit wird der Beschluss der Großen Koalition nicht als Verschärfung des Asylrechts diskutiert, schließlich sind die seit langem umstrittenen Transitzonen vom Tisch. Doch CDU/CSU haben gepokert und die SPD mit den Transitzonen vor sich her getrieben – so konnten zahlreiche Beschlüsse des CDU/CSU-Papiers vom Wochenende durchgesetzt werden. Die Beschlüsse sind weitreichend und beinhalten Maßnahmen, die Flüchtlinge noch stärker entrechten werden.

Verfahrensbeschleunigung? Schnellere Abschiebungen!
Durch den Beschluss werden drei bis fünf neue „**Aufnahmezentren**“ geschaffen. In diesen sollen bestimmte Flüchtlingsgruppen einem verschärften Asylverfahren ausgesetzt werden: Die Regelungen gelten für Schutzsuchende aus „sicheren Herkunftsstaaten“, für jene mit Wiedereinreisesperren und Folgeanträgen sowie Flüchtlinge „ohne Mitwirkungsbereitschaft“. Insbesondere der letzte Punkt hat es in sich, denn in der Praxis wird Flüchtlingen häufig vorgeworfen, keine Mitwirkungsbereitschaft zu zeigen, bspw. weil sie schlicht keine Identitätsdokumente mehr besitzen.

Diese Flüchtlinge unterliegen in den Aufnahmezentren einer verschärften **Residenzpflicht**. Verlassen Schutzsuchende den Bezirk des Aufnahmezentrums, verlieren sie Leistungsansprüche und ihr Asylantrag ruht. Letzteres ist ein klarer Verstoß gegen die **EU-Aufnahmerichtlinie**, die über dem nationalen Recht steht: Zwar kann nach Art. 7 der Richtlinie die Vergabe materieller Leistungen an den zugewiesenen Aufenthaltsort geknüpft werden. Jedoch sieht die Richtlinie nicht vor, dass damit das Asylverfahren ausgesetzt werden kann. Über die Richtlinie hinausreichende Sanktionen sind mit dem Europarecht nicht vereinbar.

Zudem wird für die Flüchtlinge ein **Eilverfahren** analog dem Flughafenverfahren geschaffen. Asylverfahren sollen nur eine Woche dauern und Rechtsmittelverfahren bis zu zwei Wochen. Das ohnehin problematische **Flughafenverfahren**, das in der Praxis zu vielen Fehlentscheidungen führt, wird damit ausgeweitet. Bestimmte Flüchtlingsgruppen werden von einem fairen Asylverfahren ausgeschlossen. Durch Eilverfahren steht zu befürchten, dass ihre Anträge nicht mehr ordentlich inhaltlich geprüft werden.

Die Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge wird mit dem Beschluss der Großen Koalition fort getrieben. Dabei ist doch Kern des rechtsstaatlichen Asylverfahrens, dass erst am Ende des Verfahrens und nicht vorher, eine Entscheidung über ein Aufenthaltsrecht ergehen darf. Dass bei genauerer inhaltlicher Prüfung auch Flüchtlinge aus sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ Asyl in Deutschland erhalten, hat zuletzt das Verwaltungsgericht Oldenburg festgestellt: Eine Romni aus Mazedonien hat den Flüchtlingsstatus wegen politischer Verfolgung erhalten.

GroKo treibt Familien ins Elend: Verschlechterungen für afghanische Flüchtlinge beabsichtigt
Besonders anstößig ist die Aussetzung des **Familiennachzugs** für subsidiär geschützte Flüchtlinge, also jenen die nicht abgeschoben werden können, weil ihnen Tod, Folter oder ernsthafte Bedrohung im Herkunftsstaat droht. Erst durch die Gesetzesänderung vom 1. August wurde ihr Status demjenigen von GFK-Flüchtlingen angeglichen. Jetzt sollen sie für zwei Jahre ihre Familien nicht nachholen dürfen.
In Deutschland erhielten von Januar bis Oktober 2015 1.366 Personen subsidiären Schutz nach § 4 AsylG. Darunter 326 aus Eritrea, 254 aus Afghanistan, 185 aus dem Irak und 55 aus Syrien. Die Quote von subsidiär Schutzberechtigten liegt bei 0,6 Prozent der Gesamtentscheidungen.
Die Aussetzung des Familiennachzugs bedeutet für jede Einzelperson eine unvergleichbare Härte. Und zweitens muss der Beschluss in Zusammenhang mit den Ausführungen über **Afghanistan** gelesen werden. Denn die Große Koalition will durch militärisches Engagement die gescheiterte Strategie in Afghanistan fortsetzen und dort „inländische Fluchtalternativen“ schaffen. Und das in einem Land, in dem der „Horror der Gewalt“ herrscht, wie ein UN-Kommissar äußerte. Dadurch soll zugleich die Entscheidungspraxis des BAMF für Afghanen verändert werden. Die Regierung will offensichtlich für AfghanInnen einen schlechteren Schutzstatus beim BAMF bewirken und sie damit vom Familiennachzug ausschließen. In diesem Jahr sind laut EASY-Statistik 67.191 afghanische Flüchtlinge eingereist, davon 31.051 (46%) allein im Oktober.
Die Folgen des eingeschränkten Familiennachzugs werden dramatisch sein: Schon jetzt fliehen immer mehr Frauen und Kinder über die gefährlichen Fluchtrouten nach Europa, weil sie keine legalen Zugangswege haben. Jeden Tag werden in der Ägäis tote Menschen am Strand angespült. Mit der Aussetzung des Familiennachzugs zwingt die Bundesregierung noch mehr Menschen auf die lebensgefährlichen Wege – und macht sich damit am Sterben im Meer mitschuldig.

Außengrenzen dicht machen
Auch hinsichtlich der europapolitischen Herausforderungen atmet das Papier den Geist der "Festung Europa". Der Schutz der Außengrenzen soll hergestellt, illegale Schleusungen beendet werden. Wirkliche Alternativen werden nicht geboten: "Flüchtlingsschutz" gibt es nach der Großen Koalition nur außerhalb Europas, z.B. durch Kooperationen mit der Türkei - ein Staat, in dem die innenpolitischen Auseinandersetzungen brodeln und Anschläge gegen Oppositionelle durchgeführt werden. Auch der Verweis des Papiers, man wolle die Registrierung von Flüchtlingen in den "Hot-Spot"-Center verbessern ist blanker Hohn: im Registrierungscenter auf Moria herrschen elendige Bedingungen.

Es ist Zeit für ein Integrationsprogramm
Der Beschluss der Großen Koalition zielt an den Herausforderungen vorbei: In dem Papier finden sich keine Worte über die Unterstützung der Ehrenamtlichen, keine Ideen für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und nur warme Worte statt Taten für mehr Integration - im Gegenteil, denn CDU/CSU konnten sich mit ihrer Forderung durchsetzen, die Kosten für Integrationskurse auf das soziokulturelle Existenzminimum anzurechnen.
Indem die Regierungsparteien jede Woche aufs Neue Debatten über die Abschottung Deutschlands beginnen, verpassen sie die Möglichkeit humane Aufnahmebedingungen in Deutschland zu schaffen. PRO ASYL hat bereits im September ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt (http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Presserkl_Anhaenge/23.09.2015_Forderungen_an_Bund_und_Laender.pdf). Darunter finden sich Vorschläge, wie die Asylverfahren ohne Rechtsbeschneidung der Schutzsuchenden vereinfacht werden können, wie Integration gestaltet und ehrenamtliches Engagement unterstützt werden kann.
http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/groko_beschluss_fluechtlinge_entrechten_familien_auseinanderreissen_europa_abschotten/

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) fordert eine proaktive europäische Asylpolitik, die international vereinbarte Schutzstandards beachtet.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde auf dem Kongress des EGB in Paris am 30. September 2015 verabschiedet.

In den vergangenen Monaten hat es über die europäischen Grenzen einen massiven Zustrom von Menschen gegeben, die bei uns Schutz vor Krieg und Zerstörung in ihren eigenen Ländern suchen.
Viele dieser Asylsuchenden riskieren ihr Leben und das Leben ihrer Kinder auf der Suche nach friedlichen Lebensumständen, in denen sie als Menschen respektiert werden. Der EGB verurteilt nachdrücklich alle Maßnahmen, die die menschliche Würde, die Menschenrechte oder die körperliche Unversehrtheit dieser Menschen gefährden.

Die Hindernisse und Zäune, die in letzter Zeit errichtet wurden, haben sich als unwirksam erwiesen und bewirken lediglich, dass sich die Flüchtlingsströme einen anderen Weg suchen und Menschenschmuggler davon profitieren. Diesen Banden ist das Handwerk zu legen.
Wir beklagen den Tod von Asylsuchenden, die Europa über das Mittelmeer erreichen wollen, und wiederholen unsere Forderung, dass die Europäische Kommission weiterhin Such- und Rettungseinsätze durchführen soll, um den Flüchtlingen auf hoher See humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Lange Schlangen vor den Asylbehörden, überfüllte Aufnahmelager und improvisierte Camps in vielen Teilen Europas zeigen, wie schlecht vorbereitet und unwillig die Länder sind, diese Krise zu bewältigen. Die **Austeritätspolitik** hat diese Probleme zusätzlich verschärft und die Bedingungen in den Ankunftsländern noch schwieriger gemacht.

Der EGB unterstützt die fundamentalen europäischen Werte wie **Respekt** vor dem menschlichen Leben und der Menschenwürde und bekämpft populistische und fremdenfeindliche Einstellungen. Das Einstehen für diese Werte muss in Form konkreter Maßnahmen erfolgen. Zu diesem Zweck ist eine echte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten wichtig, die entsprechend dem Wortlaut und dem Geist der Verträge eine angemessene Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen müssen.
Der EGB fordert eine proaktive europäische Asylpolitik, die **international vereinbarte Schutzstandards** beachtet, darunter auch das **UN-Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1951 und das ergänzende Protokoll von 1967**.
Die **Dublin-Verordnung muss modifiziert** werden. Neue Vereinbarungen sollten sicherstellen, dass die Betreuung der Asylsuchenden gerecht zwischen Mitgliedstaaten aufgeteilt wird und dass dabei weitgehend auf die Bedürfnisse der Asylsuchenden und die Wahl ihres bevorzugten Ziellandes Rücksicht genommen wird. Dabei sind - neben anderen Faktoren - Gemeinschaft, Sprache und Familie entscheidend.

Der EGB fordert ein schnell umzusetzendes **Neuansiedlungsprogramm**, das weit über die ursprünglich von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Neuansiedlung von 20.000 Flüchtlingen aus Drittstaaten hinausgeht.
Die am 22. September angenommenen Beschlüsse des Rates sind zu begrüßen. Die Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen kann zu einer sofortigen Entlastung von Ländern führen, die eine außerordentlich hohe Zahl von internationalen Schutzsuchenden aufnehmen. Darüber hinaus werden Finanzhilfen für Sonderagenturen der Vereinten Nationen ebenfalls den Millionen Menschen zugute kommen, die in Flüchtlingslagern unmittelbar an der Grenze der Konfliktzonen leben. Die vom Rat vereinbarten Maßnahmen stellen allerdings nur eine **unvollständige Antwort** auf die Herausforderungen dar, mit denen Europa konfrontiert wird, und sind weit von einer dauerhaften Lösung innerhalb einer echten europäischen Asylpolitik entfernt. Der EGB ermutigt die Mitgliedstaaten, weiterhin im Geiste konstruktiver Solidarität unter der Führung der europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Der EGB verurteilt Regierungen, die gegenwärtig nicht an einer gemeinsamen Strategie zur Umverteilung der Asylsuchenden in Europa teilnehmen wollen.

Der EGB fordert eine effektivere **Entwicklungszusammenarbeit** mit den Herkunftsländern.
Eine demokratische und wirtschaftliche Entwicklung ist entscheidend für die Beseitigung der eigentlichen Ursachen dieser massiven Wanderungsbewegungen von Menschen. Die EU muss einen wichtigen Beitrag zur Förderung dieses Entwicklungsprozesses leisten.

Die Agenda der Europäischen Kommission zur Bewältigung der Flüchtlingskrise kann sich angesichts des zunehmenden Ausmaßes dieses Problems als unzureichend erweisen, dies gilt besonders für die Situation auf den Ostbalkanrouten und im Mittelmeer. Hier muss mehr getan werden: **Alle Menschen haben das Recht auf Schutz, wirtschaftliche Sicherheit, Religionsfreiheit, politische Freiheit und Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Gesundheits- und Bildungswesen in einer Gesellschaft, die diese Freiheiten schützt.** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass es wieder ein adäquates Angebot an qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten für alle gibt. Priorität sollten dabei Dienstleistungen haben, die den sozialen Zusammenhalt sichern, z.B. Beschäftigung und Wohnen. Die Aufnahmeeinrichtungen und die Zentren für die Prüfung von Asylansprüchen müssen mit gut ausgebildeten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes besetzt werden.

Mit ihren 60 Millionen Mitgliedern bleibt die europäische Gewerkschaftsbewegung ein Bollwerk gegen jede Form von Intoleranz und wird sich weiterhin für eine humanitäre Antwort auf diese humanitäre Krise einsetzen. Wo Flüchtlinge in der Lage sind zu arbeiten, werden die Gewerkschaften sie für sich gewinnen und sie vertreten. Wir werden mit Partnern zusammenarbeiten und denjenigen humanitäre Hilfe leisten, die keine Arbeit haben. Der EGB wird mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) zusammenarbeiten, um auf eine Krise zu reagieren, die sowohl eine globale als auch eine europäische Dimension hat.

https://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/document/files/emergency_motion_refugees_trilingual.pdf



http://www.proasyl.de/de/home/zeit-zu-handeln/

Bundesweit engagieren sich Tausende Menschen für Flüchtlinge :
http://www.proasyl.de/de/ueber-uns/foerderverein/mitmachen/

Entschließung des Gewerkschaftstages der **IG Metall: Für eine solidarische Flüchtlingespolitik**

Alle am Tisch - außer Flüchtlingen
Beim EU-Afrika-Gipfel auf Malta vertreten Hilfsorganisationen die Interessen der Migranten, ND 12.11.15

Weitere Initiativen und Infos:
http://www.fluechtlingsrat.de/ ,
http://www.no-racism.net/ ,
http://moving-europe.org/ ,
http://www.europeact.eu/deutsch.html
http://www.alle-bleiben.info/
https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/
u.v.m.

Warnung vor nationaler Psychose

Fortschrittliche Organisationen in Ungarn fordern eine angemessene Flüchtlingspolitik

Die Krise in Westasien und Nordafrika verschlimmert sich immer weiter. Weder die nordamerikanischen und europäischen Hauptakteure in dem seit anderthalb Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konflikt noch deren regionale Verbündete sind bereit, die Politik der brutalen Interventionen aufzugeben, sogar wenn diese nach internationalem Recht inakzeptabel sind. Das Ziel hinter der Beibehaltung der politischen Gewalt ist eindeutig: Es geht darum, Kontrolle über den Waffenmarkt, Handelsrouten, Rohstoffquellen und vor allem Öl zu gewinnen. Die NATO und die Großmächte sind nicht nur für die Verschlimmerung der Krise verantwortlich, sondern auch für die zivilen Opfer der bewaffneten Konflikte und die gewaltsame Vertreibung von Millionen Menschen. Trotzdem zeigen sie nur eine sehr geringe Bereitschaft, die gefährlichen Vorgänge zu beenden, die durch die Krise ausgelöst wurden. Statt dessen bemühen sie sich ganz bewusst, die negativen Folgen der Krise für Europa zu beseitigen – womit sie einer mehrere Jahrhunderte alten kolonialistischen Tradition folgen.

Massen von Menschen wurden durch die Krise und die Interventionen vertrieben. Einige von ihnen versuchen, in die Europäische Union zu gelangen und Flüchtlingsstatus zu beantragen.

In immer mehr Mitgliedsstaaten der EU und südosteuropäischen Ländern erleben sie Verfolgung und Erniedrigung. Von Calais bis Röszke kam es mehrfach zu brutalen Übergriffen durch BehördenvertreterInnen.

Die rechten und rechtsextremen europäischen Parteien, aber auch BürgerInnen, die durch instrumentierte Schuldzuweisungen der politischen Elite und der Medien zur Hysterie aufgehetzt wurden, beklatschen den Bau von Zäunen mit NATO-Draht in Bulgarien, Ungarn, dem Bereich des Eurotunnels und anderswo.

In mehreren Ländern, unter anderem Ungarn, wurden spezielle gesetzliche Bestimmungen eingeführt, die **nationales Recht sowie internationale Menschenrechte und Flüchtlingsrechte verletzen**.

Regierungsfreundliche Medien stellen Flüchtlinge oft auf erniedrigende und menschenverachtende Weise dar, auf der Straße tauchen **xenophobe** Plakate auf, und xenophobe Umfragen werden verschickt. Es gibt sogar ExtremistInnen, die körperliche **Gewalt** gegen Flüchtlinge propagieren.

Währenddessen zeigen sich die betroffenen Staaten außerstande, gemeinsam und koordiniert zu handeln. Sie wollen nur einem kleinen Bruchteil der Flüchtlinge den Flüchtlingsstatus gewähren und halten die „Verteilung" zehntausender Menschen aufgrund willkürlich festgesetzter Quoten für eine mögliche, durchführbare Lösung. In den unsterblichen Worten, die Aimé Césaire schon 1950 prägte: *„Europa ist moralisch, spirituell unvertretbar."*

Angesichts dieser Vorgänge verlangen wir im Namen der ungarischen fortschrittlichen Organisationen Folgendes:

Die westlichen und europäischen Militärmächte sowie ihre regionalen Verbündeten müssen sofort alle militärischen und politischen **Interventionen beenden**, die nicht dem Zweck dienen, den bewaffneten Konflikt zu mildern und in den vom Krieg verwüsteten Staaten der betroffenen Bereiche Frieden und Stabilität zu schaffen.

Die eingreifenden Staaten sollten einen internationalen **Wiederaufbaufonds** gründen, dessen Umfang dem Ausmaß der Zerstörung entsprechend festzulegen ist. Wenn dies nicht geschieht, sollten Demonstrationen und Proteste organisiert werden.

Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und andere eingreifende Staaten sollten sofort **erhebliche finanzielle Hilfen für alle Länder bereitstellen**, die die ganz überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge aufnehmen (unter anderem sind das der **Libanon**, **Jordanien**, die **Türkei**, der **Iran** und **Pakistan**), um eine angemessene Unterbringung und Versorgung der über fünf Millionen Vertriebenen zu gewährleisten, die zurzeit in diesen Ländern leben.

Die Länder Nordamerikas, der Europäischen Union und Südosteuropas sollten es zusätzlich zu den anderen Formen des Flüchtlingsschutzes ermöglichen, dass alle Flüchtlinge aus kontinuierlich vom Krieg verwüsteten Gegenden kollektiven, automatischen und temporären Schutz erhalten. So könnten sowohl die Aufnahmeländer als auch die Flüchtlinge die möglichen langfristigen Lösungen für die Situation betrachten. Das gegenwärtige Chaos macht verantwortungsvolle Entscheidungen unmöglich. Die Leistungsstandards sollten auf ein gemeinsames Niveau gebracht werden, langfristig sollte es keine permanenten Unterschiede zwischen Aufnahmeländern geben.

Wir verlangen, dass die nationalen Behörden in den Aufnahmeländern ihre Verpflichtungen bei der sozialen Begleitung und Versorgung komplett erfüllen. Diese Länder sollten Mittel für nichtstaatliche Hilfsorganisationen bereitstellen.

Die finanzielle Last sollten Kapitaleigner mit ihrem eigenen Einkommen tragen, da sie vom gegenwärtigen geopolitischen Konflikt am meisten profitieren. Dies ist nötig, damit die Sozialsysteme in den Aufnahmeländern nicht geschädigt werden und es nicht zu einer offenen Schlacht zwischen hilfsbedürftigen gesellschaftlichen Gruppen kommt. Unserer Ansicht nach besteht eine ernsthafte Gefahr, dass rechte und rechtsextreme Kräfte durch Taktiken der nationalen Psychose die Bevölkerung vor Ort gegen Flüchtlinge aufhetzen und dadurch die Aufmerksamkeit von den vorhandenen Gesellschafts- und Klassenkonflikten ablenken.

Hilfsbedürftige MigrantInnengruppen sollten Stellen in Produktions- und Dienstleistungsorganisationen bekommen, die auf sozialer Basis arbeiten und zufriedenstellende Arbeitsbedingungen bieten. So könnte man es verhindern, dass westliche Unternehmen, die Neuankömmlingen und wehrlosen MigrantInnen unter Vertrag nehmen, Methoden anwenden, die die schon jetzt prekären Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitende WanderarbeiterInnen noch weiter verschlechtern.

Bei unserem Einsatz für diese Ziele erwarten wir die Unterstützung ungarischer, nordamerikanischer und europäischer Gewerkschaften sowie anderer fortschrittlicher zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Die Unterzeichnenden laden zivilgesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften und andere fortschrittliche Organisationen ein, sich unserer Erklärung anzuschließen (eszmelet1989@gmail.com). Die Liste wird auf der Website der kritischen ungarischen Zeitschrift Eszmélet veröffentlicht (http://eszmelet.hu/en/).

Folgende ungarische Organisationen haben das obenstehende Dokument unterzeichnet:

Redaktionsteam Eszmélet, Redaktionsteam Transform, MEBAL (Ungarische Vereinigte Linke), **ATTAC**-M (Attac Ungarn), BAL (Linke Alternative), Redaktionsteam Diplo, Balmix, Civil Parlament (zivilgesellschaftliches Parlament), Redaktionsteam A Mi Időnk, MKT (Karl-Marx-Gesellschaft), die ungarischen AnhängerInnen der IV. Internationale.

ATTAC Magyarország Egyesület, Baloldali Alternatíva Egyesülés, Balmix internetes portál, Civil Parlament Szövetség, Eszmélet folyóirat, A Mi Időnk hírportál, Le Monde Diplomatique magyar kiadás, Magyar Egyesült Baloldal Egyesület, Marx Károly Társaság, Május Elseje Társaság, Magyar Szociális Fórum Hálózat, 4. Internacionálé magyarországi hívei, Transform európai folyóirat magyar kiadása.

Ehrenamtliche Übersetzung: Stephanie Laimer, coorditrad

Katja Hermann und Tsafrir Cohen
Quo Vadis Palästina? Quo Vadis Israel?

Katja Hermann: Wenn von der dramatischen eskalierenden Gewalt im palästinensisch-israelischen Konflikt die Rede ist, dann fehlen in der Darstellung oft Hinweise auf die Hintergründe. Die tagtägliche Gewalt, der die palästinensische Bevölkerung ausgesetzt ist, bleibt meist unbeachtet, ebenso die jahrzehntelange Besatzung, deren Strukturen und Auswirkungen bekannt sind: Entrechtung und Enteignung, gewalttätige Übergriffe, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren sowie weitreichende Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Westjordanland bis hin zum kompletten Einschluss im Gazastreifen, um nur einige Aspekte zu nennen.

Insbesondere die Siedlerbewegung hat sich in den letzten Jahren stark radikalisiert und führt immer brutalere Angriffe auf PalästinenserInnen durch. Die BewohnerInnen Jerusalems sowie der ländlichen Gebiete sind diesen Attacken schutzlos ausgeliefert. (…) Seit dem Sommer häufen sich die Aktivitäten radikaler SiedlerInnen im Umfeld des Haram Al-Scharif (Tempelberg) in Jerusalem, was die ohnehin angespannte Lage in diesem Teil der Stadt weiter angeheizt hat.

Solange keine gerechte Lösung für den palästinensisch-israelischen Konflikt gefunden wird, die ein Ende der Besatzung, Freiheit und Selbstbestimmung der PalästinenserInnen zur Grundlage hat und die Sicherheit aller Menschen in Israel und Palästina gewährleistet, sind Gewalt und die Erosion demokratischer Grundwerte auf beiden Seiten vorprogrammiert.

Weiter: http://www.rosalux.de/publication/41848/quo-vadis-israel-quo-vadis-palaestina.html

Vortragsreise von Saeed Amireh aus Ni'lin, Palästina
23. Nov. bis 8. Dez. 2015 - Coburg ... Frankfurt/Main:

Saeed Amireh ist 23 Jahre alt und lebt in Ni'lin, Palästina. Sein Dorf liegt in der Westbank in der Nähe von Ramallah. Sein Vater Ibrahim wurde für zwei Jahren verhaftet als Saeed Teenager war. Ibrahims Verbrechen? Seine führende Rolle im Volkskomitee Ni'lins, das gewaltfreien Widerstand gegen die Mauer in Palästina organisiert. Von diesem Zeitpunkt an spielte Saeed auch eine führende Rolle im gewaltfreien Widerstand.
In November und Dezember tritt Saeed Amireh bei verschiedenen Veranstaltungen in Deutschland und Prag auf und wird über eines der folgenden vier Themen reden (von der Organisator*innen der lokalen Veranstaltungen ausgewählt):
Was tun angesichts zunehmender israelischer Gewalt und Vertreibung in der Westbank?
Zwischen dem Hammer der israelischen Besatzung und dem Amboss der Palästinensischen Autonomiebehörde
Gewaltfreier Widerstand in Palästina gegen die israelische Besatzung
Die jüngsten Entwicklungen in Palästina und die Rolle der Widerstandsbewegung und der Solidaritätsbewegung

http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/veranstaltungen/vortragdiskussion/2015/#c84593
weitere Infos: http://www.kopi-online.de/wordpress/?p=2686

Carmela Negrete
Geschichtsstunde mit Boliviens Präsidenten Evo Morales

Nach dem diplomatischen Teil seines Programms in Deutschland, zu dem auch eine Begegnung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel gehörte, wurde der bolivianische Präsident am 4. November in der Technischen Universität (TU) Berlin von mehr als 2.000 Menschen begeistert mit »Evo, Evo«-Rufen gefeiert. Sein Vortrag dort wurde zu einer Geschichtsstunde der besonderen Art. Morales berichtete, wie es in den fast zehn Jahren seiner Amtszeit gelungen sei, **die extreme Armut in dem südamerikanischen Land von 38 auf 15 Prozent der Bevölkerung zu senken**. *»Nach 500 Jahren haben wir eine Volksbewegung der Indígenas gebildet und uns erhoben, um politische Rechte einzufordern und die Macht auf demokratische und friedliche Weise zu erobern.«*
Als er im Januar 2006 sein Amt antrat, hätten in Cochababma uniformierte Söldner aus den **USA** in Uniform patrouilliert und mehr Macht gehabt als die Polizei, berichtete er. Die Wirtschaftspolitik Boliviens sei vom jeweiligen Botschafter der USA bestimmt worden, und auch die Besetzung der Ministerposten sowie hoher Ämter in Armee und Polizei hätte von Washington autorisiert werden müssen. *»Der US-Botschafter nannte mich vor den Wahlen den Osama bin Laden der Anden.«*

Bewegt erzählte Morales, wie er mehrfach mit dem damaligen kubanischen Präsidenten Fidel Castro zusammengekommen sei und nächtelang diskutiert habe. Er habe immer darauf gewartet, dass Fidel ihm sagen würde, wann und wie sie die Waffen in die Hand nehmen und eine Guerilla aufbauen sollten, *»aber er sprach nur von Bildung, Gesundheitsversorgung und Entwicklung«.* Schließlich habe er den Comandante selbst darauf angesprochen, und Fidel habe ihm geantwortet: *»Die Revolution wird nicht mit Gewehrkugeln gemacht, sondern mit der Stimme der Bolivianer«.*

»Unser Kampf war und ist ein Kampf gegen den Neoliberalismus«, hob der bolivianische Präsident hervor. *»Wir haben es geschafft, Bolivien neu und gerechter zu begründen. Das wäre nicht möglich gewesen ohne ein wirklich organisiertes Volk. Sonst hätten wir nur einen Staatsapparat gehabt, in dem die Oligarchie und private Unternehmen das wirkliche Sagen gehabt hätten.«* Die Bewegung der Indígenas habe bewiesen, dass sie das Land besser regieren kann als der Liberalismus. Eine entscheidende Rolle habe dabei die Verstaatlichung der Bodenschätze gespielt. Zuvor seien die Einnahmen aus der Förderung von Erdöl und Erdgas zu 82 Prozent den Konzernen zugute gekommen, nur 18 Prozent flossen in die Staatskassen. Heute sei es umgekehrt – *»und so hatten wir im vergangenen Jahr Einnahmen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro«.* Vor seinem Amtsantritt seien es im Jahr nur 300 Millionen Dollar gewesen. *»Heute dagegen können wir den Jugendlichen Stipendien auszahlen, damit sie die Oberschule besuchen, so dass wir den Anteil der Schulabbrecher auf ein Prozent senken konnten.«* Seine Schlussfolgerung: *»In Bolivien befehlen nicht mehr die Gringos, sondern die Indios!«*

http://www.jungewelt.de/2015/11-06/002.php

(…) Breiten Raum gab er den wirtschaftlichen Plänen seiner Regierung. Das größte Augenmerk müsse darauf gerichtet sein, die Wertschöpfungskette in Bolivien selbst aufzubauen, um die traditionelle Ausplünderung der Rohstoffe durch multinationale Konzerne zu überwinden. Dabei sei die Kooperation mit den Ländern, die technologisch fortgeschritten sind, hoch willkommen. "Als Partner", fügte er an, "nicht jedoch als Eigentümer und Herren." Aus: https://amerika21.de/2015/11/136182/evo-morales-berlin

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Bericht der UN über die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele

Deutsche Übersetzung des Berichts:
http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/fileadmin/user_upload/mensch_entwicklung/BILDER/Entwicklungsziele/MDG_Report_2015_German.pdf

Die Weltgemeinschaft hat "Grund zu feiern". Das ist das Ergebnis des 15. und damit letzten Berichts zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs), der am 6. Juli 2015 in Berlin vorgestellt wurde. Laut Richard Dictus, Vertreter für das UN-Entwicklungsprogramm in Deutschland, haben die MDGs zu einer erfolgreichen Armutsbekämpfung geführt, für die es keinen Präzedenzfall in der Weltgeschichte gibt. Der Abschlussbericht sei die "Baseline, von der wir in die Zukunft gehen" und damit besonders wichtig für die Post-2015-Agenda und die nachhaltigen Entwicklungsziele. Denn noch sei die Agenda unvollendet.

Die acht Ziele in Zahlen

Nach den Messungen des Berichts ist die weltweite **Armut** in den letzten zwei Jahrzehnten signifikant gesunken. Während 1990 in Entwicklungsländern fast die Hälfte der Bevölkerung von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben musste, sind es im Jahr 2015 nur noch 14 Prozent. Damit fiel die Zahl der Menschen in Armut von 1,9 Milliarden auf 836 Millionen. Auch die Zahl der unterernährten Menschen ist seit 1990 um mehr als die Hälfte gesunken. Gleichzeitig wächst in den Entwicklungsländern eine "ökonomisch kräftige Mittelschicht", wie Dictus es ausdrückte, die mittlerweile fast die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung ausmacht.

Auch bei der **Schulbildung** verzeichnet der Bericht große Erfolge. Die Zahl der Kinder, die keine Grundschule besuchen, ist seit dem Jahr 2000 um fast die Hälfte auf geschätzte 57 Millionen gefallen. Besonders in Sub-Sahara-Afrika hätten die MDGs zu einem deutlichen Fortschritt geführt, betonte Dictus. Während die Zahl der Schulkinder zwischen 1990 und 2000 nur um 8 Prozentpunkte anstieg, waren es seit Verabschiedung der Ziele ganze 20 Prozent.

Darüber hinaus besuchen heute wesentlich mehr **Mädchen** eine Schule als noch vor 15 Jahren. "Das Geschlechtergefälle bei der Grundschulbildung wurde beseitigt", so Dictus. Kamen in Südasien früher auf 100 Jungen nur 74 Mädchen, sind es heute 103 Mädchen und 100 Jungen. 41 Prozent der Arbeitskräfte im nicht-landwirtschaftlichen Bereich sind laut dem Bericht Frauen. Und in 90 Prozent der untersuchten Länder haben Frauen in den letzten 20 Jahren mehr Einfluss in den Parlamenten gewonnen. Im Durchschnitt hat sich ihr Anteil fast verdoppelt.

Eine starke Veränderung misst der Bericht bei der **Sterblichkeit von Kindern** unter fünf Jahren. Trotz Bevölkerungswachstum ist die Zahl seit 1990 von 12,7 Millionen auf 6 Millionen gesunken. Vor allem die Impfung gegen Masern hätte zwischen 2000 und 2014 mehr als 15 Millionen Todesfälle verhindert, sagte Dictus. Rund 84 Prozent der Kinder weltweit erhalten mittlerweile den Impfstoff.

Auch die **Müttersterblichkeit** ist seit 1990 fast um die Hälfte gesunken. Immerhin 71 Prozent der Geburten werden inzwischen von medizinischem Fachpersonal betreut. Nach tausenden Jahren der kulturellen Exklusion von Frauen von Sozialleistungen sei diese schnelle Veränderung in nur 15 Jahren besonders hervorzuheben, merkte Dictus an.

Im Bereich **HIV/Aids** ist die Zahl der Neuinfektionen laut Bericht zwischen 2000 und 2013 um 40 Prozent gefallen. 13 Millionen Menschen erhielten 2014 eine antivirale Therapie, zehn Jahre vorher waren es nur 800.000. So konnten rund 7,6 Millionen Todesfälle durch Aids vermieden werden. Auch die Wahrscheinlichkeit an **Malaria** zu sterben wurde seit dem Jahr 2000 um 58 Prozent gesenkt, unter anderem durch die Auslieferung von 900 Millionen Moskitonetzen. Maßnahmen gegen **Tuberkulose** sollen sogar geschätzte 37 Millionen Leben gerettet haben.

Der Bericht gibt an, dass ozonschädliche Substanzen seit 1990 nahezu vollständig abgeschafft wurden. "Wir erwarten, dass sich die **Ozonschicht** bis Mitte des Jahrhunderts erholt", so Dictus. Weltweit konnte in 147 Ländern das **Trinkwasserziel** verwirklicht werden. Damit haben fast zwei Milliarden mehr Menschen Zugang zu fließendem Wasser.

Schließlich nennt der Bericht Fortschritte bei dem Versuch, **globale Partnerschaften für Entwicklung** zu fördern. Demnach ist die öffentliche **Entwicklungshilfe** zwischen 2000 und 2014 um 66 Prozent auf 135,2 Milliarden US-Dollar angestiegen. Fünf Länder erreichten 2014 das Ziel, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Entwicklung auszugeben. Außerdem waren 79 Prozent der Exporte aus Entwicklungsländern zollfrei.

Die unvollendete Agenda

Trotz dieser Erfolgsmeldungen räumte Dictus ein, dass es noch viele offene Probleme gibt. So würden zwar mittlerweile weniger Menschen in Armut leben. Gleichzeitig habe jedoch die **Ungleichheit zugenommen** – einerseits zwischen den Ländern, andererseits innerhalb der Länder. *"Es gibt ein großes Gefälle zwischen den Ärmsten und den Reichsten, den ländlichen und den städtischen Gebieten"*, so Dictus. Diese Ungleichheit führe zu ökonomischer und politischer Instabilität und bedrohe damit die Erfolge der MDGs. Insbesondere die **bewaffneten Konflikte** in vielen Ländern hätten nachhaltige Konsequenzen. *"Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nur fünf Jahre Konflikt 20 oder 30 Jahre Entwicklung zunichtemachen"*, mahnte Dictus.

Noch schärfere Worte fand **Jens Martens, Geschäftsführer des Global Policy Forum**, der zur Vorstellung des Berichts geladen war, um eine **kritische Perspektive auf die MDGs** zu geben. Zwar erkannte er die Erfolge der Agenda grundsätzlich an, diese seien aber nur deshalb möglich gewesen, *"weil die Ziele nicht sehr ambitioniert waren"*. So würden zwar nur noch halb so viele Menschen von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag Leben. *"Auch ein Mensch mit 1,26 Dollar am Tag ist aber noch arm"*, so Martens. Messe man die Armut nach nationalen Standards, würden die Zahlen noch dramatischer aussehen – *"nicht nur in Afrika, sondern auch in Deutschland oder den USA"*. Auch eine globale Mittelschicht mit 4 Dollar am Tag als Messgrundlage halte er nicht für sinnvoll.

Darüber hinaus seien **die Ziele zu selektiv** gewesen, was zu politischen Fehlanreizen geführt habe. *"Man will zum Beispiel, dass mehr Kinder in die Grundschule gehen"*, erklärte Martens. *"Aber können sie am Ende auch lesen und schreiben? Und gehen sie danach auf eine weiterführende Schule?"* Der Fokus auf Grundschulen hätte teilweise zu mehr Schulkindern, aber nicht zu mehr Lehrerinnen und Lehrern geführt. Auch seien Investitionen in die Sekundarstufe vernachlässigt worden. *"Die Lehre daraus ist, dass wir Probleme ganzheitlich betrachten und auch bei der Qualität ansetzen müssen."* Statt nur Moskitonetze zu verteilen, sollten etwa funktionierende **Gesundheitssysteme** von unten aufgebaut werden.

Insgesamt könnten die MDGs nur als Erfolg gewertet werden, wenn man die globale Ebene betrachte. Das liege jedoch vor allem daran, dass etwa **China** bereits im Jahr 2000

viele der Ziele erreicht habe. In **Afrika** seien dagegen die meisten MDGs bis heute nicht umgesetzt worden. Das liege **auch an den** illegalen Kapitalflüssen, die jedes Jahr aus dem Land geschleust würden. *"Wenn dieses Geld in Afrika bleiben würde, hätten wir noch viel mehr erreichen können"*, kritisierte Martens.

Der Bericht bildet den Abschluss eines 15-jährigen Prozesses. Im September dieses Jahres hat die UN-Generalversammlung mit der Post-2015-Agenda in New York neue Ziele für eine nachhaltige globale Entwicklung verabschiedet.
Die Lehren aus den MDGs haben die Verhandlungen entscheidend mitbestimmt. Der letzte Bericht ist damit gleichzeitig der Ausgangspunkt für einen neuen Entwicklungsprozess.

Autorin: Hannah König
http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/meldung/millenniums-entwicklungsziele-abschlussbericht-2015-vorgestellt/

Nachhaltige Armutsbeseitigung durch Entwicklung – im Süden wie im Norden !

Der Teilerfolg bei den Millenniums-Zielen reicht natürlich nicht aus. In einem breiten, mehrjährigen Diskussionsprozess einigte sich die ***UNO-Vollversammlung*** *auf die Erweiterung der Ziele der Weltgesellschaft, die zum Regierungsprogramm jeder progressiven Regierung der Welt werden könnten. Hier ein Überblick zu den ehrgeizigen Zielen. (ps)*



„Wir verpflichten uns,auf dieser großen gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen."

So lautet eine zentrale Zusage des **gemeinsamen globalen Programms zur nachhaltigen Entwicklung**, das vom UN-Gipfeltreffen am 25. September 2015 einstimmig verabschiedet wurde. Die Agenda für nachhaltige Entwicklung wird am 1. Januar 2016 in Kraft treten und soll bis zum 31. Dezember 2030 umgesetzt sein.
Am Nachhaltigkeitsgipfel vom 25. bis 27. September in New York nahmen mehr als 150 Staats- und Regierungschefs sowie zahlreiche Minister teil. Das waren mehr führende Politiker aus aller Welt als jemals zuvor bei einer UN-Versammlung. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, wie ernst die neuen Ziele von der internationalen Politik genommen werden.

In dem Dokument unter dem Titel **„Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung"** (http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf) verpflichten sich alle Nationen, unsere Welt in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten grundlegend zum Positiven zu verändern: *„Wir sind entschlossen, von heute bis 2030 Armut und Hunger überall auf der Welt zu beenden, die Ungleichheiten in und zwischen Ländern zu bekämpfen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften aufzubauen, die Menschenrechte zu schützen und Geschlechtergleichstellung und die Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen zu fördern und den dauerhaften Schutz unseres Planeten und seiner natürlichen Ressourcen sicherzustellen. Wir sind außerdem entschlossen, die Bedingungen für ein nachhaltiges, inklusives und dauerhaftes Wirtschaftswachstum, geteilten Wohlstand und menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Kapazitäten der einzelnen Länder."*
http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/meldung/un-gipfel-beschliesst-entwicklungsziele-wir-verpflichten-uns-niemanden-zurueckzulassen/



Misereor

Globale Nachhaltigkeitsziele: Auch Deutschland ist gefordert!

Auszüge aus dem Positionspapier von MISEREOR, 22. Sept. 2015

Werden die 2030Agenda und die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele politisch und gesellschaftlich ernst genommen, wäre dies ein wichtiger Schritt in Richtung des notwendigen globalen Perspektiv -und Politikwechsels. Die SDGs sind deutlich mehr als die reine Fortentwicklung der Millennium Development Goals (MDGs): Sie sind universell für alle Staaten der Welt gültig und umfassen alle Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichermaßen. Sie sind ambitioniert, weil ihr Zielkatalog wesentliche globale Herausforderungen wie z.B. nachhaltige Produktions -und Konsumweisen, den Schutz der Meere und Ozeane und die Reduzierung sozialer Ungleichheiten aufgreift.

2.1. Nationale Vorgaben

• Zu Ziel 1 „Armut in jeder Form und überall beenden“
Bis zum Jahr 2030 soll nicht nur die extreme Armut überwunden werden. Auch soll der Anteil der Menschen in den Mitgliedstaat der Vereinten Nationen halbiert werden, die nach der jeweiligen Definition in Armut leben**.** Deutschland ist gefordert, die Ungleichheit im eigenen Land, gemessen an überdurchschnittlichen Einkommenszuwächsen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung, zu reduzieren (Unterziel 10.1.) Denn: Die Schere zwischen Arm und Reich klappt auch in Deutschland immer weiter auseinander. Der Anteil der von Armut bedrohten Menschen ist zwischen 2005 und 2013 von 12 auf 16 Prozent gestiegen, die Vermögensungleichverteilung ist höher als in allen anderen OECD-Ländern. Um diese Ungleichverteilung von Armut und Reichtum in den Blick zu nehmen, schlägt MISEREOR vor, das Einkommensverhältnis der unteren 40 Prozent zu den oberen 10 Prozent der Gesellschaft als Indikator und Richtungsweiser für das Zieljahr 2020 zu verwenden.

• Zu Ziel 12 „Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen“
Bereits die jetzige Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet die Bundesrepublik, das Ziel der Halbierung der Menge aller verschwendeten Lebensmittel bis zum Jahr 2020 umzusetzen. Um das zu erreichen, fordert MISEREOR die Bundesregierung auf, einen Aktionsplan mit verbindlichen Zielvorgaben zu verabschieden, die die Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Anbau-, Verarbeitungs-, Handels- und Konsumkette bis zum Jahr 2020 halbieren. Dabei ist insbesondere eine drastische Reduzierung weggeworfener Lebensmittel im Lebensmitteleinzelhandel erforderlich.

2.2. Ganzheitliche Perspektive

Deutschland muss zudem die globalen Nachhaltigkeitsziele umsetzen, die auf innenpolitischen Wandel abzielen, aber **auch** Auswirkungen auf Menschen in anderen Ländern haben.

• Zu Ziel 2 „Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“
Dazu zählt zu den bereits genannten Aspekten auch die Reduktion des sogenannten „Flächenrucksacks“ in der Landwirtschaft. So belegt die deutsche Landwirtschaft und Ernährungsindustrie durch den Import von Agrarrohstoffen enorme landwirtschaftliche Flächen im Ausland. Insbesondere der Import von Eiweißfuttermitteln wie Soja ist problematisch. Deutschland muss sich entsprechend der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel setzen, bis 2030 den Anteil des ökologischen Anbaus auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche auszuweiten und damit einen wirksamen Beitrag zur Umsetzung von Ziel 2 zu leisten (gegenwärtig liegt dieser bei etwa 7 Prozent).

• Zu Ziel 8: „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“
Insbesondere bei Arbeiterinnen und Arbeitern, die in globalen Lieferketten tätig sind, sind Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen nach wie weit verbreitet (Misereor 2014). Um Arbeitsrechte weltweit zu schützen und zu stärken, müssen z.B. Nahrungsmittelkonzerne und Konzerne des Lebensmitteleinzelhandels ihre starke Position gegenüber den Zulieferern nutzen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, bis 2016 einen „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ vorzulegen.
In dem Aktionsplan müssen nicht nur gute und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse für alle Menschen geschaffen werden: Die Bundesregierung sollte sich darüber hinaus zum Ziel setzen, bis 2020 verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für alle deutsche Unternehmer entlang der gesamten Wertschöpfungs- und Lieferketten gesetzlich zu verankern.

• Zu Ziel 11: „Städte und menschliche Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“
Zunehmende Verstädterung und Klimawandel stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Städte sind sowohl Betroffene als auch Verursacher des Klimawandels (sie emittieren global 75% des CO2 und konsumieren 75% der Energie).
Investitionen in emissionsarme Infrastrukturen sind daher weltweit von Bedeutung, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern im Mobilitätsbereich rasch zu mindern. In unmittelbarer Wechselwirkung stehen dabei die Zugänge zu technisch und sozial angemessenen Infrastrukturen einerseits sowie zu bezahlbarem Wohnraum andererseits. Wohnungsknappheit und hohe Wohnkosten sind ein Armutsrisiko.
Misereor fordert, finanzielle Mittel zur Schaffung städtischen Wohnraums zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig den Ausbau kommunaler emissionsarmer Infrastrukturen zu fördern. Hierzu zählen auch verbindliche Regelungen, die die Nutzung des öffentlichen Raums als städtisches Gemeinschaftsgut definieren.
Misereor fordert, dass deutsche Kommunen durch soziale und umweltgerechte Entwicklung beispielhaft zur globalen Transformation beitragen und dafür entsprechende Fördermittel erhalten.

https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/positionspapier-globale-nachhaltigkeitsziele-2015.pdf

S. auch: Global Policy Forum
„Der Weg ist das Ziel“, https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Der_Weg_ist_das_Ziel_-_web.pdf



Wir haben Agrarindustrie satt!
Demonstration am 16.Januar
http://www.wir-haben-es-satt.de

Tadzio Müller
Die Moritat von der real-existierenden Klimapolitik

Der UN-Klimagipfel in Paris ist wichtig. Dennoch ist absehbar, dass das Pariser Abkommen weit hinter dem klimapolitisch Notwendigen zurückbleiben beziehungsweise stellenweise in eine fatale Richtung gehen wird. Was haben wir von Paris zu erwarten und was bräuchten wir wirklich?

Samstag, 24.10.2015. - zwei Nachrichten erreichen uns, welche die Herausforderung, vor der wir angesichts des Klimawandels stehen, nicht klarer vor Augen führen könnte:

Die erste Nachricht: In Bonn ist am Vortag das letzte Vorbereitungstreffen für den Pariser Klimagipfel zu Ende gegangen. Nach Monaten des optimistischen Messaging ('Diesmal werden wir das Scheitern von Kopenhagen vermeiden, wir haben aus den Fehlern gelernt. Diesmal wird's anders, ganz sicher!'), jetzt der Dämpfer: "Klimagespräche blockiert", Climate talks fail to break deadlock). Warum hängen die Verhandlungen fest? Das Feilschen um Emissionsreduktionen kann es nicht sein, denn die - freiwilligen - Reduktionsvorschläge liegen schon alle auf dem Tisch und stehen nicht zur Verhandlung. Worum geht es also? Natürlich um die Kohle. Nein, nicht um fossile Brennstoffe, denn über die wird bei den UN-Klimagipfeln nicht gesprochen. Um das Klima geht es auch nicht. Es geht um das Geld. Um das Geld, das die Staaten des Nordens bisher trotz zahlreicher Absichtserklärungen nicht auf den Tisch legen wollen, um die Länder des Südens bei Anpassung und Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen und so ihrer historischen Verantwortung am Klimawandel gerecht zu werden.

Die zweite Nachricht erreicht uns aus Mexiko, simpel, klar, direkt: *"'Schlimmster Wirbelsturm aller Zeiten' fegt über Mexiko hinweg"*. Der Präsident des Landes, Peña Nieto, twittert, dies sei der schwerste Wirbelsturm *"jemals, auf dem ganzen Planeten"*. Über 60.000 Menschen wurden in Sicherheit gebracht. Glücklicherweise hat sich der Wirbelsturm vor dem Auftreffen auf das mexikanische Festland abgeschwächt, aber er zeigt, womit wir schon jetzt und künftig verstärkt zu rechnen haben.

Die Messlatte: Das müsste Paris liefern

Nehmen wir einmal an, dass die Weltgemeinschaft auf diese Herausforderung, die solche Nachrichten uns vor Augen führt, angemessen reagieren würde:
Wie würde der UN-Klimagipfel im Dezember in Paris ablaufen, und was würden die Staaten beschließen?

Ein Szenario: Angesichts der Tatsache, dass das drohende Klimachaos ein globales Problem ist und daher globale Lösungen braucht, ist sich die 'Weltgemeinschaft' ihrer Verantwortung bewusst, eine sowohl effektive wie gerechte Lösung des Problems finden zu müssen. Der Ort dafür ist der diesjährige UN-Klimagipfel in Paris, auf dem ein Nachfolgeabkommen zum bisher einzigen rechtlich verbindlichen internationalen Klimaabkommen, dem Kyoto-Protokoll, beschlossen werden soll. Der Medienzirkus trommelt, die NGO-Karawane rollt, die Staats- und Regierungschefs kommen zu Beginn des Gipfels nach Paris, um dort die Eckpunkte des Abkommens festzuklopfen. Die Chancen dafür standen gut, denn eine zivilgesellschaftliche Kampagne hat endlich erreicht, dass von Energiefirmen bis hin zu Banken die sogenannten schmutzigen Industrien, die das fossile Energiesystem finanzieren, sowohl der Zutritt zur Pariser Konferenz, wie auch das Sponsoring von Klimagipfeln untersagt wurde.
Angeleitet von einem Weltklimarat, der (nach Überwindung seiner massiven kognitiven Dissonanz) auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse über den Klimawandel radikale politische Forderungen erhebt, und unter dem massiven Druck der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung auf den Straßen der Welt einigen sich die Staatenvertreter auf ein verbindliches internationales Klimaabkommen mit einer anspruchsvollen Klimagerechtigkeitsagenda.

Einigung auf ein 1,5-Grad-Limit

Das Zwei-Grad-Ziel wird revidiert, da es die Zerstörung riesiger landwirtschaftlicher Nutzflächen vor allem in Afrika, das Absaufen mehrerer Inselstaaten, und die darauf folgenden Fluchtbewegungen billigend in Kauf nahm. Stattdessen wird rechtlich verbindlich festgelegt, dass die globale Durchschnittstemperatur nicht um mehr als 1,5 Grad Celsius ansteigen darf, und - entsprechend des Vorsorgeprinzips - alle Schritte eingeleitet werden müssen, um sicherzustellen, dass das Limit nicht überschritten wird. Um dies zu garantieren wird das Pariser Abkommen mit einer Klausel ausgestattet, die andere internationale Verträge, z.B. Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, punktuell außer Kraft setzt, sofern deren Bestimmungen das 1,5-Grad-Ziel konterkarieren.

Ende der Marktmechanismen im Klimaschutz

Die umstrittenen, höchst ineffektiven und zu umfassendem Betrug einladenden Marktmechanismen im Klimaschutz werden eingestampft. Allen voran wird der heftig umstrittene REDD-Mechanismus abgeschafft, der Wäldern als Kohlendioxidspeicher einen ökonomischen Wert zuweist. Ebenso verabschiedet sich die Welt vom Modell des Emissionshandels mitsamt seinem als 'Offsetting' glorifizierten umweltpolitischen Ablasshandel. Die Debatte über die Wahl eines geeigneten klimapolitischen Instruments zur Eindämmung der Kohlendioxidemissionen wird nun zwischen VertreterInnen von Steuerlösungen ('Carbon Tax') und denen ordnungsrechtlicher Eingriffe (z.B. Kohleausstiegsgesetz) geführt.

Kleinbäuerliche Landwirtschaft, Ernährungssouveränität und Agrarökologie statt "klimasmarte" Landwirtschaft

Auch im Bereich Landwirtschaft gibt es endlich entscheidende Schritte in die richtige Richtung: Die industrielle Landwirtschaft als einer der zentralen Treiber des Klimawandels wird eingedämmt, nachdem der von den großen Agrofirmen angeführte Push in Richtung "climate smart agriculture" kurz vor Paris als Anleitung zum weiteren Landraub und Machtausbau eben dieser Konzerne entlarvt wurde. Wie schon seit langem von der globalen KleinbäuerInnenbewegung La Via Campesina gefordert, beschließt der Pariser Klimagipfel die Schaffung einer globalen Unterstützungsstruktur für kleinbäuerliche Landwirtschaft unter dem Banner der Ernährungssouveränität und mit den Mitteln der Agroökologie.

80 Prozent der fossilen Reserven bleiben im Boden

Die umwälzendste Veränderung aber findet im bisher größtenteils fossilen Energiesystem statt: Unter Bezugnahme auf die (durchaus nicht unumstrittene) 'Carbon Budget'-Methode einigt sich die Weltgemeinschaft darauf, 80 Prozent aller schon bekannten fossilen Brennstoffe im Boden zu lassen ("Leave it in the ground"), und das Weltenergiesystem bis 2050 vollständig zu dekarbonisieren.

Schaffung gerechter Übergange ins postfossile Zeitalter

Als wirklich klimagerechtes Abkommen legt das Paris-Protokoll fest, dass die globale Abkehr von fossilen Brennstoffen durch ausreichend finanzierte Pläne für einen gerechten Übergang in eine sozialökologische Wirtschaft flankiert wird, wel-

che die Lebensgrundlagen von Arbeiterinnen und Arbeitern in den fossilen und energieintensiven Sektoren sichern und von den Gewerkschaften mitverhandelt wurden. Da gleichzeitig allen Beteiligten klar ist, dass gerechte Übergänge nicht bloß Gerechtigkeit für Lohnarbeitende bedeuten, sondern auch und ganz zentral für indigene Gruppen und Frauen, werden indigene, Menschen- und Frauenrechte zu einer der unumstößlichen Grundlagen des Pariser Abkommens. Diese Bevölkerungsgruppen litten bislang disproportional unter dem Klimawandel und sind gleichzeitig Gruppen, in deren ökonomischen und reproduktiven Alltagspraxen wir Beispiele für viel weniger klimaschädliches Verhalten finden.

Zahlungsbereitschaft des Globalen Nordens und ein kluger Kompromiss bei der Klimafinanzierung

Die Finanzierungsfrage bleibt bis zum Schluss hart umkämpft. Während die reichen Länder des Nordens zuerst nicht über ihre 100-Milliarden-US-Dollar-pro-Jahr-Zusage vom gescheiterten Kopenhagener Klimagipfel hinausgehen wollten, beharren die Länder des Südens auf den Beschlüssen des alternativen Klimagipfels in Cochabamba (2010), bei dem berechnet wurde, dass die ökologische Schuld des Nordens an den Süden sich auf mindestens sechs Prozent des jährlichen BIPs der reichen Länder beläuft (1). Der kluge Kompromiss, ausgehandelt in der letzten Nacht des Pariser Klimagipfels, basiert auf folgendem quid-pro-quo: Der Norden erkennt zum ersten Mal das Prinzip der 'ökologischen Schuld' an sowie seine Verantwortung, für durch den Klimawandel verursachte finanzrelevante Schäden ('Losses and Damages') geradezustehen. Im Gegenzug verzichtet der globale Süden vorerst darauf, konkrete finanzielle Forderungen zu erheben und willigt in die Schaffung einer paritätisch besetzten ExpertInnenkommission ein. Diese soll Vorschläge vorlegen, wie die zunehmend austeritätsgeschädigten Staaten des Nordens die notwendigen Mittel bereitstellen können, ohne die soziale Stabilität zu gefährden.

Nach zwei harten Verhandlungswochen stehen der französische Außenminister Laurent Fabius und die mexikanische Vorsitzende der Klimarahmenkonvention Christiana Figueres am 12.12. vor ihrer Vollversammlung, und verkünden die Unterzeichnung des Paris-Protokolls. Das Abkommen ist nicht nur das bisher bedeutendste Dokument der globalen Klimapolitik, sondern markiert auch den Beginn einer neuen Phase der 'Weltgemeinschaft'. In Paris hat die Menschheit begonnen, auf die selbstverschuldeten Krisen und Gefahren des Anthropozäns zu reagieren. We'll always have Paris: ein wirklicher Schritt nach vorne, der in die Geschichte eingehen wird...

Das wird stattdessen in Paris passieren

Das wäre das - zugegebenermaßen mehr als unrealistische - Szenario für Paris, wenn die Menschheit angemessen und angeleitet von der Idee der Klimagerechtigkeit auf den Klimawandel reagieren würde. **Die Realität ist eine andere**: Während 20 Jahren frustrierender UN-Klimaverhandlungen ist der globale Treibhausgasausstoß nicht nur immer weiter angestiegen. Er ist auch immer schneller angestiegen. Während das Kyoto-Protokoll spektakulär scheiterte und verheerende Wirbelstürme immer öfter mit den Klimagipfeln zusammenfallen, soll es nun im Jahr 21 der UN-Klimaverhandlungen endlich einen Deal geben. Das ist auch der dringende Wunsch der französischen Gipfelregie. Dass die zu Hause recht unpopuläre Regierung einen außenpolitischen Erfolg dringend benötigt, liegt auf der Hand. Und die Tatsache, dass das Gipfelportfolio nicht wie üblich im Umweltministerium (bei Ministerin Segolène Royal) liegt, sondern beim ungleich mächtigeren Außenminister Laurent Fabius - der das nicht unerhebliche Corps Diplomatique der ehemaligen Grande Nation an den Start bringt - zeigt, dass das Paris-Protokoll mit aller Macht herbei verhandelt werden soll.

Denkbar sind folgende Szenarien:

Szenario eins: Wie es sich bei der letzten Vorverhandlungsrunde in Bonn schon abgezeichnet hat, gibt es - trotz großen Tamtams - auch im Jahr 21 keinen Deal. Weil im Vorfeld von Paris eine ganze Reihe geschichtsvergessener OptimistInnen die diesjährige Klimakonferenz wieder einmal als "letzte, beste Chance", die Welt zu retten bezeichnet haben, ist die darauf folgende Klimadepression dementsprechend groß. Die UN-Klimarahmenkonvention besteht natürlich weiterhin, wird aber zunehmend zu einer bloßen Hülle, die verzweifelt um politische Relevanz ringt. Sie gesellt sich damit zur WTO als weitere globale Institution, die das Ende der hegemonial-neoliberalen Globalisierung nicht überlebt hat.

Szenario zwei: Viele BeobachterInnen gehen davon aus, dass es diesmal tatsächlich einen Deal geben wird. Die Erwartungen daran sind mittlerweile so weit heruntergeschraubt, dass das auch tatsächlich möglich erscheint. Das bestmögliche Szenario aus der Perspektive derjenigen, die noch substantielle politische Erwartungen an den UN-Klimaprozess richten, sieht folgendermaßen aus:

Unzureichender Reduktionspfad zum Zwei-Grad-Ziel und die "Ratsche"

Über die nationalen Beiträge zur Emissionsreduktion wird in Paris wie gesagt nicht verhandelt. Diese Beiträge wurden als freiwillige Emissionsreduktionsverpflichtungen in Form der sogenannten intended national determined contributions (INDC) dem UN-Klimasekretariat vorgelegt. Ganz abgesehen davon, dass der Klimagipfel also einer ist, auf dem es gar nicht um die dringend notwendigen Emissionsreduktionen geht, summieren sich die bisherigen Selbstverpflichtungen nach Berechnungen der Forschungsinitiative Climate Action Tracker auf eine zu erwartende Erwärmung um 2,7 Grad Celsius. Zwar stellen diese Selbstverpflichtungen also tatsächlich einen Fortschritt gegenüber einem Business-as-usual-Szenario dar, unter dem wir auf eine Erderwärmung um mindestens 4,5 Grad Celsius zusteuern würden. Die Selbstverpflichtungen reichen aber mitnichten aus, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen.

Im besten Fall werden die freiwilligen Selbstverpflichtungen eingehalten. Das aber würde eben eine Erderwärmung über die Zwei-Grad-Grenze hinaus nach sich ziehen. Jenseits dieser Grenze sinkt dem Weltklimarat zufolge die Wahrscheinlichkeit, dass das Klimasystem der Erde stabil bleibt und sich das globale Klimachaos verhindern lässt, auf unter 70 bis 50 Prozent. Anders gesagt: Wenn wir uns auf einen solchen Deal einlassen, spielen wir mit der Erde russisches Roulette - mit einer Kugel, und nur zwei Kammern. Das sich abzeichnende Pariser Abkommen nimmt die Zerstörung des Weltklimas und die damit verbundenen sich massiv verschärfenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten billigend in Kauf.

Der einzige Mechanismus, der zur Zeit im Gespräch ist - die sogenannte "Ratsche" - zielt darauf ab, dass sich die Staatengemeinschaft in (im besten Fall) fünf Jahren wieder zusammensetzt, und dann ambitioniertere Ziele vorlegt. Völlig offen ist, ob die Staaten dies dann wirklich in ausreichendem Maße tun. Außerdem lässt diese Vorgehensweise völlig außer acht, was Klimawissenschaftler wie Kevin Anderson nicht müde werden, zu betonen: Je länger wir mit den Reduktionen warten, desto drastischer müssen sie dann ausfallen. Wieso es in fünf Jahren realistischer ist, dass Regierungen drastische Emissionsreduktionen vorschlagen, erschließt sich nicht wirklich. Im Kern scheint die Ratsche vor allem ein Versuch zu sein, das Problem in die Zukunft zu vertagen - wo dann gerne auch mal eine andere Regierung an der Macht sein kann.

Fehlende Durchsetzungsmechanismen

Realistisch gesehen muss man davon ausgehen, dass sich nicht alle AkteurInnen an die Selbstverpflichtungen halten werden. Es wäre naiv zu glauben, dass freiwillige Selbstverpflichtungen durchgehend eingehalten werden, wenn sie mit Profitinteressen in Konflikt stehen. Der fossilistische Kapitalismus ist ein System, in dem Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemis-

sionen eng gekoppelt sind. Wie wenig man offiziellen Emissionsstatistiken glauben kann, hat sich ganz deutlich beim Volkswagenskandal gezeigt. Nicht nur der VW-Konzern hat hier massiv betrogen. Der deutsche (und möglicherweise europäische) Staatsapparat selbst ist in das Betrugssystem eingebunden.1

Genau deshalb ist es fatal, dass es in Paris nicht um rechtsverbindliche Mechanismen zur Durchsetzung der INDCs geht. Nötig wären effektive Mechanismen, die denjenigen Ländern, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten oder bei den Messungen betrügen, Kosten und Strafen aufdrücken, welche den Nutzen eines Betrugs deutlich übersteigen.

Kein konsequenter Ausstieg aus fossilen Energien

Eigentlich müsste in Paris die schnellstmögliche Dekarbonisierung des globalen Energiesektors und die Schaffung gerechter Übergänge verhandelt werden. Schon jetzt aber ist die kurzzeitig angedachte Formulierung "phase out of fossil fuel emissions until mid-century" (Ausstieg aus den Fossilen bis Mitte des Jahrhunderts) als eine der Optionen für ein Langfristziel der Staatengemeinschaft im Klimaschutz komplett aus dem Verhandlungstext geflogen. Maximal werden sich die Staaten wohl auf das wachsweiche Ziel der "Klimaneutralität" einigen - was bedeutet, dass nachhaltige Emissionsreduktionen nicht stattfinden müssen, sofern die Staaten sich mithilfe von Kompensationsmechanismen (Offsets), Kohlenstoffabscheidung und -verpressung im Boden oder unkalkulierbaren Geoengineering-Technologien ihre Emissionsbilanzen klimaneutral rechnen können.

Die Schaffung gerechter Übergänge ins postfossile Zeitalter wird komplett vernachlässigt

Zwar kann es sein, dass unsere Verbündeten in der Gewerkschaftsbewegung das kleine Kunststück schaffen, den Begriff "gerechter Übergang" im Vertragstext zu verankern. Ohne konkrete, mit Finanzen unterlegte Mechanismen für die Erstellung und Umsetzung von Plänen für den gerechten Übergang, wird das aber Symbolpolitik bleiben.

Das Konzept der "klimasmarten Landwirtschaft" verschafft sich weitere Akzeptanz

Obwohl zentral für das Klima, steht das Thema Landwirtschaft nicht direkt auf der Verhandlungsagenda der UN-Klimakonferenz. Dennoch passieren im Dunstkreis von UN-Klimakonferenz und Lobbyaktivitäten entscheidende Weichenstellungen. Zurzeit sieht es danach aus, dass es die Großkonzerne der Agrar- und Düngemittelindustrie schaffen, dem Konzept der "klima-smarten Landwirtschaft" zur breiten Akzeptanz zu verhelfen. Damit würden sich nicht nur die Methoden der industriellen Landwirtschaft mit ihrem massiven Düngemittel- und Pestizideinsatz und der Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen weiter ausbreiten. Die von den Konzernen angestrebte Einbeziehung landwirtschaftlicher Flächen und Prozesse in die höchst umstrittenen Offsetting-Mechanismen würde auch verstärkt KleinbäuerInnen von ihren Ländereien vertreiben, und die schon stattfindenden Landraubprozesse weiter verschärfen. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes droht die globale Landwirtschaft hierdurch immer emissionsintensiver, umweltschädlicher und menschenfeindlicher zu werden.

Unzureichende und unverbindliche Finanzzusagen des Globalen Nordens

Zwar wird auch das Pariser Abkommen das Kopenhagener Versprechen enthalten, dass die Länder des Globalen Nordens ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Klimafinanzierung aufbringen sollen. Ohne Durchsetzungsmechanismus bleibt dieses Versprechen aber vorerst nur heiße Luft. Wie sehr die Geberländer sich ihre Zahlen schön rechnen, zeigt ein Bericht der OECD, der vorrechnet, dass von diesen 100 Milliarden schon 60 Milliarden pro Jahr fließen. In Wahrheit werden hier Gelder aus der klassischen Entwicklungshilfe einfach umgewidmet und als "zusätzliche" Mittel der Klimafinanzierung definiert. Wie weit die Verursacherstaaten des Klimawandels noch davon entfernt sind, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden, in dem sie auch für die Verluste und Schäden des Klimawandels aufkommen - auf den Klimakonferenzen unter der Überschrift "loss & damage" verhandelt - deutet sich bereits im Vertragsentwurf für Paris an: Dort steht sinngemäß nicht mehr als: "Wir erkennen an, dass es ein Problem gibt."

Industriesponsoring und Lobbyeinfluss der Industrien werden nicht eingedämmt

Ein Grund dafür, warum auf UN-Klimagipfel nicht die Umsetzung wirklich Klimapolitik im Zentrum steht, ist, dass der kapitalistische Fossilismus tief in die Strukturen unserer Gesellschaften eingelassen ist; wir sind kollektiv abhängig vom fossilgetriebenen Wirtschaftswachstum. Ein besonders makabres Zeichen hierfür ist, dass diejenigen Akteure, die vom Raubbau am Klima am meisten verdienen - fossilen Firmen wie EDF, GDF-Suez, Air France - diejenigen sind, die den Klimagipfel sponsern. Während es also eigentlich darum gehen sollte, die Zukunft des Planeten zu bewahren, gaukeln uns die gegenwärtigen Strukturen Klimaschutz nur vor. Das Business-as-usual wird weiter legitimiert und zusätzliche Profitmöglichkeiten geschaffen.

So fatal das bestmögliche Szenario für die Abläufe in und Ergebnisse von Paris auch aussehen, bedeutet das nicht, dass der Klimagipfel aus einer klimapolitischen Perspektive irrelevant ist.

Klar ist aber: In den benannten Politikfeldern wird das Pariser Abkommen weiter hinter dem Benötigten zurückbleiben oder aber in eine völlig falsche Richtung gehen (z.B. Ausbau von Marktmechanismen).

We'll always have Paris: ein Menetekel des Scheiterns der kapitalistisch überbeschleunigten Menschheit im Angesicht ihrer selbstgeschaffenen Probleme. Es war so schön, als uns dieser Satz noch an Bogart und Bergman erinnerte...

Jedoch: die Frage, ob es in Paris einen Deal geben wird, ist nicht die einzige, die von großer politischer Bedeutung ist. **Ganz zentral wird ebenso folgende sein: Wie wird und wie sollte sich die Zivilgesellschaft zum Abkommen positionieren?** Um diese Frage zu beantworten, muss man sich tiefgehender mit den Entwicklungen der letzten Jahre in der Klima(Gerechtigkeits)Bewegung beschäftigen.

Hierzu mehr in dem **RLS-Dossier.**
http://www.rosalux.de/index.php?id=24450

Tadzio Müller ist Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

http://www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/specials/klimagipfel-in-paris/well-always-have-paris.html

(1) **Cochabamba-Konferenz:** SiG 82 und 83

Einige Quellen / Web-Seiten:

http://viacampesina.org/en

http://www.klimaretter.info

https://www.inkota.de , http://350.org

Indigenous environmental Network:
http://www.ienearth.org/

Women for climate justice:
http://www.gendercc.net/home.html

Gerechter Übergang:
http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX_1101_komp.pdf

ILO: Climate change and labour: The need for a " just transition"

Elmar Altvater/Achim Brunnengräber (Hrsg.) : Ablasshandel gegen Klimawandel?

Greenpeace Studie: Kohleausstiegsgesetz

Agrarökologie statt „klimasmarte" Landwirtschaft, http://www.weltagrarbericht.de/aktuelles/nachrichten/news/de/31163.html

http://www.rollingstone.com/politics/news/global-warmings-terrifying-new-math-20120719

www.ende-gelaende.org

Global Frackdown to Paris:
Über 1.200 Organisationen weltweit fordern Fracking-Verbot, 6.11.2015
http://power-shift.de/?p=6035

Aktionen der „Coalition Climate 21“ zu COP 21

Paris, 29.November – 12. Dezember 2015 http://www.coalitionclimat21.org/en

Frankreich ist Gastgeber des UNO-Weltklimagipfels, der vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 stattfinden wird (COP 21= 21. Conference of the Parties).

Die "Coalition Climate 21" ist Dachorganisation für 130 zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, internationale Solidaritätsverbände, kirchliche Organisationen, Menschenrechtsorganisationen und NGO aus dem Umwelt- und Sozialbereich. Gemeinsam vertreten sie die Position, dass diese Verhandlungen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Bekämpfung des Klimawandels und der damit verbundenen Ungleichheiten sind. Die letzten 20 Jahre haben aber gezeigt, dass es damit nicht getan ist. Deswegen rufen die Organisationen alle Bürgerinnen und Bürger auf, die Präsenz der Politik und die Aufmerksamkeit der Medien bei der COP 21 zu nutzen, sich zu organisieren und eine große Mobilisierung zu inszenieren, um gemeinsam eine starke und nachhaltige Bewegung für die Klimagerechtigkeit anzustoßen. Diese Bewegung ist offen für alle und schöpft daher ihre Kraft aus der Diversität.

Der Kampf für die Klimagerechtigkeit beginnt und endet nicht mit dem Gipfel in Paris. Aber das Jahr 2015 ist für uns eine echte Chance, uns zusammenzutun und Flagge zu zeigen: Es liegt in unserer Händen, die Welt so zu gestalten, wie wir sie uns wünschen: eine Welt ohne verheerende Schäden durch den Klimawandel; eine Welt, in der die Wirtschaft im Dienste der Menschen und des Planeten steht; eine Welt, in der jede und jeder überall menschenwürdig von seiner Arbeit leben kann; eine Welt, in der wir alle gesunde Luft in einer intakten Umwelt atmen können; eine Welt, in der echte, nachhaltige Entwicklungsmodelle für alle umgesetzt werden. Um tiefgreifende Veränderungen voranzubringen, brauchen wir jede und jeden. **Lasst uns vor, während und nach der COP 21 für das Klima auf die Straße gehen!**

Am 28. und 29. November: Weltweiter Protestmarsch für das Klima.

Am Vorabend der Konferenz werden tausende Menschen in Paris (am 29.) und in den Großstädten weltweit (28. und 29. November) auf die Straße gehen und unsere Forderungen lautstark und mit Nachdruck bekunden: von der Ernährungssituation über die Arbeitsplätze bis hin zur Energieversorgung und der Ausrottung der Armut. **Berlin** am 29. November: http://globalclimatemarch.de/de/
Wien am 29.November: http://systemchange-not-climatechange.at/klima-aktion-in-wien-am-29-november/

Während der beiden Konferenzwochen von COP21 wird es vor allem in **Paris** viele Aktionen geben.

Am 5. und 6. Dezember: BürgerInnen-Klimagipfel in Montreuil

- Ein **Klimaforum,** eine Plattform für Meinungsaustausch und Diskussionen über Initiativen, Analysen und Lösungsvorschläge, die aus politischen Aktionen weltweit hervorgegangen sind. Auf dem Forum wird es ebenfalls Gelegenheit geben, Aktionen vorzubereiten, die in der zweiten Woche der Verhandlungen und vor allem am 12. Dezember stattfinden könnten.

- Das **Village mondial des alternatives „Alternatiba“** (Globales Dorf der Alternativen), das konkrete lokale und internationale Alternativen im Kampf gegen den Klimawandel und für soziale Gerechtigkeit zeigt. Thematische Bereiche (ökologisches Wohnen, Energie, Ernährung und Landwirtschaft, Transport, Finanzen, etc.) sind mit Ständen und Vorführungen alternativer Projektträger bestückt. Auch für gemeinschaftliche Aktionen und Unterhaltung ist gesorgt, mit Vorführungen, Konzerten, gemeinsamen Essen etc. Weitere Informationen: https://alternatiba.eu/village-mondial-alternatives/ ; wer teilnehmen und Alternativen vorstellen will, schreibt möglichst bald an village-mondial@alternatiba.eu



- Der **Marché paysan de la Confédération paysanne** (Bauernmarkt der Confédération paysanne), weit mehr als ein bloßer Erzeugermarkt, wird organisiert von den Amis de la Conf' (Freundeskreis der Confédération paysanne). Er bietet Gelegenheit zum Austausch zwischen BürgerInnen und den Bauern und Bäuerinnen und zeigt Wege zur Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft auf, wodurch bäuerliche Autonomie, Schutz der Biodiversität, die Erzeugung qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel sowie der Erhalt lebendiger Regionen sichergestellt werden. BesucherInnen sollen an Ständen mit Produkten aus über 20 Regionen Frankreichs angeregt werden, ihr Konsumverhalten zu ändern.
http://coalitionclimat21.org/fr/contenu/le-sommet-citoyen-pour-le-climat

Vom 7. bis 11. Dezember: Die Climate Action Zone

http://coalitionclimat21.org/fr/contenu/la-zone-daction-pour-le-climat

Fünf Tage lang treffen sich Aktivist/innen im Kulturzentrum CENTQUATRE-Paris , einem internationalen Treffpunkt für Kreative, bekannt für seine zeitgenössische und populäre Ausrichtung. Ein Teil der Räume steht uns als Organisationszentrale zur Verfügung. In der CAZ soll ein lebendiges, aktuelles und engagiertes politisches Programm gestaltet werden. Wir erwarten eine große Vielfalt an Besucher/innen und ebenso Schüler*innen, die ganz unterschiedliche und besondere Angebote nutzen sollen. Der Schwerpunkt bei den unterschiedlichen Kunst-, Bildungs-, und Aktionsprojekten liegt darin, alternative Lösungen anzubieten sowie einen sozialen und umweltbewussten Diskurs im Sinne des Klimabündnisses 21 zu führen.

Die wichtigste Aufgabe der CAZ lautet, die Mobilisierung zu Aktionen wie Demonstrationen, symbolischen Aktionen und künstlerischen Happenings voranzubringen und diese dort vorzubereiten. Jeweils am Ende des Nachmittags wird im Rahmen eines Plenums der Stand der Verhandlungen der COP21 bekanntgegeben und die Aktionen des Tages und des Folgetages besprochen.

Am 12. Dezember sind wir alle in Paris: Wir wollen das letzte Wort haben! Auf nach Paris zur größten Massenaktion für Klimagerechtigkeit.

Wenn die UNO die Ergebnisse ihrer endlosen Verhandlungen präsentiert, schreiten wir zur Tat, um echte Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel zu erreichen und um die Notwendigkeit einer langfristigen Mobilisierung zu bekräftigen.

Am Vormittag: **„Rote Linien“ um Le Bourget, Aktion des zivilen Ungehorsams**, mit dem Ziel, die Mindestgrenzen für den Klimaschutz zu bekräftigen

Ab 12 Uhr: **Menschenkette** in Paris, ab dem Platz der République
http://www.coalitionclimat21.org/en/join-largest-mass-action-climate-justice-ever

S. auch attac Frankreich, https://france.attac.org

Aktuelle Informationen zu **Schlafplätzen in Paris**:
www.iwillbeinparis.org; Schlafplatzbörse für Privatunterkünfte:
http://coalitionclimat21.org/en/lodging
https://www.humanhotel.com/#/event/cop21-climate-mobilization

Zur Abfrage der Anfahrt mit ÖPNV im Pariser Raum:
http://www.ratp.fr/itineraires/fr/ratp/recherche-avancee

Das adhoc Reisebüro „I will be in Paris“ (www.iwillbeinParis.org) organisiert **Busse von Berlin zur Abschlussdemonstration in Paris**. Abfahrt:Freitag, 10. 12. um 21 Uhr; Sonntag, 13.12. gegen Mittag wieder in Berlin. (76 €) . Zustieg in Leipzig und Frankfurt ist möglich.

Internationaler Gewerkschaftsbund zum Klimawandel

Angesichts der Notwendigkeit einer fairen, ehrgeizigen und verbindlichen Einigung im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) über u. a. die Senkung von Emissionen, die differenzierte Haftung, die Finanzierung von Klimapolitik arbeitet der IGB aktiv daran, dass die Gewerkschaftsbewegung an der Klimaagenda mitwirkt und an der Entwicklung einer umfassenden Strategie für einen "gerechten Übergang" für Beschäftigte und alle Menschen, um sicherzustellen, dass wir alle Teil einer nachhaltigen, kohlenstoffarmen Wirtschaft sind und in den Genuss von menschenwürdigen und umweltfreundlichen Beschäftigungsverhältnissen kommen.
Mehr: http://www.ituc-csi.org/climate-change?lang=de
Aufruf zur Teilnahme an den Aktionen in Paris *anläßlich von COP 21: http://www.ituc-csi.org/trade-union-plans-before-during*

Im Jahr 2015 hat der IGB die Menschen in neun sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländern (auf die 50% des weltweiten BIP entfallen), gefragt, ob und wann sie glauben, dass die Staats- und Regierungschefs handeln müssen, um die Weltbevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu bewahren. Das Ergebnis ist eine ***klare Forderung nach Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz.***
90% der Befragten erwarten Maßnahmen, um zu verhindern, dass die Weltbevölkerung von den Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigt wird. 69% dieser Befragten glauben, dass unverzügliche Maßnahmen erforderlich sind. Weitere 10% erwarten Maßnahmen in den nächsten 12 Monaten, d.h. 79% verlangen Taten in spätestens 12 Monaten. Nur 4% gaben an, dass ihres Erachtens kein Handlungsbedarf besteht.
Obwohl die Mehrheit der Befragten in Industrieländern (59%) unverzügliche Maßnahmen fordert, ist dieser Prozentsatz in den Entwicklungsländern noch wesentlich höher (80%)*.*
Während die Befürwortung unverzüglicher Maßnahmen in Frankreich (74%) und der Türkei (76%) groß ist, wird dies in Großbritannien (UK) (45%) und den USA (46%) und in geringerem Maße in ***Deutschland (59%)*** *als weniger dringend betrachtet.*
Die Ergebnisse der Umfrage im Einzelnen: http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_frontlines_poll_climate280515_de.pdf

Trade union leaders call for ambitious climate deal and climate justice for workers (Beschluss des Kongresses des Europäischen Gewerkschaftsbunds in Paris, September 2015: https://www.etuc.org/press/trade-union-leaders-call-ambitious-climate-deal-and-climate-justice-workers#.Vjcntpd3_tQ

Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
Ungerechtigkeit im Treibhaus - Klimawandel von links erklärt.

Im globalen Süden weisen Basisbewegungen mit Protesten und Aktionen darauf hin, dass sie die Folgen der globalen Erwärmung längst zu spüren bekommen: **Dort ist Klimawandel keine Frage von Wissenschaft und Wahrscheinlichkeit, sondern eine von Gerechtigkeit und Politik.** Diese Perspektive hat in den letzten Jahren auch hierzulande an Bedeutung gewonnen: Das Unbehagen am Umgang der «großen Politik » mit dem Klimawandel hat dazu geführt, dass sich Basisgruppen und Bündnisse gebildet haben, die eine andere Klimapolitik einfordern.

Im Dezember 2015 wird in Paris über ein neues Klimaabkommen verhandelt. Die Chancen, dass ein Abkommen beschlossen wird, das tatsächlich Einfluss auf die Erderwärmung hat, sind gering. **Und dennoch ist die Klimakonferenz ein wichtiger Termin.** Dort werden – für einige Tage – die verschiedenen Perspektiven auf den Klimawandel und den Umgang mit ihm ebenso sichtbar wie die widersprüchlichen Interessen in der Klimapolitik, der Widerstand gegen sie und die Alternativen zu ihr. Diese Broschüre soll helfen, das, was im Vorfeld und während der Konferenz geschieht, zu verstehen. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien11_UngerechtigkeitImTreibhaus.pdf



Im Dezember wird beim UN-Klimagipfel COP 21 entschieden, mit welchen Maßnahmen die internationale Staatengemeinschaft in Zukunft auf die Erderwärmung reagieren wird. Angemessene Lösungen, wie ein baldiger Stopp der Extraktion und Verbrennung fossiler Brennstoffe oder eingeschränkter Welthandel, sind nicht in Sicht. Stattdessen geht es um freiwillige Versprechen und vielfach höchst problematische Klimaschutzmechanismen.
Um dem Klimawandel entgegenzutreten, ist ein Weiter wie bisher keine Option. Wir brauchen grundlegende Veränderungen unserer Lebensweise und unseres Wirtschaftssystems.
Eine Initiativgruppe, die aus Finance & Trade Watch, Attac Österreich, Alternatiba, FIAN, ÖBV-Vía Campesina und die Dreikönigsaktion besteht, hat sich zum Ziel gesetzt, eine **kritische Debatte rund um „System Change, not Climate Change"** (http://systemchange-not-climatechange.at/) anzustoßen und die österreichische Mobilisierung vor COP 21 voranzutreiben.
Wir wollen zeigen, dass Klimawandel kein reines Umweltproblem ist sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir mit vereinten Kräften anpacken müssen. Viele Menschen arbeiten schon jetzt an wirksamen Antworten auf den Klimawandel – sei es durch agrarökologisches Landwirtschaften und das Engagement in FoodCoops, durch Solidarität mit Klima- und anderen Flüchtlingen, das Vorantreiben von Fahrradverkehr oder dem Einsatz gegen Schiefergasabbau. http://www.ftwatch.at/klima/

Attac Österreich und andere:
Klimapolitik in der Sackgasse?
Kontroverse Perspektiven – zivilgesellschaftliche Ansätze
Veranstaltungsreihe 2015/16 in Wien

Seit über zwei Jahrzehnten ist der Klimawandel in den Köpfen und internationalen Verhandlungen präsent. Trotzdem ist auch bei der 21. Vertragsstaatenkonferenz (COP 21) im Dezember 2015 keine angemessene Lösung für die Klimakrise zu erwarten. Befinden sich die Klimaverhandlungen in der Sackgasse – und wenn ja, warum? Welche Konflikte und Widersprüche werden in der Klimapolitik und den vorgeschlagenen Lösungsstrategien deutlich?
Die Veranstaltungsreihe beleuchtet aus verschiedenen Blickwinkeln die aktuellen Entwicklungen, Debatten und Strategien rund um Klimawandel und Klimapolitik. Sie diskutiert die Ursachen und Folgen des Klimawandels und setzt sich kritisch mit den Lösungsvorschlägen, die u. a. bei der COP 21 diskutiert werden, auseinander. Ebenso werden zivilgesellschaftliche Forderungen, Strategien und Alternativen zu Klimagerechtigkeit und die Mobilisierung rund um „System Change, not Climate Change" vorgestellt. Zeit: jeden Dienstag von 18:30 bis 20:00 d.h. 13 Veranstaltungen, von 6. Oktober 2015 bis 26. Jänner
http://www.attac.at/kampagnen/system-change/veranstaltungsreihe.html

Warum sollen wir nach Paris fahren? Ein Einblick in die Entwicklung der Bewegung gegen den Klimawandel,
Gespräch mit Julien Rivoire (Koalition Klima21),
http://www.sozonline.de/2015/11/warum-sollen-wir-nach-paris-fahren/

Attac Frankreich zu den letzten COP 21-Vorbereitungen in Bonn: COP 21: un accord est nécessaire, mais pas celui-là! (19.10.2015)
https://france.attac.org/se-mobiliser/changeons-systeme-pas-climat/article/climat-le-projet-d-accord-est-inacceptable-non-aux-crimes-climatiques
TTIP behindert Klimaschutzmaßnahmen:https://france.attac.org/nos-publications/notes-et-rapports-37/article/climat-ou-tafta-il-faut-choisir

Lutz Brangsch und Judith Dellheim

Griechenland bleibt für Links zentral

Das vorliegende Lesematerial basiert auf einem Text, der aus der gemeinsamen Diskussion der HerausgeberInnen, der Vorsitzenden der linken Fraktion im Europäischen Parlament Gabi Zimmer und des RLS-Partners Frieder Otto Wolf hervorging. In unseren Gesprächen haben wir immer wieder Erfahrungen aus Veranstaltungen reflektiert. Bei der Erstellung des Lesematerials haben wir auch eine Ausarbeitung von Cornelia Hildebrandt, stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse, berücksichtigt.
(SiG-Redaktion: wir veröffentlichen hier nur Ausschnitte des umfangreichen Textes: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/griechenland_dellheimbrangsch.pdf)

I. ALTE NEUE PROBLEME

Nimmt man die Wirkungsfähigkeit der Linken in den Hauptländern der EU zum Maßstab, hat Syriza eine einzigartige und gigantische Leistung vollbracht. Erstmalig hat eine linke Regierung versucht, offen und in einem Kernbereich der Politik Widerstand gegen die herrschenden ökonomischen und politischen Kräfte zu leisten. Die Tsipras-Regierung ging als Repräsentant eines Staates in diesen Konflikt. Das hat bisher keine der Regierungsbeteiligungsprojekte sog. radikaler Linker im Rahmen bürgerlicher Herrschaft getan. Die Regierung versuchte dabei sich immer des Rückhaltes in der WählerInnenschaft zu versichern und ging dabei mit eigenem Unvermögen und Scheitern offen um. Auch das ist neu.
Syriza ist zweifelsfrei gescheitert, dieses Scheitern ist aber das Produktivste, was es seit langer Zeit im linken Feld gegeben hat. Das Produktive des Scheiterns zeigt sich wenigstens in folgenden Punkten:
Erstens, diese Offenheit hat der Akzeptanz des widerständigen Kurses keinen Abbruch getan.
Zweitens, die Organisationsfrage steht mit völlig neuer Brisanz.
Drittens, die Unfähigkeit der internationalen linken Bewegungen, den heutigen Bedingungen entsprechende Formen der Solidarität zu entwickeln, ist deutlich zutage getreten. Es bietet sich allen Parteien und Bewegungen der Linken in der EU die Möglichkeit, jenseits der Bewertungen der Stärken, Schwächen und Fehler der Tsipras-Regierung das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen.
Die Lehren aus dem Verlauf des vergangenen dreiviertel Jahres sollten also nicht auf den Fakt, dass die Regierung Tsipras sich letztlich dem Druck der EU beugen musste, reduziert werden. Entscheidend sind die Gründe, die in dieses Scheitern geführt haben.

Syriza hat vor und nach der Wahl jene Faktoren genannt, auf die sich ihre Hoffnung auf einen Erfolg stützte:
1. die Mitglieder, die Wählerinnen und Wähler, die Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei engagieren sich gemeinsam mit der linken Regierung für positive Veränderungen im gesellschaftlichen Leben,
2. die Linken in der Europäischen Union, insbesondere in den Kernländern, (deren Banken zulasten der griechischen Bevölkerungsmehrheit gerettet wurden,) begreifen die Solidarität mit Syriza und ihrer Regierung als ihre große Herausforderung und nehmen sie an,
3. ermutigt durch Griechenland und nicht zuletzt unter dem politischen Einfluss der Linken in den anderen „Euro-Krisen-Ländern" artikulieren die Repräsentanten dieser Länder Unwillen mit dem „Euro-Krisen-Management" und fordern eine Lockerung von Restriktionen für problemmildernde und -lösende Politiken,
4. auf dieser Grundlage verhandelt die griechische Regierung offensiv und couragiert mit den Gläubigern, werden diese im Interesse des Fortbestands der WWU in ihrer Ganzheit bereit sein, einen Kompromiss bzw. Konsens zugunsten des kleinen EU-Mitglieds Griechenlands zu suchen bzw. zu zustimmen.
Diese Bedingungen beschrieben zutreffend die Erfolgsbedingungen eines linken Regierungsprojektes. Sie beschrieben aber nicht die Realität der linken Bewegungen, vielmehr wären sie als ein „Arbeitsprogramm" zu verstehen gewesen, dem sich die EU-Linke hätte anschließen müssen. Sie waren von einer Hoffnung getrieben, die sich als unrealistisch erwies.
(…)
Ob und inwieweit der Bedingung 1 erfüllt wurde, liegt in der Bewertung der griechischen linken Bewegungen selbst. (…) Die übrigen drei Erfolgsvoraussetzungen waren in erster Linie ein Appell an die Linken in den Mitgliedsländern der EU. Syriza forderte einen alten Wert der Linken ein – die Solidarität in der Tat. Dieser Verantwortung sind die linken Parteien und Bewegungen, das dürfte kaum jemand leugnen, nicht gerecht geworden.
Die Unmenge von Erklärungen größerer und kleinerer Gruppen täuscht nicht darüber hinweg, dass die Entwicklung einer Solidaritätsbewegung, die größere Teile der Bevölkerung hätte erfassen können, nicht auf der Tagesordnung der EU-Linken stand. Und nur derartige massenhafte Aktionen in Ländern wie Deutschland und Frankreich hätte die EU und die Regierungen ihrer Mitgliedsländer zu einem anderen Verhalten zwingen können. Die Linken in Deutschland und in Frankreich und in der EU insgesamt haben die griechische Regierung und Syriza eher beobachtet als aktiv unterstützt, was keineswegs die großen solidarischen Bemühungen und Aktivitäten einer kleinen Minderheit abtut.
Die Linken haben insgesamt weder gerechte Schuldenstreichungen, die Zahlung von deutschen Reparationen zur zumindest teilweisen Kompensation im Zweiten Weltkrieg verübter Verbrechen und Verwüstungen und/oder den Transfer von Gewinnen aus der „Griechenland-Krise" zum Gegenstand von wirksamen Kampagnen gemacht; noch haben sie die Vorhaben und Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, gegen Privatisierung des Öffentlichen, zur Verteidigung und Hebung demokratischer und sozialer Standards, für Steuergerechtigkeit und gegen Korruption politikwirksam begrüßt und Analoges in ihren Ländern gefordert; Aktionen, um die eigenen Staatsrepräsentantinnen und -repräsentanten zur Aufgabe ihrer Syriza- bzw. Griechenland-feindlichen Verhandlungspositionen zu drängen, fanden nur vereinzelt und meist mit geringer Teilnahme statt. Die politische Stimmung in den anderen „Euro-Krisen-Ländern" hat keine wahrnehmbare Veränderung erfahren.

Betrachtet man die Situation im Spätsommer 2015, so haben sich die Bedingungen kaum verbessert. Der „Konsens zum Erhalt der Eurozone" hat eine offensichtlich von vielen unerwartete Form angenommen und die Kräfte in der EU gestärkt, die einen harten antisozialen Kurs befürworten. (…)
Damit ist eine erste Bedingung benannt, die die anstehenden politischen Auseinandersetzungen in neuer Weise beeinflussen wird: die völlige Handlungsunfähigkeit der Linken im Rahmen der EU ist sichtbar geworden. In keinem Punkt waren sie in der Lage, das Handeln ihrer Regierungen in nennenswertem Maße zu beeinflussen. (…) Gerade in dem Bereich der Privatisierung und des Anbaus von sozialen Rechten liegen aber wesentlich „gemeinsame Interessen", von denen Syriza 2014 ausging. Betrachtet man sich die Liste der Privatisierungsauflagen, so ist sie weitgehend identisch mit den Privatisierungsprozessen, die in den letzten Jahren in Deutschland und anderen Ländern abgelaufen ist und die immer noch anhalten. Die Privatisierungsgewinner sind schon bekannt – auch hier spielen z.B. deutsche Unternehmen voraussichtlich eine wichtige Rolle. Diese tatsächlich gemeinsamen Probleme und Interessen wurden aber nie Ausgangspunkt gemeinsamer Aktion, die in ihrer Dimension die griechische Position hätte stärken können. Das ist die eigentliche Katastrophe. Syriza mag gescheitert sein – die EU-Linke hat komplett versagt.

Zweitens hat die Niederlage Syrizas neue Spaltungen in der griechischen und in der ohnehin fragmentierten EU-Linken ausgelöst. Was die EU-Linken betrifft, macht sich dies bezeichnenderweise nicht an der Analyse des eigenen Versagens bei der Organisation gemeinsamer Aktionen fest, sondern an Unterschieden in der Interpretation des Geschehens und der Formulierung strategischer Ziele. Abgesehen von Ratschlägen und Forderungen gegenüber Syriza, die angesichts eigenen Verhaltens wenigstens unredlich sind, wird nun eine Polemik untereinander entfacht, die bestenfalls als Stellvertreter-Angelegenheit verstanden werden kann. Die Linken reagieren wie so oft in ihrer Geschichte - Schuldige müssen her und man muss sich spalten, um die Reinheit der jeweils eigenen Lehre zu wahren. (…)

Drittens beobachten wir eine anhaltende Selbsttäuschung über die eigenen Spielräume. Die von Syrizas formulierten Bedingungen 2 bis 4 waren vor allem Hoffnung und durch die Erfahrungen der letzten Jahre nicht praktisch gedeckt. Jetzt, nach dem Desaster, unterstellen viele der Konzepte, die nun in den anderen westlichen Ländern unter dem Label „Plan B“ entwickelt werden, omnipotente Handlungsfähigkeit – etwa wenn von der Zerschlagung der Eurozone und der EU wie sie ist etc. gesprochen wird. (…) Der scheinbar radikale Ansatz verschleiert das Problem: In den EU-Ländern trauen vielleicht 10 Prozent der Bevölkerung Linken (die Sozialdemokratie ist hier nicht als linke Kraft verstanden) zu, irgendwie aus einer Machtposition heraus Gesellschaft verändern zu können. (…) Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach der Zerschlagung der EU usw. erst einmal keine Strategien, sondern mögliche Szenarien (…); als Tagesforderungen sind sie schon angesichts der realen Mobilisierungs(un)fähigkeit lächerlich und eher Ausweis der Schwäche.

Viertens, und dies ist gerade für ein Land wie Griechenland ein besonderes Problem, ist mit einer weiteren Verschärfung der Flüchtlingskrise zu rechnen. (…) Tsipras' Forderung, in der EU bei der zu regelnden Flüchtlingsaufnahme die Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl zugrunde zu legen, weist in eine neue Richtung. Lässt die Europäische Linke hier wiederum eine kleine Minderheit von ihr alleine kämpfen, wachsen die Gefahren für das Leben von Menschen. Es droht eine weitere Militarisierung der Innenpolitik und der Nachbarschaftspolitik bei ihrer möglicherweise auch zunehmenden Akzeptanz in der Bevölkerung. Beides würde in der Konsequenz die Spielräume egal welcher linken Bewegung bzw. Regierung gravierend und nachhaltig einengen.
Vor diesem Hintergrund ist die Zielstellung von Syriza in der neuen Legislaturperiode anspruchsvoll. (...)

Zum Ergebnis der Wahlen

„Mit dem Wahlergebnis haben uns die Wahlberechtigten eine Lektion erteilt und die müssen wir erst noch voll erfassen und verarbeiten“, war aus Syriza zu hören und das betrifft insbesondere vier Probleme: die geringe Wahlbeteiligung (56,6%), den relativen Wahlerfolg bei absolutem Stimmenverlust für die eigene Partei, eine Tendenz zur stärkeren Verknüpfung zwischen sozialer Lage und Wahlentscheidung, das Scheitern von Laiki Enotia. (…)
Im Wahlkampf gelang es Syriza zu zeigen, dass es einen Unterschied gibt, zwischen einer „neoliberalen Regierung, die für Memoranden votiert, weil sie an diese glaubt und einer linken Regierung, die etwas tut, weil sie erpresst wird“ und selbst in der unausweichlichen Niederlage noch kämpft. (...)

II. INFORMATIONEN UND REFLEKTIONEN

Warum also gelang/gelingt es nicht, politikwirksam Solidarität mit der Regierung Tsipras und Syriza bzw. mit ihren Wählerinnen und Wählern, Sympathisantinnen und Sympathisanten, mit jenen, die linker Politik am meisten bedürfen, zu organisieren? Uns scheint etwas sehr Wesentliches in der linken Kultur zu fehlen:
a) das Interesse und die Fähigkeit, zu erkennen, wann ein Problem für die Veränderung gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse in der EU und über sie hinaus relevant ist und welche Konsequenzen das für das eigene politische Handeln hat;
b) die Bereitschaft und das Vermögen, die eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten zu testen und auszunutzen. Diese Handlungsmöglichkeiten beginnen mit solidarisch-sein. (...)Die zentrale Idee ist, dass aktive Solidarität und die Fähigkeit, politökonomisch zu analysieren, dialektisch zu denken und zu handeln, das A + O für Gewinn an Politikwirksamkeit sind.
Die miteinander verbundenen Thesen sind, dass mit der „Vereinbarung“ vom 13. Juli 2015, bei der Alexis Tsipras gerade einmal eine Katastrophenbegrenzung erreichen konnte, die **Kursnahme auf eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)** für „Globalisierungsgewinne“ bei TTIP, TISA, komplettem Freihandel und „Investitionsschutz“ nachhaltig verschärft wurde;
dass für die Veränderung dieser Kursnahme die offensive linke Auseinandersetzung sowohl mit der „Vereinbarung“ als auch mit dem „Fünf-Präsidenten-Bericht“ relevant ist;
dass erfolgreiche Abwehrkämpfe wie der Einstieg in eine problemlösende Entwicklung über die aktive Solidarität mit den „Krisenopfern“ und den Linken in Griechenland führen;
dass dabei der Kampf der griechischen Linken zu „europäisieren“ und ein innovatives Herangehen an linke Politik in ihren verschiedenen Formen zu entwickeln wäre. Dafür liefert Syrizas „Einführung zum Regierungsprogramm“ vom September 2015 Wertvolles. (http://www.transform-network.net/uploads/tx_news/SYRIZA_programmatic_framework_EN_translation_01.pdf)

Kleiner Exkurs zu großen Auswirkungen

Wenn man sich die Gründer der EU bzw. ihrer Vorstufen genauer ansieht, erkennt man, dass die EU nie ein wirkliches Friedensprojekt war. Unter den Gründern sind Staaten, die beim Beginn ihres Projekts blutige Kolonialkriege führten und keineswegs friedlich gen UdSSR und Partner blickten. Es ging um den Frieden in und für Westeuropa, was allerdings keineswegs wenig war. Es ging um wirtschaftliche Vorteile vor allem für die in den Mitgliedsländern Herrschenden. Aber mit deren neuer Kooperation entstanden auch attraktive Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, einander näher zu kommen. Es bildeten sich neue Herausforderungen und Chancen für die Linken, gemeinsam politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln, heraus. Die Linken haben es jedoch nicht vermocht, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der 60iger Jahre und die vielfältigen Krisen der 70iger emanzipativ-solidarisch wirksam zu beantworten.
Mit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, der Direktive zur Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs von 1988 und schließlich des Maastrichter Vertrages von 1992 war es den neoliberalen Kapitaleliten gelungen, die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu ihren Gunsten zu verschieben.
Ihnen geht es um Profitmaximierung bei gleichzeitigem Gewinn an globaler Konkurrenzstärke und an Handlungsfähigkeit, um Sicherheit und Stabilität im eigenen Interesse zu organisieren. Dafür entscheidende Wege sind wirtschaftliche Liberalisierung/ Deregulierung/ Freihandel, Privatisierung, Finanzialisierung, Überwachung/Repressionen und Militarisierung. Die sogenannten Maastricht-Regeln, deren Erfüllung die Teilnahme an der WWU erlauben sollten, stehen in diesem Kontext: Sie sollen einen permanenten Druck auf die Haushaltsausgaben, die mit demokratischen, sozialen und ökologischen Standards verknüpft sind, und zur Privatisierung bewirken, die Verwertungsbedingungen für transnationale Konzerne (TNC) verbessern bzw. stabil günstig gestalten. TNC drängen nach Freihandel, Eigentums- bzw. Investitionsschutz. Das Kapital der TNC ist Finanzkapital, dessen Haupteigentümer und Hauptakteure gehören zu den Kapitaloligarchien, die wiederum die Hauptakteure neoliberaler Globalisierung sind.
Mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 wurde verschärfend zur Überwachung der Haushaltspolitik der Länder der Wachstums- und

Stabilitäts-Pakt mit dem Recht der Rats, Ländern Direktiven zu erteilen und Sanktionen zu verhängen, eingeführt.
Die Orientierung an den expansiven TNC, die in der EU sehr ungleich verteilt sind, erklärt dann einen weiteren relevanten politischen Schritt: Im März 2000 einigten sich die Spitzen der EU-Mitgliedsländer in Lissabon auf einen Strategierahmen für die nächsten 10 Jahre: Bis zum Jahre 2010 sollte die EU *„zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“* werden . Mit der EU-Osterweiterung entstanden EU-Mitglieder zweiter Klasse: ihnen wurden trotz der dramatischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme im Vergleich zu den alten EU-Mitgliedern wesentlich geringere Ansprüche auf Förderung zugestanden. Die mit der Erweiterung verknüpfte Schaffung und Entwicklung von EU-Nachbarschaftspolitik setzten von Beginn an auf Freihandel und mehr „Sicherheit“ in der EU.
2006 aber mussten die Regierenden große Rückstände in der Umsetzung der Lissabon-Strategie eingestehen. Sie beschlossen auch daher die Außenwirtschaftsagenda Global Europe. Diese zielt auf die „weitere Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen“, auf denen TNC mit Sitz in einem EU-Mitgliedsland in der globalen Konkurrenz bestehen können und *„neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen“*. Denn: *„Eine kohärente Politik auf dem Gebiet der Außenbeziehungen ist entscheidend für die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.“* .Entsprechend dieser Logik heißt es dann, nach gescheiterter Europäischer Verfassung, im 2009 in Kraft getretenen Lissabonner Vertrag: *„Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union ... beruht auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.“* Damit wird die Wirtschaftspolitik im neoliberalen Sinne festgeschrieben, ungeachtet etwaiger späterer Wahlentscheidungen in den EU-Mitgliedsländern. Analog gilt dann auch noch die Pflicht zur militärischen Rüstung: *„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“* (…) Mit dem Fiskalpakt, dem Six- und Two Pack wurde unter dem Motto *„Stabilisierung und Reform der WWU“* der Lissabon-Vertrag selektiv konsequent angewandt.

Woher kommen aber die „Schulden“, mit denen die Gläubiger-Forderungen begründet werden?

Um das zu ergründen, hat das griechische Parlament Anfang April die von seiner damaligen Präsidentin initiierte Kommission zur Wahrheit über die nationalen Schulden unter seine Schirmherrschaft gestellt.
Dieser Bericht ist vorläufig, weil noch nicht alle Daten vorliegen, was insbesondere an der Bank von Griechenland liegt. Sie lehnt eine Zusammenarbeit mit der Kommission ab. Der endgültige Bericht soll im Mai 2016 der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Schuldenproblematik seit 2010

Die Bankenrettung mit öffentlichem Geld ohne Umstrukturierung der öffentlichen Schulden im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 2007 kam sowohl den griechischen wie den ausländischen Banken zugute. (…) Mit dem zweiten Troika-Memorandum wurden weitere 130 Milliarden Euro zur Bankenstärkung mobilisiert und ein «Haircut» der bisherigen öffentlichen Schulden von 53,5 Prozent realisiert. Davon waren letztendlich vor allem öffentliche Einrichtungen betroffen, die Einbußen von 16,2 Milliarden Euro hinnehmen mussten.
(…) Trotzdem stieg die Staatsschuld bis Ende 2014 auf 317,94 Milliarden Euro bzw. 177,1 Prozent zum BIP. (…) Der Preis für die Rettung der privaten Anlagen war und ist ein dramatischer Sozial- und Demokratieabbau für die Bevölkerungsmehrheit. (...)

Schlussfolgerungen der Kommission

Selbst die Mainstreamökonomen sagen, dass Griechenland die Schulden nie und nimmer tilgen kann. Die Kommission zur Schuldenevaluierung kommt zu zwei gewichtigen Schlussfolgerungen:
1. Ein souveräner Staat, der sich der Einhaltung der eigenen Verfassung dem internationalen Recht und dem EU-Recht verpflichtet sieht, kann seine Schulden einseitig als illegitim, nicht nachhaltig, illegal und moralisch verwerflich erklären und auf ihre Bedienung wie Rückzahlung verzichten. (...)
2. Die Schulden gegenüber dem IWF müssen weitestgehend als illegal angesehen werden, weil die Kredite im Widerspruch zu den IWF-Statuten vergeben worden sind. Danach hat der IWF bei seinen Maßnahmen darauf zu achten, dass die Anpassung in den Zahlungsbilanzen ohne für die nationale und internationale Prosperität destruktive Konsequenzen erfolgt. (...)
Die Schulden gehen auch nicht konform mit der griechischen Verfassung und dem internationalen Recht. Sie können nicht bedient und getilgt werden, ohne nachhaltige Entwicklung sowie die Realisierung der Menschen- und Grundrechte zu beschränken. (…)

Vollständiger Bericht der Kommission: http://www.attac.de/uploads/media/Wahrheitskommission_DE.pdf

Warum Griechenland schon lange stört

(…) Der Umgang der Herrschenden und ihrer Partner mit Griechenland hat nichts mit ökonomischer Rationalität – auch nicht im ordoliberalen oder neoklassischen Sinne – zu tun. Er macht deutlich, dass sie gesellschaftliche Alternativen kompromisslos bekämpfen und sich dabei sklavisch an die Rechtsgrundlage, die sie verfasst haben und fortschreiben, halten.
„Die Vereinbarung“ vom 13.07.2015 wurde in einem informellen Gremium, der Euro-Gruppe, getroffen. Dass sich hier erneut der deutsche Finanzminister, von seiner Kanzlerin gestützt, aggressiv hervor tat, soll nicht zum primitiven „Deutschland-“ oder „Schäuble/Merkel-Bashing ermutigen, sondern zur Frage nach den Ursachen dafür.
(…) Es ist allgemein bekannt, dass Deutschland am meisten von der EU und ihrer Erweiterung wie von der WWU gewonnen hat: mit ihnen sind die Wirkungsräume und Verwertungsbedingungen der TNC, der mit ihnen vernetzten KMU und der wiederum mit diesen vernetzen KMU gewachsen bzw. besser geworden. (…) Hohen Anteil an den für die Kapitaleigentümer und Kapitaloligarchien positiven Umständen hat die Tatsache, dass die Regeln und Institutionen der WWU wesentlich nach deutschem Vorbild vereinbart und festgeschrieben wurden. Dabei war den deutschen Verhandlungsführern von Beginn an klar, dass die letztendlich vereinbarte Orientierung an den vor allem monetären Kriterien nicht ausreichend ist, um die WWU insgesamt zu einem Raum, der stabil „Globalisierungsgewinne“ sichert und mehrt, zu gestalten. So war aus ihrer Sicht und Interessenlage selbstverständlich, dass sie die erstbeste Gelegenheit nutzen würden, um dies zu korrigieren. Diese kam mit der globalen Finanz-und Wirtschaftskrise und der ihr folgenden Euro-Krise, die wiederum mit der planmäßigen Verhandlung zur Lissabon-Nachfolge-Strategie, der EU 2020, zusammenfiel.
Kein Wunder also, dass Merkel mit ihren Initiativen zur neuen Gemeinschaftsmethode, zum Wettbewerbspakt, zum Euro-Plus-Pakt, in die Offensive ging. (...)
Hier kann Griechenland schon seit dem ersten Memorandum nicht mithalten und sollte aus Sicht relevanter „WWU-Regelmacher“, die ihre Klientel auf Kosten der griechischen Bevölkerung schadlos hielten, aus Gründen der „Disziplinierung“ anderer aus dem Euro-Raum verschwinden. Aber das Land ist an der EU- Außengrenze gelegen, was gegen seine weitere Destabilisierung spricht. Außerdem sind die Folgewirkungen eines Grexit für die WWU und die EU nicht voll kalkulierbar und der Grexit wird von großen EU- Mitgliedern wie Frankreich und Italien nicht gewollt. (…) Also sagen sich die WWU-Regelmacher: ziehen wir im Interesse unserer Klientel/Kapitaloligarchien und unserer Staatshaushaltseinkommen das ökonomische Maximum aus Griechenland heraus, nutzen wir weiterhin das Land zur Disziplinierung Anderer und schreiben wir ausgehend vom Diktat gegenüber Griechenland die Regeln so fort, dass sie der Stabilität und Konkurrenzfähigkeit der WWU und damit uns selber am meisten nutzen. Nach mehreren nicht ganz erfolgreichen Anläufen der „Regel-Vervollkommnung“ (siehe die

Reden Merkels 2011 zum „Wettbewerbspakt“) verkündete die Kanzlerin im November 2014: *„Jean-Claude **Juncker** hat von uns ... eine Aufgabe bekommen, mit dem neuen Ratspräsidenten, dem Präsidenten der EZB und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Vorschläge für die Weiterentwicklung sowohl der Eurozone als auch insgesamt der Europäischen Union zu machen.“* Seit Mitte Juni liegt nun die **„Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden“** (Juncker, Jean-Claude (2015): Completing Europe's Economic and Monetary Union, in close cooperation with Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi and Martin Schulz, European Commission, Brussels) auf dem Tisch (...)

Einige Konsequenzen für linke Politik

(…) Erstens: Bei den Abwehrkämpfen gilt es, demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen und weitere Privatisierungen des Öffentlichen sowie neue Schübe der Finanzialisierung zu verhindern. Zugleich geht es darum, die fünf-Präsidenten-Vorhaben, Freihandels- und Investitionsschutz- wie Industrie- Projekte zu stoppen, die auf globale Konkurrenzfähigkeit, „Sicherheit“, „globale Handlungsfähigkeit“ fixieren.
Zweitens: Ein solches Agieren setzt Analysen zu den bestehenden Machtverhältnissen und politischen Bündnissen wie zu ihren Zusammenhängen mit den Wirtschafts-, Reproduktions- und Gesellschaftsstrukturen voraus.
Drittens: Linke Akteure sollten konkrete Alternativen einer zivilen Industrie- und Infrastrukturpolitik sowie einer Handelspolitik ausarbeiten. Es wären Aufgaben zu formulieren, die vom zeitlichen Horizont, von den Interessen und Machtpositionen der Akteure und von den Steuerungspotenzen her lösbar sind wie tatsächlich alternative Entwicklungen einleiten könnten.
Viertens: Es sollte die Kooperation mit jenen auf- und ausgebaut werden, die am dringlichsten auf Hilfe angewiesen sind, sowie mit allen, die sich gegen die herrschende „Griechenland-Politik“, gegen Militarisierung, Deregulierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung des Öffentlichen, gegen den Abbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards wenden. Derartige Kämpfe finden vor allem am konkreten Ort und in der Region statt, wo tragfähige Bündnisse entstehen können.
Jede radikale Linke, die Politik gegen Herrschaftsverhältnisse entwickeln und wirksam machen will, steht immer vor einem Dilemma: Die bestehenden Formen der Politik – von der Bewegungspolitik über die Parteipolitik zur Regierungspolitik – begrenzen die Möglichkeiten effektiven politischen Handelns. Aber die Überwindung der Herrschaftsverhältnisse (in unseren Gesellschaften und Staatsformen, in der EU) verlangt ein Handeln, das über diese politischen Formen hinausgeht. Das bedeutet, dass eine radikale, auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zielende Linke zugleich zwei Prinzipien folgen muss: Rebellion und Widerstand gegen Herrschaft als berechtigt und erforderlich anzuerkennen und aufzunehmen und zugleich unter den bestehenden Bedingungen und Kräfteverhältnissen zu handeln. (…) So ergibt sich die doppelte Aufgabe, zum einen die gesellschaftspolitischen Konflikte emanzipatorisch zu entfalten, zum anderen die Fähigkeit aufzubauen, in den ideologischen Staatsapparaten bis in die höchste Ebene kompetent und regelgerecht wirksam zu agieren. (…)

III. NUTZEN WIR UNSERE ZWEITE CHANCE?

(…) „Tsipras bekommt seine zweite Chance“ titelte das Neue Deutschland am 21. September und blendete damit die Herausforderung der Linken in der EU zunächst aus. Aber hier interessiert mehr als ND-Kritik die solidarische Tsipras- und Syriza-Kritik von Yanis Varoufakis. (http://yanisvaroufakis.eu/2015/09/22/tsipras-triumph-vs-the-impossible-task-of-implementing-a-program-designed-to-fail-in-the-guardian/) Er sieht in der „Kapitulation“ vom 13. Juli 2015, trotz seiner radikalen Kritik nicht das Ergebnis einer Politik, die auf Kampf mit den Herrschenden verzichtet hat und verzichten wollte. *„Der größte Gewinner ist die Troika selbst“*, resümiert er die Wahl vom 20.9. und lässt die Eurogruppe scheinbar außen vor. Das Ergebnis sei zustande gekommen, weil die alten Memoranden-Parteien keine Alternative zum neuen Memorandum haben konnten und die prinzipiellen Memorandum-Gegner auch keine überzeugende Alternative vorzustellen vermochten. *„Alexis Tsipras muss nun eine fiskalische Konsolidierung und ein Reformprogramm umsetzen, das zum Scheitern verurteilt ist.“* Gerade darin besteht die Herausforderung: Es nicht umzusetzen, wie es im Interesse der Herrschenden umgesetzt werden soll, wenngleich absehbar die rezessiven Wirkungen sogar noch zunehmen. (...) Die Bedingungen für erfolgreiches Nachverhandeln sind nach Varoufakis schlecht. Der Schuldenschnitt würde zwar kommen, aber nicht die Austerität verringern. Und schließlich sei bei den versuchten Angriffen auf die Oligarchen deutlich geworden, dass die Troika der beste Freund der griechischen Oligarchen ist. Dennoch sei hier ein Schlüssel für linkes politisches Handeln zu finden. (...) Den unmenschlichen Umgang den alten Memoranden-Parteien mit den Flüchtlingen setzt Syriza nicht fort und findet sich damit wiederum im Boot mit den Opfern der Troika. (...) Griechenland liegt an der EU-Außengrenze und ist damit **Frontex**-Basis. „Gegen Frontex“ ist seit Jahren eine linke Losung, die mit Leben erfüllt werden kann und muss. Zu einer neuen Losung könnte werden: Die Troika und die Oligarchien sollen für jene Leistungen aufkommen, die für einen menschenwürdigen Umgang mit den Flüchtlingen in Griechenland notwendig sind! Die Mittel für Frontex sollen für die Rettung und für wirkliche Hilfen für Flüchtlinge umgewidmet werden!

Damit ist aber auch gesagt, dass die Solidarität der Linken in der EU mit Griechenland zentral bleibt. Über ihr bisheriges Versagen wäre jetzt in den Parteien und Bewegungen zu sprechen. Euro- Austrittsdiskussionen sind eher eine Flucht vor dem Suchprozess nach Gemeinsamkeiten.
Es muss hingegen um das Ausloten gemeinsamer Interessen der Linken in und außerhalb Griechenlands und um die Verabredung von Aktionen gehen – nicht darum, Aufträge und Bewertungen an Syriza zu adressieren. Telepolis liefert uns für mögliche Felder der Solidarität treffliche Beispiele:
„Die kanadische Firma Eldorado Gold hat auf Chalkidiki und in Thrakien für einen Spottpreis die Schürfrechte für Gold erworben. Das geschieht auch im Rahmen der von der EU geforderten Privatisierungen. Neben den extrem gefährlichen und für den Tourismus fatalen Umweltbelastungen durch Arsennutzung, Zyanidausfällungen und dem Abholzen kompletter Wälder bleibt für den griechischen Staat ein Minus in der Steuererhebung. Denn Eldorado Gold hat seinen Firmensitz in den Niederlanden und zahlt dort lieber (…) eine niedrige Körperschaftssteuer (...). Weil es um eine innergemeinschaftliche Firmenbeziehung handelt, kann Tsipras' Regierung diese Praxis nicht unterbinden. Sie ist Teil der europäischen Verträge und damit der Grundlagen der Eurozone. Aus den Niederlanden verschwindet das Geld dann in Richtung Barbados, damit auf die Zinserträge des Unternehmens keine Steuern anfallen. (...) “

Die Schmiergeldzahlungen bundesdeutscher Konzerne an griechische Beamte sind hinreichend bekannt und seien hier nur in Erinnerung gerufen. 30 Ehemaligen Siemens-Managern droht in Griechenland ein Prozess wegen Bestechung und Geldwäsche. (…) Schließlich beteiligen sich deutsche Unternehmen auch an der erzwungenen Privatisierung öffentlichen Eigentums: (...) Wissler, DIE LINKE: *„Dass sich Fraport 14 gewinnträchtige Flughäfen für 40 Jahre sichern will, der griechische Staat jedoch die restlichen, unrentablen, aber für die Versorgung der Bevölkerung unerlässlichen Regionalflughäfen weiter betreiben muss, macht eines deutlich: Das Ganze ist Teil einer von der deutschen Regierung mit zu verantwortenden Erpressungspolitik und trägt nur dazu bei, das Staatsdefizit Griechenlands weiter zu vergrößern.“* (…)

Gewerkschaftstag der IG Metall: Breites Bündnis schaffen!

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Frankfurt am Main wurde am 22. Oktober der Initiativantrag »Europa neu begründen« einstimmig beschlossen.

Mit der Unterschrift der griechischen Regierung unter ein ihr aufgezwungenes drittes »**Memorandum**« ist die Euro-Krise keineswegs vorbei. Im Gegenteil: **Diese Art der »Krisenbekämpfung« verschärft die Probleme** in den von der Krise am meisten betroffenen Ländern und verbaut Wege zu den dort tatsächlich erforderlichen Reformen. Mit dem eisernen Beharren der Troika, der Euro-Gruppe und der deutschen Bundesregierung auf Sozialabbau, Zerstörung des Tarifvertragssystems, Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und Massenbelastungen werden wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, hohe Arbeitslosigkeit und zunehmende Ungleichheit im gemeinsamen Währungsraum zum Dauerzustand gemacht. In den letzten Wochen erleben wir auch in Finnland und Großbritannien massive Angriffe auf Gewerkschaftsrechte und Tarifautonomie.

Diese Erfahrungen zeigen: Die EU und die Europäische Währungsunion werden als Hebel für die Durchsetzung einer unsozialen Politik und zum Abbau von Demokratie missbraucht. Dies fördert nationalen Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und andere antidemokratische Stimmungen in den Ländern Europas. Das aktuelle Versagen Europas in der Flüchtlingskrise macht diese Entwicklung noch dramatischer.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen sagen wir: Die IG Metall stellt sich diesen Gefahren entgegen und wird sich mit noch größerem Nachdruck als starke Kraft für ein solidarisches und demokratisches Europa positionieren:

– Die IG Metall setzt sich für **Solidaritätsaktionen** der europäischen Gewerkschaften zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen und der Arbeitslosen in Griechenland und anderen Krisenländern ein und tritt mit einer offensiven **Öffentlichkeitsarbeit** der nationalistischen Stimmungsmache entgegen.

– Die IG Metall widerspricht öffentlich dem Austeritätskurs von Euro-Gruppe und Bundesregierung und allen Bestrebungen, Griechenland und andere »Programmländer« zu Niedriglohnländern zu machen. Europa braucht keine Niedriglohnkonkurrenz zwischen EU-Ländern, sondern eine Stärkung der sozialen und demokratischen Grundrechte aller.

– Um die Lage in den Krisenländern zu verbessern, ist ein weit über den sogenannten »Juncker-Plan« hinausgehendes europäisches Wachstums- und Investitionsprogramm erforderlich, wie es die Gewerkschaften mit dem »Marshallplan für Europa« und dem »Europäischen Investitionsplan« vorgeschlagen haben. Die IG Metall setzt sich auf europäischer und bilateraler Ebene dafür ein, diesen Plan inhaltlich zu vertiefen und in den EU-Institutionen bekannt zu machen. Für Griechenland und andere Krisenländer muss der Zugang zu Investitionsmitteln wesentlich erleichtert und der Umfang von Investitionen in die Zukunft so stark erweitert werden, dass der durch die Ausgabenkürzungen angerichtete wirtschaftliche Schaden möglichst gering gehalten werden kann. Gewerkschaften, Umweltverbände und andere Kräfte der Zivilgesellschaft in Europa müssen verstärkte eigene Vorschläge zu den strategischen Investitionsfeldern in die Debatte einbringen und für Transparenz sorgen, damit anspruchsvolle Ziele tatsächlich verwirklicht werden können.

– Die IG Metall setzt sich in einem breiten Bündnis für ein sozialeres und gerechteres Europa ein. Alle interessierten gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen in Deutschland und Europa sind eingeladen, sich in diesem Bündnis mit Ideen zu beteiligen. Eine Diskussion über die bestmögliche politische Zuspitzung für die Erreichung unserer Ziele im Sinne der europäischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihrer Gewerkschaften muss jetzt beginnen.

http://www.europa-neu-begruenden.de

Aus einem weiteren Beschluss:
„Neustart für Europa – Solidarität mit Griechenland"

(…) Der Prozess der europäischen Integration und die Entwicklung der Europäischen Union waren immer auch mit der Hoffnung auf Frieden und sozialen Fortschritt verbunden. Spätestens mit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 und der Politik der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds ist diese Hoffnung enttäuscht worden. Mit der Kürzungs- und Privatisierungspolitik sowie dem Fiskalpakt werden auf breiter Front soziale Errungenschaften zunichte gemacht, zivile und gewerkschaftliche Rechte beschnitten und die Demokratie ausgehöhlt. Anstatt Menschen in Not aus anderen Teilen der Welt den Zugang zu eröffnen, schottet sich Europa ab. Anstatt in die gesellschaftliche Entwicklung und in die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu investieren, werden Milliarden zur Rettung der Banken und ihrer reichen Anleger verschwendet. (...)
Bereits mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurden die Weichen falsch gestellt. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Europäischen Union war von Beginn an auf ökonomische Interessen und spätestens mit den Verträgen von Maastricht und Lissabon eindeutig neoliberal ausgerichtet. Dies prägt auch die europäische Krisenpolitik, die in ihren Folgen nicht nur sozial verheerend, sondern auch wirtschaftlich kontraproduktiv ist. Es dominieren die Interessen des Kapitals. Sozialstaatlichkeit und Demokratie bleiben auf der Strecke.
Für diese Entwicklung tragen die nationalen Regierungen die politische Verantwortung. Dies gilt insbesondere für die deutsche Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel. Sie war es, die den Ländern der Europäischen Union den Fiskalpakt aufgedrückt hat, mit dem die katastrophale Kürzungspolitik weiter verschärft wird. Begründet wird diese Politik mit den horrenden Staatsschulden. Die europäische Krise ist jedoch eine Banken- und Finanzmarktkrise, die ihren tieferen Grund in der Dominanz der Finanzmärkte hat. (...) Erst die Rettung der Banken durch die Staaten hat die Staatsschulden anschwellen lassen. Wir aber wollen eine Politik für die Menschen und nicht für die Banken!
http://igm-gewerkschaftstag-2015.de/wordpress/wp-content/uploads/pdf/E1_102915.pdf

Auch der Gewerkschaftstag von Ver.di hat zu Griechenland einen Beschluss gefaßt (Sept. 2015) – Auszüge:

Der radikale Abbau von Arbeitnehmerrechten, die **skandalösen Eingriffe in die Tarifautonomie** und die Kürzung des gesetzlichen Mindestlohns müssen dringend rückgängig gemacht werden. Statt einer Schrumpfkur der öffentlichen Daseinsvorsorge und des **Ausverkaufs** öffentlichen Eigentums braucht Griechenland ausreichend Unterstützung auch bei der Bewältigung von Aufgaben in europäischem Interesse, wie insbesondere in der Flüchtlingspolitik.

Die aktuellen Vorschläge zur **Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion** anhand der Leitlinien Austerität, Deregulierung und Privatisierung würden das Gegenteil bewirken – sie würden zu einem weiteren Ausbau von Vollmachten der Exekutive und einem **Abbau der sozialen und demokratischen Rechte** führen.

Der Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, weiterhin Solidarität mit der griechischen Bevölkerung zu zeigen und sich gemeinsam mit gesellschaftlichen Kräften in Deutschland und anderen Ländern **für einen grundlegenden Politikwechsel in der EU** einzusetzen. Die zum Teil sehr einseitige Darstellung seitens politischer Entscheidungsträger und die Komplexität des Themas machen es dabei notwendig, innerhalb wie außerhalb ver.dis die **Aufklärung über die politischen Alternativen** fortzusetzen.

Privatisierungen in Griechenland - Filetstück für Filetstück

Griechenlands Kreditgeber bestehen darauf, dass die Tsipras-Regierung in den nächsten Jahren 50 Milliarden Euro aus einem »erheblich verstärkten Privatisierungsprogramm« erzielt. Für die Abwicklung ist der Verwertungsfonds für das öffentliche Privatvermögen (HRADF) zuständig. Im Oktober wurde der Verkauf der staatlichen griechischen Pferdewetten vollzogen. Ende Dezember läuft die Frist für verbindliche Angebote für den Hafen Piräus aus. Noch in diesem Jahr will Athen auch eine 1,2 Milliarden Euro schwere Flughafen-Leasingvereinbarung mit Fraport AG-Slentel erreicht haben.

Weitere zur Privatisierung anstehende Unternehmen sind die Hellenic Telecom SA, Hellenic Petroleum SA, der staatliche Gaslieferant Depa SA und eine 17-Prozent-Beteiligung an Public Power Corp. SA. Der HRADF rechnet zudem im kommenden Jahr mit Privatisierungserlösen aus Immobilienverkäufen von 100 Millionen Euro. nd

Die Gewerkschaftsaktivistin Anastasia Frantzeskaki warnt vor den Folgen der Privatisierungen in Griechenland

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras hat vor kurzem ein Reformpaket verabschiedet, das Teil des Abkommens mit den Kreditgebern ist. Sind Sie noch zuversichtlich, was die Zukunft Griechenlands angeht?

Das ist ein großes Thema. Es geht um die Frage, ob die Austeritätsmaßnahmen, die seit fünf Jahren von Griechenland gefordert werden, die richtigen sind. SYRIZA war immer gegen diese Maßnahmen - und ist es immer noch. Doch die Anstrengungen der griechischen Regierung seit Tsipras' Wahlsieg im Januar, die EU-Partner von einem Politikwechsel zu überzeugen, waren nicht von Erfolg. Tsipras und SYRIZA haben keine andere Wahl, als die ihnen von den Kreditgebern aufgedrückten Maßnahmen umzusetzen und dabei zu versuchen, innerhalb dessen das Beste herauszuholen.

(..) *Ein Teil der Abmachungen zwischen Athen und den Institutionen sind weitere Privatisierungen. Wie ist da der Stand der Dinge?*

Das Privatisierungsprogramm ist mehr oder weniger wieder auf dem alten Pfad. Unter anderem sind 14 Flughäfen, die Eisenbahn und Griechenlands wichtigste Häfen wieder zu verkaufen. Was den Hafen von Piräus angeht, arbeitet der griechische Privatisierungsfonds HRADF gerade an drei sehr wichtigen Dokumenten: an der Kaufvereinbarung über die Geschäftsanteile, dem Konzessionsvertrag zwischen dem griechischen Staat und dem Hafen von Piräus sowie dem Gesellschaftsvertrag. Diese drei Texte sollen fertig werden, bevor die Käufer ihre verbindlichen Angebote abgeben. Doch selbst der Minister für maritime Angelegenheiten wusste bis vor kurzem nicht, was in diesen Papieren steht.

Sowohl die Gewerkschaften als auch die Hafenbehörde von Piräus wissen nichts - weder über die Dokumente noch über den Stand der Verhandlungen. All dies macht der Privatisierungsfonds. Dabei wusste der Fonds bis vor kurzem noch gar nicht, wie viel der Hafen eigentlich wert ist, den er zu einem bestimmten Preis verkaufen will!

Ein Teil des Hafens ist bereits an den chinesischen Cosco-Konzern verpachtet, der jetzt die Mehrheit kaufen soll.

Dies ist auch sehr ungewöhnlich. Damit wird die Mehrheit der Anteile an einen einzigen Käufer veräußert. So wird öffentliches Eigentum zum privaten Monopol von Cosco. Dabei ist der Hafen von Piräus der wichtigste des Landes und einer der größten am Mittelmeer. Und auch das Privatisierungsmodell ist sehr ungewöhnlich. Normalerweise wird verpachtet. Dabei behält der Staat das Land und mehrere Konzerne erhalten Konzessionen für diverse Aktivitäten, zum Beispiel den Betrieb des Containerterminals. So können diverse Arbeitnehmerrechte gewahrt werden, wie Gesundheits- oder Sicherheitsregeln. Doch im Falle des Hafens von Piräus ist davon nicht die Rede. Im Hafen von Piräus arbeiten derzeit 1100 Menschen. Wir haben eine starke Gewerkschaft und obwohl wir tiefe Einschnitte bei unseren Löhnen hinnehmen mussten, konnten wir unsere Arbeitsrechte erfolgreich verteidigen. Aber wenn die Privatisierung weitergeht, werden wir alle höchstwahrscheinlich einige Monate nach der Privatisierung entlassen. Einige von uns werden danach neue Verträge bekommen - jedoch ohne die jetzigen Arbeitnehmerrechte.

Wie werden sich die Privatisierungen auf den Rest der Gesellschaft auswirken?

Das Leben wird teurer werden. Viele Inseln sind nur über Fährverbindungen zum Hafen von Piräus mit dem Festland verbunden. Da werden sicherlich die Preise angehoben. Doch dies gilt auch für andere Privatisierungsvorhaben wie die Stromversorgung. Und das Gesundheitssystem wurde zum Teil ebenfalls privatisiert, was bedeutet, dass man jetzt für bestimmte medizinische Leistungen zahlen muss.

Hätten Sie sich mehr Unterstützung aus Europa in Ihrem Kampf gegen Privatisierung in Ihrem Land gewünscht?

Nein. Zumindest was die Hafenarbeitergewerkschaften angeht, ist dies nicht der Fall. Wir haben die volle Unterstützung unserer Kollegen vom International Dockworkers Council. Erst vor kurzem hatten wir in Thessaloniki eine Generalversammlung für die Hafenarbeiter in der Eurozone. Dort haben wir eine Reihe gemeinsamer Aktionen beschlossen.

http://www.neues-deutschland.de/artikel/989266.das-leben-wird-teurer-werden.html

Auf Einladung der Linksfraktion im Bundestag berichteten am 2. November in Berlin drei griechische Gewerkschafter über die Privatisierungsfolgen.

Anastasia Frantzeskaki, Mitglied der **Hafenarbeitergewerkschaft** (…) wies außerdem darauf hin, dass die meisten Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind, im größten Passagierport Europas ankamen und weiterreisten. Während die griechische Linksregierung versuchte, sich solidarisch mit den Flüchtlingen zu zeigen, hätte ein privater Investor daran sicher kein Interesse.

Die **staatliche Eisenbahn** steht ebenso auf dem Einkaufszettel des Quartetts. Eisenbahngewerkschafter Kostas Genidounias zählte die Resultate der neoliberalen »Modernisierungsmaßnahmen« auf, die die »Troika« 2010 verschrieben hatte: Ein Drittel des Liniennetzes sei bisher stillgelegt und 3.000 Arbeiter seien »umtransferiert« worden. Sie müssten nun Tätigkeiten ausüben, die nicht ihrer Qualifikation entsprächen. Zugführer putzten heute Büroräume. Zwischen 45 und 55 Prozent der Einkommen seien gekürzt worden. Bei Zugunglücken könne nicht mehr adäquat geholfen werden. Mindestens 1.500 Neueinstellungen seien dringend nötig, so Genidounias. Das Kabinett von Ministerpräsident Alexis Tsipras stehe hier auch in der Verantwortung. Noch 2013 habe dieser die Bahnangestellten zum Streik gegen weitere Privatisierungsmaßnahmen ermutigt. In der Regierung setze er hingegen einen rigorosen Sparkurs durch.

Flora Papadede, von der Gewerkschaft der Elektrizitätsmitarbeiter, verwies darauf, dass das **nationale Elektrizitätsnetz** zerstückelt werden solle. Im heimischen Parlament habe sich der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Jeroen Dijsselbloem, gegen die Privatisierung des Stromnetzes ausgesprochen, wohl wissend, dass für ein souveränes Land der staatliche Energiesektor unverzichtbar ist. Doch was für die Niederlande gelte, komme für Griechenland nicht in Frage.

http://www.jungewelt.de/2015/11-05/038.php
http://www.linksfraktion.de/nachrichten/ausverkauf-griechenlands-angriff-demokratie/

Zum Generalstreik in Griechenland am 12. November: Solidaritätserklärung aus Frankfurt/M

Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt solidarisch mit dem griechischen Widerstand gegen das Memorandum!

Das Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt-RheinMain begrüßt den Widerstand der griechischen Beschäftigten gegen die Privatisierungen und den Ausverkauf der staatlichen Betriebe der Wasserversorgung, der Häfen und Flughäfen, gegen die katastrophalen Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen, gegen die neuerlichen Renten- und Lohnkürzungen, gegen die “Deregulierungen” und die angekündigten Entlassungen im öffentlichen Dienst, kurz: gegen die Politik der Memoranden und der Zwangsverschuldung.

Wir unterstützen die Forderung, Ärzt_innen, Pflegepersonal und Lehrer_innen mit menschenwürdigen Arbeitsverträgen in ausreichender Anzahl einzustellen. Für eine ausreichende medizinische Versorgung der griechischen Bevölkerung fehlen zurzeit 30.000 Gesundheitsarbeiter_innen!

Das Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt-RheinMain unterstützt den antirassistischen Kampf der griechischen Bevölkerung, die sich für offene Grenzen einsetzt. Am Fluss Evros an der griechisch-türkischen Grenze planen griechische Flüchtlingshelfer_innen und Menschenrechtsaktivst_innen für den 23. und 24. Januar 2016 wirksame Protestaktionen gegen die Festung Europa. Wir danken den griechischen Aktivist_innen für ihr humanitäres Engagement!

Unsere Solidarität gilt der griechischen Forderung nach gleichen sozialen und Arbeitsrechten für alle, auch für Flüchtlinge, Migrant_innen und Asylbewerber_innen.

Zur materiellen Not der griechische Bevölkerung kommt nun noch die unvorstellbare Not der Flüchtlinge. Um so dringlicher ist die Forderung nach einer gut funktionierenden Gesundheitsversorgung sowie nach einer personell wie materiell ausreichend ausgestatteten Kommunalverwaltung.

Wir wollen die Griechinnen und Griechen nicht allein lassen in ihrem Kampf um ein solidarisches Europa. Das geht uns alle an. Europa gehört den Menschen, nicht den Konzernen!

Solidarität mit den Aktionen am 12. November 2015 in Griechenland!

http://griechenlandsoli.com/

Aktuelles hier: http://www.neues-deutschland.de/artikel/990981.griechenland-generalstreik-gegen-glaeubiger-auflagen.html

Angriffe auf die Rechte der abhängig Arbeitenden

- **in Griechenland:** Die Senkung der Löhne konnte wesentlich dadurch durchgesetzt werden, dass das Tarifvertragssystem radikal verändert wurde. Jetzt gibt es neue Verhandlungen. http://griechenlandsoli.com/2015/10/26/kapital-gegen-arbeit-kampf-um-das-tarifvertragssystem-in-griechenland

- **in der gesamten Europäischen Union**: Der EU-Kommissionspräsident Juncker will Wettbewerbsräte einsetzen, um die Wirtschaftspolitik in der EU zu „koordinieren“. Dagegen läuft der Deutsche Gewerkschaftsbund Sturm. : Artikel von Stephan Kaufmann und Stefan Sauer in der Berliner Zeitung (2.11.) http://www.berliner-zeitung.de;
Stellungnahme des DGB: http://www.dgb.de/presse/++co++446a5392-7c8a-11e5-aa59-52540023ef1a
S. auch: http://griechenlandsoli.com/2015/10/28/loehne-sollen-geschliffen-werden-nach-dem-laborexperiment-in-griechenland-nun-in-europa/

- **in Deutschland:** Wirtschaftsweise halten Flüchtlingskosten für verkraftbar. Nach den Wirtschaftsweisen muss dazu nur der Mindestlohn gesenkt oder wenigstens nicht mehr erhöht werden - und die ohnehin nicht flächendeckend eingeführte Mietpreisgrenze sollte wieder abgeschafft werden... Es wird nichts vorgeschlagen, um durch eine Steuerreform (stärkere Besteuerung der hohen Einkommen und der großen Vermögen, …) die notwendigen finanziellen Ressourcen für ein gutes leben für alle zu erhalten. Zum Bericht: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201516/wirtschafts-gutachten/jg15_ges.pdf

Austeritätspolitik in Portugal abgewählt

Seit den Parlamentswahlen am 4. Oktober hat sich die politische Landschaft Portugals dramatisch verändert. Die Linksparteien haben sich zusammengerauft und wollen mit ihrer Mehrheit einen »Richtungswechsel durchsetzen: weg von der Austerität« und hin zur »Verteidigung des Sozialstaats«. Zugleich soll die von EU, Berlin und Internationalem Währungsfonds (IWF) geforderte Privatisierung öffentlicher Betriebe und Unternehmen beendet und mehr in »Wissenschaft, Innovation, Bildung und Kultur investiert« werden. Vor allem aber war geplant, den von der »Troika« (EU, Europäische Zentralbank, IWF) dem Lande aufgezwungenen »Sparhaushalt« 2016 zu kippen.

Das hatte **Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva verhindern wollen:** Er hatte die Verfassung außer Kraft gesetzt, um eine Regierungskoalition aus Sozialisten, Kommunisten und dem portugiesischen Linksblock zu verhindern, die zusammen im Parlament über die Mehrheit der Sitze verfügen. Die alte Koalition sollte als Minderheitsregierung unter Pedro Passos Coelho weiterregieren. Silva: *»In 40 Jahren Demokratie war noch keine Regierung in Portugal auf die Unterstützung antieuropäischer Kräfte angewiesen, auf Kräfte, die gegen den Vertrag von Lissabon, den Fiskalpakt, und den Stabilitäts- und Wachstumspakt sind und die Währungsunion demontieren und Portugal aus dem Euro führen und auch die Auflösung der NATO wollen.«*

Silva verfügte einfach, dass er die Kommunisten und den Linken Block nicht in der Regierung haben wolle, Demokratie hin oder her. Warum er das tut, sagte er im nächsten Satz: *»Im Rahmen meiner verfassungsmäßigen Befugnisse ist es meine Pflicht, alles zu tun, damit keine falschen Signale an die Finanzinstitute, Investoren und Märkte gesandt werden.«*

Der **erfolgreiche Misstrauensantrag** am 10.11. mit 123 gegen 107 Stimmen wurde von der Sozialistischen Partei (PS), dem Linksblock (BE), der Kommunistischen Partei (PCP) und den Grünen (PEV) unterstützt. Diese Parteien hatten sich am 8.11. auf ein Regierungsprogramm geeinigt. Sie wollen die Deckelung der Renten beenden und Kürzungen diverser Sozialleistungen rückgängig machen. Weitere Privatisierungen sollen ausgeschlossen und Wasser als öffentliches Gut anerkannt werden. Zudem will das Bündnis Verschlechterungen beim Kündigungsschutz sowie Lohn- und Gehaltskürzungen der vergangenen Jahre zurücknehmen. Für untere Einkommen sind Steuererleichterungen vereinbart; höhere Einkommen sollen stärker belastet werden.

Aus: Jungewelt vom 30.10.2015 und attac De

Full Contents of the Agreement between Socialist Party and Left Bloc
http://www.esquerda.net/en/artigo/full-agreement-between-socialist-party-and-left-bloc/39543

What will happen after this weekend’s agreement between the Socialists, the Left Bloc and the Communists?
http://www.esquerda.net/en

Viele Infos über Portugal: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Portugal1 http://www.labournet.de/category/internationales/portugal/

Michel Husson
Die «gute Drachme»? Ein Beitrag zur Griechenlanddebatte

Der Austritt aus dem Euro wird fast immer als eine Art Zauberstab dargestellt, mit dessen Hilfe man der Beherrschung durch den Finanzkapitalismus wie auch den inneren Widersprüchen zwischen Arbeit und Kapital entkommen könnte. Doch es handelt sich dabei nicht wirklich um einen Königsweg. Es besteht die Gefahr, aus dem Euro-Austritt die Lösung aller Probleme der griechischen Wirtschaft zu machen, ob es nun um die Produktionsstrukturen oder die Macht der Oligarchie geht.

Die Niederlage der Regierung Tsipras gegenüber dem Diktat der Troika ist eine schmerzliche Niederlage. Für sie gibt es Gründe: die Unterschätzung der Gewalt der «Institutionen» mit ihrer Mischung aus Wirtschaftsfanatismus und politischem Willen, eine Alternative im Keim zu ersticken; das Fehlen von materiellen Elementen eines Bruchs, der vor allem über eine einseitige Aufkündigung der Schuldenzahlungen laufen müsste; der fehlende Aufbau eines ideologischen Kräfteverhältnisses im Innern, das für diesen Bruch nötig wäre; die Unfähigkeit, das NEIN beim Referendum als Gelegenheit zu einem solchen Bruch zu begreifen; das Fehlen politischer Unterstützung durch andere Regierungen und die schwache Unterstützung durch die sozialen Bewegungen.

Häufig wird daraus die Schlussfolgerung gezogen, nun sei die Stunde der Entscheidung gekommen, entweder Bruch oder Untergang. Möglicherweise bleibt heute in Griechenland keine andere Wahl mehr als der Grexit. Darüber kann man diskutieren. Doch das bedeutet nicht, dass man daraus eine neue strategische Orientierung für ganz Europa ableiten kann. Diese binäre Entscheidung – Kapitulation oder Grexit – stellt eine Verkürzung dar, bei der alle dazwischen liegenden Elemente verloren gehen, die für den Aufbau eines besseren Kräfteverhältnisses wichtig sind.

Ich war nie gegen einen Euro-Austritt. In einem Artikel von 2011 schrieb ich: «Der Austritt aus dem Euro ist … keine Vorbedingung. Er ist eine Waffe, die man als letztes Hilfsmittel einsetzen kann. Der Bruch muss vor allem an zwei Punkten erfolgen, die wirklichen Manövrierspielraum schaffen können: die Verstaatlichung der Banken und die Ablehnung des Schuldendienstes.»

Schulden in Euro

Jeder wird zustimmen, dass die Schlüsselfrage für Griechenland die nicht rückzahlbaren Schulden sind. Prioritär ist also ein einseitiges Moratorium, danach die (völlige oder teilweise) Schuldenstreichung. Aber weshalb sollten diese Maßnahmen einen Austritt aus dem Euro erforderlich machen? Mir wollte nie einleuchten, dass zwischen diesen beiden Maßnahmen ein direkter Zusammenhang bestehen soll. *Nehmen wir einmal an, Griechenland träte aus dem Euro aus.*

Fall 1: Es zahlt seine Schulden weiter. Das ist doch absurd, wird man sagen, aber viele Vertreter eines Ausstiegs aus dem Euro schließen eigenartigerweise diese Möglichkeit nicht aus. Wenn die Schulden in Euro zurückgezahlt werden müssen, würden sie real (wegen der Abwertung der Drachme) deutlich steigen. Würden sie in Drachmen zurückgezahlt, liefe das auf einen Schuldenschnitt von 20% hinaus, wenn die Drachme um 20% abgewertet würde. Doch die Gläubiger werden einen solchen Abschlag nicht hinnehmen ohne zu reagieren und Gegenmaßnahmen zu ergreifen, zu denen auch die Spekulation gegen die neue Währung gehört.

Das gilt auch für ***Fall 2***: Der Ausstieg aus dem Euro wird von einem teilweisen oder völligen Schuldenschnitt begleitet. Giannis Milios, der frühere Wirtschaftsberater von SYRIZA, hat dazu gesagt, man könne sich leicht eine Situation vorstellen, in der Griechenland nach dem Austritt aus dem Euro nicht mehr über die nötigen Währungsreserven verfügt, um den Kurs der neuen Währung zu stützen; es müsste sich dann in der Eurozone oder anderswo frisches Geld leihen. Aber jede Verschuldung führt in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus zu einem Austeritätsprogramm. Wer wird das Land finanzieren, um den Kurs der neuen Währung zu stützen?

Die Gläubiger werden also immer zur Stelle sein, und der Übergang zur Drachme würde ihnen eine schwere Waffe in die Hand geben. Diese Waffe würde ihre Wirkung nur dann verlieren, wenn Griechenland eine ausgeglichene Handelsbilanz aufwiese. Hier greift nun das zweite Argument für einen Austritt aus dem Euro: Dank der Abwertung würden die griechischen Ausfuhren gesteigert und es käme dadurch zu einem Gleichgewicht im Außenhandel.

Andere Bruchpunkte

Doch bei diesem Szenario werden zumindest zwei Punkte vergessen:

Erstens die Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft. Jede Neubelebung der Wirtschaftsaktivität wäre mit einer Zunahme von Einfuhren vor allem bei Lebensmitteln, Medikamenten und Erdöl verbunden, deren Preise würden wegen der Abwertung steigen. Man kann sich natürlich eine Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik vorstellen, die diese Abhängigkeit abbaut, doch das wäre erst mittelfristig möglich.

Zweitens die Haltung der Kapitalisten. Deren Priorität liegt auf steigenden Profiten. Die kürzlich gemachten Erfahrungen zeigen, dass der Rückgang der Löhne in Griechenland nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu höheren Profitmargen beim Export geführt hat. Wenn man aber aus der Währung das Alpha und Omega des Griechenlandproblems macht, landet man bezüglich der Klassenverhältnisse in der griechischen Gesellschaft in der Sackgasse. Ein Ausstieg aus dem Euro stellt keinesfalls die innere oligarchische Struktur in Frage.

Ein weiterer Vorteil eines Ausstiegs aus dem Euro läge darin, das öffentliche Defizit wieder über die Nationalbank, also unabhängig von den Finanzmärkten, finanzieren zu können. Aber auch hier ist der Austritt aus dem Euro keine Vorbedingung für die Suche nach anderen Finanzquellen. Die Verstaatlichung der Banken mit einer vorgeschriebenen Quote an Staatsanleihen wäre ein anderer möglicher Finanzierungsweg, ebenso die Beschlagnahme der Zentralbank. Das wäre auch eine Art von Bruch mit dem jetzigen System der Wirtschafts- und Währungsunion.

Ausstieg aus der Klassengesellschaft

Die Fixierung auf die Währung ist gefährlich, weil sie eine Reihe von wichtigen Problemen in den Hintergrund rückt, die mit den Klassenverhältnissen zu tun haben und nicht an den Landesgrenzen Halt machen. Griechenland ist keine «proletarische Nation», die dem Joch des Euro unterworfen ist, sondern eine Klassengesellschaft. Die Summe der in den vergangenen zehn Jahren ins Ausland geschafften Gelder ist etwa gleich hoch wie die Gesamtverschuldung des Landes. Das hat nichts mit dem Euro zu tun, und eine Rückkehr zur Drachme würde daran nichts ändern. Sie würde Steuerflüchtigen sogar ermöglichen, einen Teil ihres Kapitals zurückzuführen und einen Zusatzprofit in der Größenordnung der Abwertung zu realisieren.

Natürlich treten wir für eine Steuerreform und viele weitere Maßnahmen ein, werden die Anhänger eines Austritts aus dem Euro antworten. Doch diese Teile des Programms werden auf den zweiten Platz verwiesen. Im übrigen ist es unmöglich zu beweisen, dass ein Austritt aus dem Euro deren Umsetzung einfacher machen würde. Statt Tsipras vorzuwerfen, keinen Plan B für einen Austritt aus dem Euro vorbereitet zu haben, muss man ihm den Vorwurf machen, nicht vom ersten Tag an Kapitalverkehrskontrollen eingeführt zu haben, was er abgelehnt hat, um die Institutionen von seinem guten Willen zu überzeugen.

Die Argumentation zugunsten eines Euroaustritts beruht letztlich auf dem Postulat, Währungswechsel und Zahlungsausfall seien eng miteinander verbunden. Diese Verbindung ist jedoch höchst diskutabel. Die Logik würde einen Stufenplan nahelegen: Zuerst der Zahlungsausfall, weil er die notwendige Bedingung für eine Neuorientierung der griechischen Wirtschaft ist. Sodann die notwendigen Begleitmaßnahmen, also die Verstaatlichung der Banken, die Übernahme der Nationalbank, Kapitalverkehrskontrollen und ggf. die Schaffung einer parallelen Währung. Das wäre ein kohärentes Programm, das grundlegende Brüche mit den europäischen Spielregeln erfordert, doch nicht a priori den Austritt aus dem Euro verlangt. Der Austritt aus dem Euro ist kein Programm, sondern nur ein Hilfsmittel für bestimmte Fälle. Die Fetischisierung der Währung schafft nur Illusionen in die «gute Drachme», die sind aber mindestens genauso schlimm wie die in den «guten Euro» – die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden in eine national-monetäre Richtung umgebogen.

Übersetzung: Paul B. Kleiser

http://www.sozonline.de/2015/09/die-gute-drachme/

Michel Husson hat an der Erarbeitung des Berichts der Wahrheitskommission über die griechischen Staatsverschuldung mitgearbeitet. http://hussonet.free.fr/ . Mehrere Übersetzungen in SiG (115, 103, 100, 93, 87, 83, ...)

Koordinierungskreis von Attac Deutschland
Nicht Austritt oder Abschaffung des Euro ist das Ziel, sondern der offensive Bruch von Europlus-Pakt, ESM, Fiskalpakt und ähnlichen Verträgen

Thesen zur Debatte um Griechenland und den Euro, 28.08.2015

1. Es ist nicht Aufgabe fortschrittlicher Bewegungen in Europa oder Deutschland, zu entscheiden, wie Griechenland mit der Erpressung durch den IWF, die EU und vor allem die deutsche Bundesregierung umgehen soll. Antworten darauf können nur die dortige Öffentlichkeit und die dortige Regierung finden – und sie werden es tun. Für Attac ist klar, dass es unsere Aufgabe ist, diesen Institutionen ihre Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland so schwer wie möglich zu machen. Das gelingt uns bisher noch nicht wirklich gut.

2. In zahlreichen Beiträgen haben sehr unterschiedliche Autor_innen in den letzten Wochen sehr ähnliche Einschätzungen der Situation gegeben. Zu nennen wären neben anderen
Etienne Balibar, Sandro Mezzarda und Frieder Otto Wolf: D as Diktat von Brüssel: Was folgt daraus? (1)
 Blockupy International: Let's raise our European OXI! (2)
 Z-Redaktion: Griechenland: Aus Niederlagen lernen (3)
Dies sind nicht die einzigen Meinungen, die vertreten werden, aber eine große Mehrheit der Stellungnahmen weist auf die tatsächlich ausweglose Lage der griechischen Regierung hin.
Womit wir zurück bei Punkt 1 wären.

3. In der Debatte um die ökonomischen Folgen eines möglichen (erzwungenen) Ausscheidens Griechenlands aus dem Euro, das die Verträge ausdrücklich nicht vorsehen, wird sehr stark auf die Veränderung von Export- und Importpreisen durch einen solchen Vorgang abgehoben.
Diese Hinweise sollen als solche gar nicht kritisiert werden, aber sie übersehen eine systemische Wirkung, die mit der Suspendierung des Euro als offizielles Zahlungsmittel in Griechenland wohl eintreten würde. Auch nachdem das geschehen wäre, hätten ja immer noch Leute mehr oder weniger Zugang zu Euros und die würden auch in Griechenland weiterhin als Zahlungsmittel angenommen. Und dann würde sich zeigen, wie moderne Währungen funktionieren.
Das real im Umlauf befindliche Geld ist bloßes Geldzeichen. In welchem Umfang es werthaltig ist, hängt von vielen Faktoren ab, aber kaum von dem Betrag, der ihm aufgedruckt ist. Der funktioniert nur, weil die Menschen daran glauben und Institutionen, in der Regel Staaten, in der Lage sind, die Geldfunktionen der jeweiligen Währung durchzusetzen. Gelingt dies nicht mehr, kann man dafür auch nichts mehr kaufen. Genau an dieser Linie würden sich Drachme und Euro in Griechenland unterscheiden: Vom Euro würden alle glauben, dass man dafür etwas kaufen kann, von der Drachme niemand. Und eine moderne Volkswirtschaft ohne Währung würde die Menschen für eine ganze Zeit vor kaum überwindbare Probleme stellen.

4. Grundsätzlich wäre mit dem (erzwungenen) Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro aber auch die Frage des Zusammenhalts oder der (zumindest Teil) Auflösung der EU oder doch des Euroraums gestellt. Eine sichere Prognose lässt sich für diese Entwicklung nicht geben, aber voraussehbar ist, dass die Auflösung einmal erreichter Integrationsebenen eine Menge Widersprüche aufwerfen würde. Solche Vorgänge in der Sowjetunion, im ehemaligen Jugoslawien und in Teilen Afrikas gingen bis zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen, ja Kriegen. Die Annahme wäre zumindest leichtfertig, dass dies in Mitteleuropa anders sein würde. Für die Wirtschaftseliten der deutschen Exportökonomie ist deren Stellung im Weltmarkt wesentliche Triebkraft politischen Handelns. Diese Weltmachtstellung hat sie weitgehend der EU-Integration und dem Euro zu verdanken und würde beides vermutlich kaum freiwillig und gewaltlos aufgeben. Auch nationale Eliten weiterer Staaten wären im Zweifel bereit, beim Zerfall der EU die Gewaltkarte zu ziehen. Schon im Herbst 1997 hatte der damalige Bundeskanzler Kohl darauf hingewiesen, dass ein Scheitern des Euro die Frage von Krieg und Frieden im Mitteleuropa wieder auf die Tagesordnung setzen werde. Deutschland ist als Exportökonomie auf den Zugang zu Weltgeld und damit auf den Euro angewiesen und hat ausreichend bewiesen, dass es seine Interessen inzwischen auch wieder militärisch zu verteidigen gedenkt. Und andere europäische Länder sind dazu ebenfalls bereit.

5. Auch die Diskussion darüber, ob der Euro denn langfristig funktionieren kann, lenkt (wie unter 3. die Export-Import-Debatte) vom Kern des Problems ab, ohne deshalb einfach nur falsch zu sein. Der Euro funktioniert nicht, das ist seit Jahren offensichtlich und von vielen klugen Leuten umfassend analysiert worden. Aber statt die Veränderungen vorzunehmen, die für ein Funktionieren notwendig wären, hat sich die EU ein Vertragswerk geschaffen, das ein Korsett von immer mehr und immer umfassenderen falschen Maßnahmen, Vorschriften und Institutionen um den Euro herumgelegt hat. Diese sind das eigentliche Problem, über das zu diskutieren wäre. Nicht Austritt oder Abschaffung des Euro ist das Ziel, für das fortschrittliche Gruppen und Menschen agieren sollten, sondern der offensive Bruch von Europlus-Pakt, ESM, Fiskalpakt und ähnlichen Verträgen muss die Zielrichtung sein.

(1) https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/etienne-balibar-sandro-mezzadra-frieder-otto-wolf/das-diktat-von-br%C3%BCssel-was-folg
(2) https://blockupy.org
(3) http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/1395.griechenland-aus-niederlagen-lernen.html

KONTEXT TV:
Interview von Harald Schumann auf der Sommerakademie von attac De
http://www.europa-neu-begruenden.de/wp-content/uploads/2015/09/Harald-Schumann-%C3%BCber-Griechenland-und-die-Zukunft-Europas-Transkription-Interview-auf-Kontext-TV-13-8-15-2.pdf

Brüssel: Märsche und Europäische Aktionstage im Oktober

Oxi! Basta! Enough! Bauen wir ein anderes Europa auf!
NEIN zu Austerität, Armut, TTIP, Rassismus und Korruption!
JA zur grenzenlosen Solidarität!

Märsche

Zu den **Brüsseler Aktionstagen für ein anderes Europa vom 15. bis 17. Oktober 2015 in Brüssel** sind seit Anfang Oktober zahlreiche Menschen aus verschiedenen Teilen Europas unterwegs gewesen, um auf ihre **Forderungen** aufmerksam zu machen, die gleichzeitig die Themen des europäischen Gegengipfels gewesen sind:

- Ende mit der **Austeritätspolitik** und dem bisherigen Umgang mit **Schulden**;
- Ablehnung von **Armut** und prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen,
- Ablehnung der **Freihandelsabkommen** (TTIP, CETA, TiSA, die EPAs etc.), deren Auswirkungen die Demokratie und den Planeten zerstören und nur die Macht der multinationalen Konzerne stärken;
- Auflehnung gegen **Rassismus** und Sexismus;
- Anprangern von Korruption und **Steueroasen**.

Es sollte aufgezeigt werden, dass es **Alternativen** zur aktuellen Dominanz des neoliberalen Politik- und Wirtschaftsmodells gibt.

Construyamos otra Europa
EuroMarchas2015
Gibraltar – Bruselas del 01 al 17 de octubre
¡oxi! ¡NO! ¡enough!
¡basta! austeridad
deuda
precariedad TTIP
paraisos fiscales
corrupción
Columna Suroeste
Información: euromarchas2015.net

Der spanische Marsch startete in Cadiz (Andalusien) und passierte am 1. Oktober **Gibraltar**, eine der **Steueroasen** auf europäischem Boden. Konsequent wurde von der Verwaltung dort ein Demoverbot für die Aktivisten mit der möglichen Störung des öffentlichen Friedens begründet.



Im weiteren Verlauf ging es von **Sevilla** nach **Merida**, dabei wurde mit der **Estremadura** eine der ärmsten Gegenden Spaniens passiert. Dort ging es um die Unterstützung von Familien, die leerstehende Häuser im Besitz einer Bank besetzt halten *(Motto: Keine Familie ohne Obdach, kein Haus ohne Familie!*), um die Aussaat gentechnisch veränderter Pflanzen auf den Feldern und den Zusammenhang mit dem TTIP-Abkommen. (…)



Am Ende der dritten Etappe gelangten die TeilnehmerInnen nach **Madrid** und wurden dort von 10000 Menschen empfangen, desgleichen von der neuen **Stadtregierung** in offizieller Form. Gefordert wurde ein anderes Europa, das *„möglich ist, weil es notwendig ist: Ein solidarisches und demokratisches Europa."* Als kultureller Beitrag führte in Madrid der in der Bewegung des 15. Mai (Indignados) entstandene Aktivistenchor **SOLFONICA** eine komische Oper auf.

Im weiteren Verlauf ging es am 7. Tag von Barcelona über Andorra nach Toulouse. Höhepunkt des Tages war, nach einem Treffen mit Gewerkschaftern, die Demonstration gegen die sogenannten Steuerparadiese in Andorra, einer weiteren solchen Zone in Europa.

Unter dem Banner **„Steueroasen sind organisierte Kriminalität"** wurde die in Gibraltar verbotene Demo nachgeholt.

*Bericht von Hans-Hermann Labohrer, Attac Saarland auf der Grundlage von Texten von Attac Frankreich und von der Seite der Märsche, www.Euromarchas2015.net (dort gibt es auch ein **Videotagebuch** des Marsches sowie das **Manifest** der Europäischen Märsche in deutscher Übersetzung)*



Ankunft der Märsche in Brüssel am 15. Oktober 2015

Aktionstage in Brüssel und Namur, 15.-17. Oktober

Video von 6 Minuten über diese drei Tage: http://www.zint-v.org/3-journees-d-actions-contre-les).

Umzingelung des EU-Gipfels am 15. 10. Ca. 2000 Menschen nahmen daran teil. Bilanz von Felipe van Keirsbilck, AlterSummit: http://www.zintv.org/Bilan-de-l-encerclement-du-sommet „Es haben sich Menschen aus mehreren europäischen Ländern zusammen gefunden. Wir haben es nicht geschafft, das Abhalten des EU-Gipfels zu verhindern – aber in ihren Erklärungen reagieren sie auf uns; die Ablehnung von TTIP wächst.
Nach diesem Coup im Juli gegen Griechenland, der zu einer Spaltung der Linken in Griechenland und in Europa geführt hat, kommt es darauf an, einen europaweiten Widerstand aufzubauen und die Konvergenz zwischen den Bewegungen voranzutreiben. Dazu dienen die Konferenzen am 16.Oktober."



Demonstration und Aktionen gegen die Armut am 16. Oktober in Namur, von einem Bündnis aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften organisiert http://rwlp.be

Demonstration in Brüssel am 17. Oktober
(viele Fotos: http://www.wir-sind-boes-hamburg.de/; Video: http://www.indignez-vous.be/index-StreamLiveBelgium.html) .



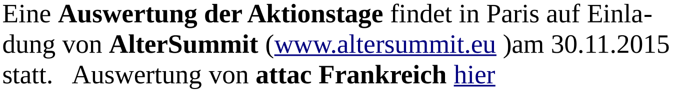




Zur Schaffung von Konvergenzen und zur inhaltlichen Klärung zwischen den noch sehr zersplitterten (Ein-Punkt)-Bewegungen in Europa fanden am 16. Oktober mehrere **Konferenzen** statt, deren Ergebnisse nach und nach veröffentlicht werden.
- Bürgerkonferenz über die Schulden (s. nächsten Artikel)
- Auswirkungen des sozialen Dumpings auf die Gesellschaft
- TTIP und CETA
- Klimagerechtigkeit, Landwirtschaft und Freihandel
- Alternative Migrationspolitik für Europa
- Ein europäisches OXI!: unsere solidarischen Alternativen aufbauen!
- Versammlung mit der griechischen Delegation (Hauptthema: Arbeitsrecht)
- Europaweites Vernetzungstreffen zum Gesundheitswesen







Eine **Auswertung der Aktionstage** findet in Paris auf Einladung von **AlterSummit** (www.altersummit.eu)am 30.11.2015 statt.   Auswertung von **attac Frankreich** hier

Wie weiter?
*In den nächsten Monaten stehen mehrere **Herausforderungen für die emanzipatorischen Kräfte in Europa** an: Das autoritäre Plattmachen linker Lösungsansätze für die Wirtschafts- und Schuldenkrise und eine Fortführung der Troika-Maßnahmen in Griechenland treffen zeitlich zusammen mit dem Fehlen einer menschenwürdigen gesamteuropäischen Lösung für die nach Europa flüchtenden Menschen.*
In vielen Bereichen und Ländern gibt es Widerstand, es formieren sich in mehreren Ländern politische Koalitionen, die mit der Austeritätspolitik brechen wollen. Eine viel stärkere **Koordination** der einzelnen Bewegungen ist notwendig, und der überfällige **Klärungsprozeß** über gemeinsame Ziele sollte möglichst viele Bewegungen und Organisationen einbeziehen. Konferenzen in den nächsten Monaten könnten dazu beitragen.

Die Daumenschraube für **Griechenland** wird weiter gedreht; die vorgesehenen Maßnahmen des dritten Memorandums, die sich gegen die griechische Bevölkerung richten und sie keineswegs „retten", haben wie die vorangegangenen Maßnahmen das Ziel, jegliche politische Alternative in Europa zu vereiteln.
Attac Griechenland nennt folgende Punkte:
a) den **Flüchtlingen** willkommen heißen und deren Wohlergeben gewährleisten; Ablehnung einer Fortführung der Frontexpolitik.
b) Gegen die **Umsetzung des 3. Memorandums** – the same procedure as every month: dem Quadriga ist es nicht genug, also werden versprochenen weitere Kredite nicht ausgezahlt. Eine Kritik an dem 3. Memorandum ist zu entfachen, s. z. B. hier und hier , eine konkrete Unterstützung der Kämpfe gegen Privatisierungen und Aushöhlung des Arbeitsrechts ist zu stärken (hier).
c) wenn schon eine Rekapitalisierung der **Banken** stattfinden soll, dann sollte der griechische Staat die Kontrolle über diese Banken übernehmen.
d) Über eine „Restrukturierung" der griechischen **Schulden** wird bald verhandelt – Es kommt darauf an, auf das „Wie" der Umstrukturierung Einfluss zu nehmen. Dafür ist der erste **Bericht der Wahrheitskommission** eine passende Grundlage (hier); die **Petition http://cancelgreekdebt.org/de/** hat die Marke von 100 000 Unterschriften überschritten und wurde am 4. November Thomas Wieser übergeben, Präsident vom Economic and Financial Committee (http://europa.eu/efc/index_en.htm).
Die Petition läuft aber weiter! *(Marie-D. Vernhes, 5.11.2015)*

Konferenz über die Schulden, 16.10.2015 in Brüssel



„Im Namen der Staatsverschuldung haben die Troika und die Eurogruppe Griechenland gezwungen, die Austeritätspolitik fortzusetzen. Die sogenannte "Einigung" vom 13. Juli hat gezeigt, dass die Staatsverschuldung eine Waffe ist, die Banker und Gläubiger den Bürgern an die Schläfe setzen, um ihnen Austerität, Unsicherheit und Ungerechtigkeit aufzuzwingen. (...) Viele Bewegungen in Europa verweigern diese Erpressung und suchen nach Alternativen.
***Erstes Ziel** dieser Konferenz wird es sein, das irreführende Gerede der Führungsebenen ("Wir haben zu viel ausgegeben, jetzt müssen wir dafür bezahlen") zu widerlegen. In mehreren Ländern haben Überprüfung der öffentlichen Verschuldung stattgefunden oder finden gerade statt und unsere Aufgabe ist es, die Lehren daraus zu ziehen und zu verbreiten.*
In Griechenland zum Beispiel hat eine Wahrheitskommission über die Staatsverschuldung versucht, die Entstehung und die Zusammensetzung der griechischen Staatsschulden sowie die Auswirkungen der Kreditbedingungen auf die Wirtschaft und die Bevölkerung darzustellen.
Wir müssen ein gemeinsames Verständnis darüber entwickeln, wie die Verschuldung systematisch als Machtinstrument im Kontext der Europäischen Union und der Eurozone verwendet wird: In Griechenland wie auch anderswo ist die Staatsverschuldung ein Mittel, die Interessen der Bevölkerungen den Interessen der Reichsten unterzuordnen.
*Ein **zweites Ziel** ist es, Vorschläge zu diskutieren, wie man auf demokratischem Weg der Staatsschuldenspirale entkommen kann.“* (aus der Einladung zu dieser Konferenz)

Diese Konferenz war auf dem Weltsozialforum im März 2015 beschlossen worden, organisiert wurde sie von CADTM (www.cadtm.org) und vom Europäischen Attac Netzwerk unter der Federführung von Attac Frankreich. An dieser Konferenz nahmen 200 bis 250 Menschen teil.

Vorträge über die Aktivitäten zur Schuldenüberprüfung und Kritik am politischen Umgang mit den Schulden:

- Michel Husson (Mitglied von CAC France, www.audit-citoyen.org **,** http://hussonet.free.fr/) beschrieb die Tätigkeiten des französischen Netzwerks *(SiG-Veröffentlichungen dazu in SiG 93, http://sandimgetriebe.attac.at/9851.html und SiG 94, http://sandimgetriebe.attac.at/9962.html; Flugschrift „Falsche Behauptungen über Griechenlands Schulden http://www.attac.de/uploads/media/sig_sn_Juni_15_falsche_Behauptungen_ueber_Griechenlands_Schulden.pdf)*

- Thanos Contargyris (Attac Griechenland), Mitglied der Wahrheitskommission des griechischen Parlaments, ging auf die griechische Staatsverschuldung ein; Vortrag (auf Französisch): http://cadtm.org/IMG/pdf/La_verite_sur_la_dette_de_la_Grece_-_BRX-2.pdf ;

- Aïcha Magha (ACiDe / FGTB Wallonne) berichtete über den Aufbau eines nationalen Netzwerks zur Staatsverschuldung in Belgien **:** http://www.auditcitoyen.be/lacide/ , das Video von 4 Min „Wer profitiert von der Verschuldung?“ rief Begeisterung hervor http://www.auditcitoyen.be/a-qui-profite-la-dette/

- Ludovica Rogers (Debt resistance Uk http://debtresistance.uk/) berichtete über das Netzwerk und über die LOBO-Kredite, Vortrag: http://cadtm.org/IMG/pdf/LADA_for_Debt_Conference_-_Brussels_-_Rogers-2.pdf

- Auch Marco Bersani (Präsident von ATTAC Italien) (http://www.italia.attac.org) und **Yago Alvarez Barba (PACD, Spain,** http://auditoriaciudadana.net/) konzentrierten sich auf die Aktionen und Überprüfungen auf lokaler Ebene: http://cadtm.org/IMG/pdf/Speech_Bruselas_.pdf (s. Auch den Artikel http://www.citizen-audit.net/half-a-million-citizens-in-spain-now-have-control-over-municipal-government-accounts/

Der Nachmittag war der Frage gewidmet: was tun gegen die Austeritätspolitik und die Schuldenpolitik?

Mit Beiträgen von **Conrad Schuhler** (s. Artikel unten),
Zoe Konstantopoulou (frühere Präsidentin des griechischen Parlaments) : Video of Zoe Konstantopoulou’s speech,
Myriam Djegham (Gewerkschaft CSC, MOC, Belgien),
Philippe Lamberts (Grüner EU-Abgeordneter),
Miguel Urban (Podemos, Spain),
Bruno Théret (Wirtschaftswissenschaftler),
ein Schlusswort hatte **Eric Toussaint** (CADTM International)
Video of Eric Toussaint’s speech

Weitere Dokumente der Konferenz zurzeit auf der CADTM-Seite http://cadtm.org/European-Citizens-Assembly-on-debt

WAHRHEITSKOMMISSION über die griechischen Schulden:

Am 17.Juni hat die Wahrheitskommission für die griechischen öffentlichen Schulden ihren Bericht dem griechischen Parlament vorgestellt. *“Die hier vorgelegten Beweise zeigen, dass Griechenland nicht nur nicht in der Lage ist, die Schulden zu tilgen, sondern das auch nicht tun sollte, und zwar hauptsächlich weil die aus den Abkommen mit der Troika hervorgegangenen Schulden eine eindeutige Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger Griechenlands darstellen. Deshalb kommt die Kommission zu dem Schluss, dass Griechenland diese Schulden nicht zurückzahlen sollte, weil sie illegal, illegitim und verabscheuungswürdig sind.“*
ÜBERSETZUNG DES GESAMTEN BERICHTS http://www.attac.de/uploads/media/Wahrheitskommission_DE.pdf

Wir bitten euch darum, uns (SiG-Redaktion) durch eine Spende und /oder den Kauf des gedruckten Berichts bei der Finanzierung der Überprüfung und des Lektorierens zu unterstützen. Wir bedanken uns im voraus für die Unterstützung eines solchen Vorhabens! Wir bedanken uns auch hiermit bei den attac-Mitgliedern und SiG-LeserInnen, die schon gespendet haben! Der gedruckte Bericht (68 Seiten) kann jetzt bei der SiG-Redaktion (sig@attac.de) bestellt werden: Solidaritätspreis inkl. Porto: 5€ für 1 Heft, 8€ für 2 Hefte, weiteres Heft 4 €.

Conrad Schuhler

Deutschlands Schulden gestrichen, Griechenlands Schuldenregime verschärft

Deutschlands Schulden wurden gestrichen – in Griechenland wurde das Schulden-Regime verschärft – woher rühren die Unterschiede? In Wahrheit ist Deutschland der Schuldner.

Ende 2015 liegen die Schulden Griechenlands mit 316 Milliarden Euro bei 182 % des Bruttoinlandsprodukts. Das bisherige Verschuldungs- und Rückzahlungsprogramm hat das Land über den Rand des Abgrunds gedrückt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 26 %, die Jugendarbeitslosigkeit bei 52 %. Weit mehr als jeder dritte Grieche ist vom Armutsrisiko betroffen. Dennoch haben die Euro-Gewalten Hellas erpresst, ein drittes Memorandum hinzunehmen, das diesen Weg der wirtschaftlichen und sozialen Verwüstung gepaart mit immer höheren Auslandsschulden in schnellem Tempo weiter verfolgt. 2016 werden Sparmaßnahmen von 4,4 Milliarden Euro durchgesetzt, erzielt vor allem durch Kürzungen der Renten und Erhöhung der Beiträge und durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern. Die Staatsverschuldung wird auf 334 Milliarden Euro steigen, dann 192 % des Bruttoinlandsprodukts. Das BIP, das 2015 um 2,3 % gesunken ist, wird 2016 um weitere 1,3 % schrumpfen. Die Wirtschaftskraft sinkt weiter, das soziale Elend nimmt weiter zu, die Kreditlasten werden immer drückender.

Gleichzeitig hat die Troika der „Geldgeber“ jeden Versuch der Griechen, zu einem Schuldenschnitt zu kommen, brüsk zurückgewiesen. Das überwältigende Votum der Griechen in ihrem Nein-Referendum haben sie mit ihrem Finanzputsch beiseite gewischt. Die Alternative, die sie anboten: Entweder ihr fügt Euch oder ihr bekommt weder weitere Kredite noch Euro-Geld für euren Banken- und Zahlungsverkehr. Also einen Grexit zu den miserabelsten Bedingungen, die euch endgültig ins Aus manövrieren. Die Methode: Friss oder stirb.

Woher rührt dieser wirtschaftliche und soziale Wahnsinn, diese moralische Skrupellosigkeit?

Die Frage stellt sich noch schärfer, wenn man sich das völlig unterschiedliche Verfahren ansieht, nach dem die Westmächte gegenüber den Schulden Deutschlands in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg verfuhren. Nachkriegsschulden Deutschlands aus dem Ersten Weltkrieg waren bereits in den 30-er Jahren in Höhe von 110 Milliarden Reichsmark erlassen worden. Nun, bei der Londoner Schuldenkonferenz 1952/53 ging es um eine Gesamtforderung von rund 30 Milliarden DM. Diese Forderung wurde in London auf 13,7 Milliarden DM zusammengestrichen. Es fand also ein Schuldenschnitt von 60 % statt, die den West-Deutschen ersatzlos erlassen wurden. Und wichtiger noch: Alle Forderungen auf Reparationen – außerhalb der Ansprüche jüdischer Personen und Organisationen – wurden bis zum Abschluss eines förmlichen Friedensvertrages zurückgestellt.

Warum damals dieses große Entgegenkommen der Westmächte gegenüber West-Deutschland? Die Antwort liegt auf der Hand und wurde auch von den Propagandisten des Westens nie verschwiegen: Deutschland sollte zum ideologischen und militärischen Rammbock gegen das sozialistische Weltsystem werden. Dazu musste es wirtschaftlich gestärkt und sozial ansehnlich gemacht werden. Man kann sagen, dass diese Rechnung des Westens aufging. Deutschland wurde von der Hochrüstung inklusive Atomwaffen bis zur Exportweltmeisterschaft zur Dampfwalze der westlichen Politik.

Dabei half es ganz außerordentlich, dass es nie zu einem förmlichen Friedensvertrag mit Deutschland kam, also nie Reparationen fällig wurden. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, mit dem die deutsche Wiedervereinigung vertraglich besiegelt wurde, wurde ausdrücklich „anstatt eines Friedensvertrages“ geschlossen. Seitdem weigert sich die deutsche Regierung, über Reparationsfragen auch nur zu verhandeln.

Dies hat gerade auch für den Fall Griechenland eine enorme Bedeutung. Griechenland hatte bereits auf der Pariser Reparationskonferenz eine Forderung von 7,2 Mrd. US-$ (auf dem Preisniveau von 1938) gestellt. Es erhielt aber lediglich 25 Mio $, also rund 0,3 % der Forderung. Im April 2015 hat die griechische Regierung eine Studie vorgestellt, worin die Forderungen Griechenlands an Deutschland wegen „des wirtschaftlichen Schadens und der Verluste, die das Land hinnehmen musste“ durch den Krieg und die Besatzung durch die NS-Armee auf heute 279 Milliarden Euro beziffert werden. Der Betrag beinhaltet 10,3 Milliarden Euro für eine Zwangsanleihe des NS-Regimes in Griechenland sowie Reparationszahlungen an Einzelpersonen und Zahlungen für zerstörte Infrastruktur.

Die prinzipielle Berechtigung der griechischen Reparationsansprüche wird selbst von konservativen Vertretern der deutschen Eliten wie Bundespräsident Gauck nicht bestritten. Legt man die genannten Zahlen zugrunde, dann liegen die Schulden, die Deutschland gegenüber Griechenland zu zahlen hat, nahe der Gesamtsumme der gesamten griechischen Auslandsschulden. In Wahrheit ist Griechenland der Kreditgeber und Deutschland der zahlungsunwillige Schuldner.

Die kulante Behandlung Deutschlands, haben wir gesagt, war zurückzuführen auf die politische Strategie des Westens, Deutschland zum Glacis gegen das sozialistische Weltsystem zu formen. Welche politischen Ziele verbergen sich jetzt hinter der systematischen Ruinierung Griechenlands?

In diesem Punkt hat sich auch Syriza verschätzt. Die linke Regierung ging davon aus, dass die Euro-Gewalten davor zurückscheuen würden, Griechenland aus dem Euro zu stoßen, dass sie zu Zugeständnissen bereit wären, um Griechenland drin zu halten. Syriza verkannte die im Laufe der letzten Zeit verdichtete Maxime des Euro-Kapitals: Griechenland muss vor allem genutzt und benutzt werden, um aller Welt zu demonstrieren, dass es kein Entkommen aus dem Euro-Regime geben kann. Linken Gruppen und Parteien in Spanien, in Irland, in Portugal, überall in Euro-Land soll demonstriert werden, dass Auflehnung chancenlos ist. Den Wählern soll gezeigt werden, dass demonstrative Wahlentscheidungen wie das Nein der griechischen Mehrheit zu den Spardiktaten aus Brüssel nichts fruchten.

Das Schulden-Regime gegenüber Griechenland soll die demokratische Alternative für ein anderes Europa niederhalten.

*Der Text wurde vorgetragen auf der Schuldenkonferenz in Brüssel am 16.10.2015 auf französisch vorgetragen und durch Hinweise auf Aktionen in Deutschland zur Rückzahlung des Kredits an Griechenland und zur Zahlung von Kriegsreparationen ergänzt (dazu: mehrere Veröffentlichungen in **Sand im Getriebe**: Arbeitskreis Distomo in SiG 115 , Manolis Glezos in SiG 114)*

Erlassjahr
UNO beschließt Prinzipien für fairen Umgang mit überschuldeten Staaten

Am 10. September 2015 hat die UN-Vollversammlung mit 136 zu 6 Stimmen bei 41 Enthaltungen neun Prinzipien für den Umgang mit Staatsschuldenkrisen beschlossen. Diese sind:

sovereignty (Souveränität)
good faith (Guter Glaube)
transparency (Transparenz)
impartiality (Unparteilichkeit)
equitable treatment (Gleichbehandlung)
sovereign immunity (Staatenimmunität)
legitimacy (Rechtmäßigkeit)
sustainability (Nachhaltigkeit) und
majority restructuring (Mehrheitsentscheidungen).

Mit der Verabschiedung der Prinzipien schafft die internationale Staatengemeinschaft erstmals eine formelle Grundlage, Schuldenkrisen in Zukunft fair und effizient zu lösen. Als deutsches Entschuldungsbündnis freuen wir uns, dass die Prinzipien unsere wichtigsten Anforderungen an ein faires und transparentes Verfahren beinhalten und vor allem, dass sie von der großen Mehrheit der Staaten weltweit getragen werden.

Besonders positiv ist, dass diesmal noch mehr Länder mit Ja und weniger Länder mit Nein gestimmt haben als zum Auftakt des Prozesses im vergangenen September. Deutschland allerdings hat - zusammen mit Großbritannien, Israel, Japan, Kanada und den USA - gegen die Prinzipien gestimmt.

Dabei bleibt die Abschlussresolution weit hinter dem ursprünglich von den Entwicklungs- und Schwellenländern geforderten rechtlichen Rahmenwerk für Staateninsolvenz zurück. Grund dafür ist vor allem der Druck der reichen Länder, die über den Umgang mit Staatsschuldenkrisen nur dort sprechen wollen, wo sie das Sagen haben: im Internationalen Währungsfonds. Damit die nun von der UNO verabschiedeten Prinzipien ihre Wirkung entfalten können, muss in einem Folgeprozess auf ein rechtlich verankertes Verfahren hingearbeitet werden. Zusammen mit einigen wenigen reichen Ländern gefährdet die Bundesregierung die Anwendung von Prinzipien, die die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen in überschuldeten Staaten verbessern könnten.

Wie genau der Prozess in den Vereinten Nationen abgelaufen ist und wie es zu dem jetzigen Ergebnis kam, könnt ihr im aktuellen Entschuldungskurier ab Seite 6 nachlesen. (http://www.erlassjahr.de/cms/upload/entschuldungs_kurier/Entschuldungskurier_2015.pdf)

http://www.erlassjahr.de/uno-beschliesst-prinzipien.html

Kwabena Otoo
EU macht Westafrika durch Zuckerbrot und Peitsche fügsam
EPA-Freihandelsabkommen sollen Afrika als Rohstofflieferant festschreiben

Kwabena Otoo ist ein Wirtschaftswissenschaftler aus Ghana, der von 2008 das Forschungsinstitut des Ghanaischen Gewerkschaftsbundes in Accra leitete und gegenwärtig an der Universität Kassel seine Dissertation schreibt. Otoo referierte über die von der EU forcierten umstrittenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) im Rahmen einer von Attac organisierten Informationsrundreise. Mit ihm sprach für »nd« Rolf-Henning Hintze.

Die Gewerkschaften in Ghana und die Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen einschließlich der Kirchen wenden sich entschieden gegen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements/EPA), die die EU mit westafrikanischen Ländern abzuschließen versucht. Welche spürbaren nachteiligen Folgen sehen Sie voraus?

Die EPA-Verträge stoßen tatsächlich bei fast allen Organisationen der Zivilgesellschaft auf heftige Ablehnung, bei Gewerkschaften, Kleinbauernverband, Kirchenrat, Studentengruppen und linksorientierten Denkfabriken. Wir lehnen diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ab, weil wir eine Reihe negativer Folgen voraussehen. Dazu gehört, dass EPA uns den notwendigen Spielraum nimmt, den jedes Entwicklungsland braucht, um aus der Unterentwicklung herauszukommen. Der EPA-Vertrag schließt aus, dass Ghana Zolleinnahmen für die Unterstützung einer eigenen Industrie verwenden kann. Außerdem kostet der Wegfall von Zöllen auf 75 Prozent der Waren aus der EU das Land Ghana jährlich schätzungsweise 300 Millionen Euro. Dies engt stark die Möglichkeiten der Regierung ein, ins Bildungs- und Gesundheitswesen und in soziale Programme zu investieren. Das wäre jedoch für die Armutsverringerung wichtig.



Wie wird sich das Abkommen die regionale Integration auswirken?

EPA wird die westafrikanischen Integrationsbemühungen untergraben. Mit der berechtigten Weigerung Nigerias, der größten Wirtschaft der Region, das Abkommen zu unterschreiben, und dem Beharren der EU-Kommission darauf, mit dem EPA-Vertrag voranzuschreiten, werden regionaler Handel und Zusammenarbeit existenziell bedroht. Offenbar ist es die Absicht der Europäer, die westafrikanische Region aufzubrechen und diesen Markt für europäische Unternehmen zu gewinnen.

Eine Weile schien es, als würde sich Ghanas sozialdemokratische Regierung weigern, den EPA-Vertrag zu unterschreiben. Warum ist sie schließlich eingeknickt?

Die so genannte sozialdemokratische Regierung in Ghana ist nur dem Namen nach sozialdemokratisch, ihre meisten Handlungen haben neoliberalen Charakter. Bei EPA hat die Regierung dem Druck und auch der Einschüchterung durch die Europäische Kommission nachgegeben. Ghana war 2013/2014 in einer sehr schwierigen Lage, das größte Goldbergwerk hatte geschlossen, die Ölproduktion ging zurück und die Preise für größere Exportgüter fielen. Die nationale Währung Cedi verlor stark an Wert, und wegen des deutlichen Rückgangs der staatlichen Einnahmen wuchs das Defizit. Die Europäische Union fror Hilfszahlungen an Ghana ein.

Teilen Sie die Ansicht, dass die EU die EPA will, um Afrika vor allem als Rohstofflieferanten zu behalten und den Aufbau verarbeitender Industrie zu behindern?

Ja. Europa braucht Rohstoffe, und es hat sie immer aus Afrika und dem karibischen und pazifischen Raum bekommen. Jetzt sieht sich Europa durch andere aufstrebende Volkswirtschaften herausgefordert, insbesondere durch China. Die EPA zielen darauf ab, sich die Rohstoffe der früheren Kolonien für die exklusive Verwendung in europäischen Industrien zu sichern. Aber die EPA reichen über den Hunger nach Rohstoffen

hinaus, sie sind zugleich offensive Instrumente, um europäischen Unternehmen den Marktzugang zuerst für Waren zu öffnen und später für das öffentliche Beschaffungswesen.

In Ghana ist die einheimische Geflügelzucht durch subventionierte Importe aus Deutschland und anderen EU-Staaten extrem eingebrochen. Können Sie sagen, wie viele Kleinbauern zur Aufgabe gezwungen wurden?
Ja, Ghanas einheimische Geflügelwirtschaft ist größtenteils zusammengebrochen. Es ist schwer, die genaue Zahl der betroffenen Bauern zu nennen. Aber wenn man bedenkt, dass Ghana 1990 noch 90 Prozent seines Geflügelbedarfs selbst produzierte und es heute nur noch weniger als zehn Prozent sind, kann man den Umfang der Zerstörung ahnen, die durch die Importe subventionierter Importe aus Europa verursacht wurde.

Subventionierte Billigimporte aus Europa werden voraussichtlich die Existenz vieler weiterer Kleinproduzenten gefährden. EPA wird diese Entwicklung noch verstärken. Warum ist Ghanas Regierung nicht in der Lage, das zu erkennen und sich dagegen zu wehren?
Meiner Ansicht nach bemerken Ghanas Regierung und die anderer westafrikanischer Länder die Gefahren, die die EPA bergen, durchaus. Sie sind aber einfach nicht in der Lage, Front zu machen gegen die Europäische Union, weil die meisten zu sehr auf EU-Hilfe angewiesen sind. Die EU benutzt Zuckerbrot und Peitsche, um unsere Regierungen zur Fügsamkeit zu zwingen.

http://www.neues-deutschland.de/artikel/986053.eu-macht-westafrika-durch-zuckerbrot-und-peitsche-fuegsam.html

Attac Deutschland
Europa zwingt Afrika schädliche Abkommen auf

06.10.2015
Der Freihandel, den die Europäische Union Afrika aufzwingt, schafft noch mehr Armut in Afrika. So lautet die zentrale Kritik der Referentinnen und Referenten der von Attac, Brot für die Welt und dem Forum für Umwelt und Entwicklung organisierten "Stop-EPA-Tour" an der EU-Handelspolitik.
Bei einem Pressegespräch am Montag in Frankfurt am Main begründeten Yvonne Takang, Generalsekretärin der kamerunischen Nichtregierungsorganisation ACDIC (Bürgervereinigung zur Verteidigung von Kollektivinteressen) und Gyekye Tanoh vom Third World Network in Ghana ihre Forderung, den Ratifizierungsprozess für das Wirtschafts-Partnerschafts-Abkommen (Economic Partnership Agreement / EPA) der EU mit Westafrika einzustellen und stattdessen Verhandlungen für entwicklungsfreundliche Handelsalternativen aufzunehmen.
Beide betonten, dass die EPAs durch noch mehr EU-Importe heimische Produkte von den Märkten ihrer Heimatländer verdrängen werden – Kleinindustrie und Landwirtschaft sind existenziell bedroht. Die Zollausfälle können zudem große Löcher in die Haushalte der afrikanischen Staaten reißen.
"Den afrikanischen Ländern wird mit dem Zwang, Importzölle für Industriegüter abzuschaffen, eine Wertschöpfung durch Verarbeitung und Kleinindustrien verbaut. Nicht einmal Exportzölle sollen wir noch erheben dürfen, um wenigstens einen kleinen Anteil am Wert unsere Rohstoffe in die Entwicklung des Landes investieren zu können. Wo sollen dann die vielen Jugendlichen in den Städten eine Arbeit finden?", fragte Yvonne Takang.
"Ghana ist wie die meisten anderen afrikanischen Länder extrem verwundbar wegen seiner Weltmarkposition als Exporteur von Rohstoffen und als Importeur von Maschinen, Medikamenten, verarbeiteten Produkten und Kapital aus den Industrienationen. Mit Abkommen wie den EPAs, die afrikanische Produkte und Unternehmen gleich behandeln wie europäische, wird Ghana niemals eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gelingen", ergänzte Gyekye Tanoh. "Die EPAs sind dabei schlimmer als alles zuvor, weil sie abgeschlossen werden sollen, nachdem Afrika auch von Nahrungsmittelimporten abhängig gemacht worden ist – wie etwa den Hähnchenimporten der EU. Die negativen Auswirkungen der EU-Handelspolitik sind einer der zentralen Fluchtgründe für Menschen aus den betroffenen Ländern in Afrika."
Auch das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP hätte beiden Referent_innen zufolge negative Auswirkungen auf viele afrikanische Staaten. Denn mit dem Abkommen wollen die EU und USA weltweite Standards setzen. Zudem würden die Weltmarktanteile afrikanischer Staaten durch TTIP weiter sinken. Gyekye Tanoh: "Wir zählen auf Sie in Deutschland, auf Ihren Widerstand gegen TTIP! Gemeinsam können wir gegen die Freihandelsagenda der EU kämpfen, die allein Konzernen und großen Unternehmen nützt."

http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/epas/

Nach der Demonstration gegen Freihandelsabkommen in Berlin: Weitere Strategie zu TTIP /CETA / TiSA

300 Städte, Gemeinden und Kreise gegen TTIP, CETA und TiSA

Die geplanten Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA gefährden die kommunale Selbstverwaltung und münden in eine Einbahnstraße Richtung Privatisierung und Deregulierung. Zu diesem Schluss kommen 300 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland – darunter zwölf Landeshauptstädte sowie die Millionenstadt Köln. Sie alle haben kritische Stellungnahmen zu TTIP und Co. verabschiedet. In vielen Kommunen wurden die Beschlüsse fraktionsübergreifend und mit breiter Mehrheit gefasst. Die Kampagnengruppe stellt eine Karte mit allen Kommunen zur Verfügung und bietet einen Abgeordnetenleitfaden an, mit dem Aktive auf lokale Politiker_innen zugehen können.
Karte TTIP in Kommunen: http://www.attac.de/ttip-in-kommunen/
TTIP-freie Kommunen in Europa: https://www.ttip-free-zones.eu/





Videos, Berichte usw.
http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/1010-grossdemo/impressionen/ , http://ttip-demo.de

Newsletter Stoerfall Zukunft, 26.Oktober 2015
Nicht einmal der Bundestagspräsident Zugang erhält zum derzeitigen Verhandlungsstand und den dazu vorliegenden Dokumenten , geschweige denn die einfachen Mitglieder des Bundestages
http://www.spiegel.de/politik/ausland/freihandelsabkommen-ttip-abgeordnete-duerfen-keine-us-texte-lesen-a-1052429.html . Denen soll der 1000-Seiten-Wälzer – in juristisch ausformuliertem Englisch kurz vor der Abstimmung auf den Tisch fliegen – so wie das schon mit den Unterlagen zum Fiskalpakt geschah. Die Deutungshoheit zu den Freihandelsinhalten wird dann nicht bei den überforderten Volksvertretern sondern bei ausgewählten Regierungsbeamten liegen, die derzeit an zwei Tagen in der Woche für zwei Stunden Zugang zum Geheimarchiv haben, das sich – man könnte irre werden – in den Räumen der US-Botschaft befindet.
Video https://www.youtube.com/watch?v=IpAsS9FyUGA

Europäische Initiative gegen TTIP & CETA

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) "Stop TTIP" hat am 7. Oktober 2015 mit einer Aktion vor dem Gebäude der EU-Kommission in Brüssel symbolisch 3,2 Millionen Unterschriften übergeben."Stop TTIP" ist somit erfolgreicher als jede andere Europäische Bürgerinitiative bisher – wir fordern, dass die EU-Kommission dem nicht zu überhörenden Protest gegen CETA und TTIP Rechnung trägt! TTIP und CETA sind noch nicht in der Tonne, und eine Menge UnterstützerInnen fordern, dass wir mit der Aktion weiter machen. Das werden wir tun. Allerdings ist die Unterschriften-aktion nicht mehr länger eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative, und wir haben ihr einen neuen Namen gegeben. Wir nennen sie nun eine **"Europäische Initiative gegen TTIP & CETA"**.
Fotos von der Übergabeaktion in Brüssel:
http://www.attac.de/sebi-uebergabe
Es werden weiter Unterschriften gesammelt:
https://www.attac.de/sebi

Campact: weiter kräftig zupacken!

(…) Um TTIP und CETA wirklich zu Fall zu bringen, werden wir viel Ausdauer brauchen. Wir müssen nicht nur dranbleiben, sondern weiter kräftig zupacken. (…):
- Mitte Dezember vor dem Parteitag der Regierungspartei SPD die TTIP-kritischen Delegierten stärken. Überall im Land werden Campact-Aktive sie bei Aktionen vor SPD-Büros oder Bürgersprechstunden auffordern, die von der Partei gezogen roten Linien gegenüber Sigmar Gabriel weiter zu verteidigen.
- im nächsten Jahr vor den Landtagswahlkämpfen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Grünen, der SPD und den Linken das Versprechen abringen, dass sie CETA und TTIP im Bundesrat ablehnen. Denn ohne diese Parteien hat die Große Koalition im Bund keine Mehrheit dafür.
- auch in Bayern Dampf machen. Und zwar mit einer regionalen Kampagne, die die TTIP-kritische CSU-Basis gegen ihre Parteioberen mobilisiert.
- mit Campact-Aktiven vor den Büros der deutschen Abgeordneten präsent sein, wenn nächsten Jahres die Ratifizierung von CETA im Europaparlament ansteht.
- eine große Aktionskonferenz unterstützen, die die vielen lokalen Initiativen gegen TTIP und CETA vernetzt.

Einige Veröffentlichungen

Alternatives Handelsmandat

Aus dem Vorwort: "Das Alternative Handelsmandat wurde in einem intensiven zivilgesellschaftlichen Konsultationsprozess in ganz Europa entwickelt. Die Mitglieder und UnterstützerInnen der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat stimmen nicht unbedingt jedem einzelnen Detail in diesem Text zu, unterstützen aber die Ausrichtung insgesamt. Wir betrachten diesen Text als lebendiges Dokument und als Einladung an andere, sich der Debatte über die Zukunft der Handels- und Investitionspolitik der EU zu beteiligen. (…) Die Allianz entwickelt eine alternative Vision für eine europäische Handelspolitik, die sich nicht an den Interessen von Konzernen ausrichtet, sondern den Menschen dient und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt. 26. November 2013"
http://www.attac.de/uploads/media/Alternatives_Handelsmandat__SiG-SN_Mai_2014.pdf

TTIP-Unfairhandelbar - Campact - PowerShift
Investitionsschutz in TTIP: Kommission verweigert Systemwechsel, Kurzanalyse des Reformvorschlags der EU-Kommission vom 16.09.2015 − Halbherzige Reformen sollen massive Ausweitung des weltweiten Investitionsschutzes rechtfertigen (12-seitige Broschüre),

Ver.di WIPO 9/15: Fairer statt freier Handel
Was steckt hinter TTIP, CETA und TISA?
Die Freihandelslegende (10-seitige Broschüre)

A view on Transport from Trade Unions
by Eduardo Chagas, ETF General Secretary
http://www.etf-europe.org/ (6 Seiten auf englisch)

Secret TPP Text Unveiled: It's Worse than We Thought:
http://www.citizen.org/documents/analysis-tpp-text-november-2015.pdf

CETA: Aufruf „Stoppt CETA“ (Dez.2013) http://isw-muenchen.de/2015/10/dgb-und-kanadische-gewerkschaften-fordern-ende-fuer-ceta/

TiSA: SiG 106 (Aufruf) und SiG 110 (Pia Eberhardt)

Canadian Labour Congress und DGB
CETA nicht ratifizieren!

Nach dem Regierungswechsel in Kanada fordern der Vorsitzende des Canadian Labour Congress (CLC) Hassan Yussuf und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in einer gemeinsamen Erklärung, das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU, Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) nicht weiterzuverfolgen.

Die Erklärung im Wortlaut:

Wir, die Vorsitzenden des CLC und des DGB, befürworten faire Handelsabkommen. Wir sind überzeugt, dass faire Handelsabkommen substanzielle und einklagbare Regeln für Arbeitswelt und Umwelt umfassen müssen. Erleichterter Marktzugang für ausländische Unternehmen und verstärkter Wettbewerb dürfen sich nicht negativ auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken.

Deshalb fordern wir die Regierungen unserer jeweiligen Länder, Kanada und Deutschland, auf:
- das zwischen der Europäischen Union und Kanada ausgehandelte Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) in der vorliegenden Form nicht zu ratifizieren.
- die Verhandlungen zwischen Kanada und der Europäischen Union wieder aufzunehmen, mit dem Ziel CETA zu einem fairen Handelsabkommen zu machen, das sowohl die Rechte der Arbeitnehmer achtet als auch ihren Anspruch auf menschenwürdige Arbeit und ein gutes Leben; das die Umwelt und das Klima schützt und das Verbraucherinteressen Vorrang einräumt vor den Interessen der Konzerne.

In seiner jetzigen Fassung erfüllt CETA keine der genannten Anforderungen, im Gegenteil. CETA ist umso bedeutsamer, da es als Blaupause für das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen den USA und der EU dient. Für TTIP werden ebenso weitreichende Forderungen nach Deregulierung und Investitionsschutz laut werden, wenn sie erst einmal durch CETA eingeführt worden sind.

Als Gewerkschaftsvorsitzende sehen wir insbesondere mit Sorge, dass:
- CETA keine effektiven, einklagbaren Regeln enthält, um die Rechte von Arbeitern und Angestellten zu schützen und auszubauen, das Kapitel zu Handel und Arbeit enthält nur unverbindliche Regelungen;
- CETA ein problematisches Kapitel enthält, sowohl zum Investitionsschutz als auch zu Sonderrechten für Investoren um Staaten zu verklagen (Investor-State Dispute Settlement - ISDS), das gestrichen werden muss;
- Bei der Öffnung von Dienstleistungen CETA einen Negativlisten-Ansatz verfolgt und eine "Ratchet-Klausel" beinhaltet, öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl sind nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen geschützt. Dieser Ansatz muss zurückgewiesen und ersetzt werden durch eine Positivliste, die klar die Bereiche und Sektoren definiert, die für eine Öffnung in Frage kommen;
- CETA keinerlei Regeln enthält, die eine grenzüberschreitende öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung von Tarifverträgen oder Leistungsbilanzen bindet, wie eine Anforderung, regional Arbeitsplätze zu schaffen: Dies sollte miteinbezogen werden;
- CETA die Gründung eines Regulierungsrates vorsieht (Regulatory Cooperation Forum, RCF), der Unternehmen und Lobbygruppen einen bevorzugten Zugang gewähren kann und somit das Potenzial hat, die demokratischen Rechte der Parlamente einzuschränken.

Deutscher Gewerkschaftsbund
PM 094, 23.10.2015, www.dgb.de
http://canadianlabour.ca

Kanadische Bündnisse gegen CETA
http://tradejustice.ca/ceta/ und
http://rqic.alternatives.ca/

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik
TiSA: Gefahr für öffentliche Dienstleistungen

Klartext Nr. 42/2015 vom 22. Oktober 2015

Dieser Tage geht die 11. Verhandlungsrunde zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) zu Ende. Die Öffentlichkeit verfolgt die Vorgänge mit Argusaugen und auch die weiteren Entwicklungen im fertig verhandelten Abkommen der EU mit Kanada (CETA) werden kritisch begleitet.

Doch parallel zu TTIP und CETA verhandelt die EU diverse weitere Abkommen – so auch das plurilaterale Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA). Das Abkommen nennt sich plurilateral, weil es von einer Gruppe williger Staaten verhandelt wird, die sich selbst „die wirklich guten Freunde der Dienstleistungen“ nennt. (1)
Den „wirklich guten Freunden“ gehen die Liberalisierung und Deregulierung, die für den Dienstleistungsbereich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) ausgehandelt werden, nicht weit und nicht schnell genug. Daher werden seit 2012 parallel in bisher 14 Runden Verhandlungen zu TiSA geführt.

Über die Inhalte der Verhandlungen ist äußerst wenig bekannt, weil Verhandlungsdokumente nicht verfügbar sind. Auch deshalb führen die TiSA-Verhandlungen in der öffentlichen Debatte bisher ein Schattendasein.
Doch im Sommer 2015 von der Plattform Wikileaks an die Öffentlichkeit gebrachte Verhandlungsdokumente zeigen, dass TiSA gerade im Kontext der TTIP- und CETA- Kritik nicht unter den Tisch fallen darf. Denn sowohl die USA als auch Kanada sitzen mit am Verhandlungstisch.

Eine kritische Begleitung der Verhandlungen ist wichtig, um zu verhindern, dass mögliche, hart erkämpfte Errungenschaften in CETA und TTIP durch TiSA am Ende unwirksam werden. Die Gefahren bei TiSA für Öffentliche Daseinsvorsorge und andere Regeln sind denen bei TTIP ganz ähnlich. Entsprechend müssen auch die Anforderungen an die TiSA-Verhandlungen die gleichen sein:

Auch von TiSA darf kein Privatisierungsdruck auf öffentliche Dienstleistungen ausgehen. Das ist klar im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die weitere Privatisierungen ablehnen.

Außerdem muss z. B. eine umfangreiche Ausnahme öffentlicher Dienstleistungen gefordert sowie das Recht des Staates, Dienstleistungen zu regulieren (um beispielsweise eine hohe Qualität oder universellen Zugang zu gewährleisten) erhalten werden.

Die Leaks zeigen, dass es auch bei TiSA aus Sicht der Gewerkschaften notwendig ist, den Verhandlungsauftrag neu zu bestimmen, um einen grundsätzlich anderen Weg in der europäischen Handelspolitik einzuschlagen. Die TiSA-Verhandlungen sollten daher ausgesetzt und das Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und der Zivilbevölkerung auf eine neue Basis gestellt werden. Denn eine faire Globalisierung braucht eine gerechte Handelspolitik!

1) Die teilnehmenden Länder finden sich hier: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa/questions-and-answers/